info

antifaschistisches info blatt

51 | 2.2000 | 6,– DM

Total extrem

Schwerpunkt Totalitarismus



Anstandshalber starker Staat
zum Verbot von Blood & Honour

Allmacht und Vernichtungswahn
zum Alltag: Nazis morden – Rassismus tötet



Inhalt

AIB | Nr. 51 | 2.2000



Rubriken

» Titel Total Extrem – Totalitarismus

▶ Gesellschaft

✖ NS-Szene

[Braunzone

(Geschichte

= Rassismus

Staat und Repression

International

! Antifa

Antifaschistisches **Info** Blatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
030.6946795
aib@mail.nadir.org



Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen, und GenossInnen, Liebe LeserInnen

| Wir sind zwar nicht im Sommerloch untergegangen. Aber die Presseanfragen, die Versuche, mit Informationen und Analysen in die aktuelle Debatte einzugreifen, und die angekündigten Umstellungen im Konzept des AIB haben dazu geführt, dass Ihr diese Ausgabe später als geplant erhaltet. Sicherlich wundert Ihr Euch, dass wir in Zeiten, in denen bürgerliche Zeitungen Sonderseiten zum Thema Rechtsextremismus bringen, den Umfang des AIB verringern. Das hat mehrere Gründe: Wir wollen uns verstärkt auf Analysen und Diskussionen von überregionalem Interesse konzentrieren, die Euch hoffentlich bei Eurer täglichen Arbeit nutzen. Um dies zu gewährleisten, sind wir mehr denn je auf Eure Mitarbeit und Eure Informationen angewiesen.

Das AIB kann die Lücken, die durch das Verschwinden vieler regionaler Antifazeitungen in den letzten Jahren entstanden sind, nicht mehr füllen. Wir werden – genau wie Ihr – von den täglichen Meldungen aus allen Regionen erschlagen und sind nicht in der Lage, diese mit der entsprechenden Sorgfalt nachzurecherchieren oder für Euch aufzubereiten. Aus diesem Grund haben wir entschieden, die gedruckte Version der »Was geht ab« einzustellen. Langfristig wollen wir aber entsprechende Kurzmeldungen aus den Regionen auf der Webseite des AIB veröffentlichen. Letztendlich hoffen wir, dass es über kurz oder lang wieder viele Neugründungen von regionalen Antifazeitungen geben wird, mit denen wir dann zusammenarbeiten können.

Noch ein paar Sätze zur aktuellen Debatte: Bei allen Aufrufen zu »Zivilcourage« wollen wir daran erinnern, dass es vor allem die von Naziterror Betroffenen und antifaschistische Gruppen in vielen Städten und Kleinstädten waren und sind, denen es gelang, durch entschiedenes Auftreten rechte Straßendominanz zu behindern bzw. zeitweilig zurückzudrängen. Es zeigt sich, dass ausschließlich an den Orten, wo konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextreme auf der Straße mit alternativer Jugend- und Kulturarbeit, mit Bündnisarbeit in der Lokalpolitik, mit antirassistischer Arbeit, mit dem Aufbau und Erhalt von alternativen Treffpunkten und Projekten verbunden wurde und wird, das Entstehen von no-go-areas für Flüchtlinge, MigrantInnen und nicht-rechte Jugendliche verhindert werden konnte.

Das AIB hat in den letzten Jahren – trotz vieler Kritik – an dem Konzept von breiten gesellschaftlichen Bündnissen festgehalten und dafür plädiert, dass sich die Antifa-Bewegung sowohl für antirassistische Arbeit öffnen, als auch alle sich bietenden gesellschaftlichen Räume nutzen muss. Dazu gehört auch, die Strasse, Schulen und Jugendclubs als öffentliche Räume zu begreifen und – wo das möglich ist – gemeinsam mit anderen phantasievoll offensiv zu werden. Eine Basis hierfür ist Recherchearbeit und das Verwenden von Rechercheergebnissen zum Outing und zur Isolierung von Neonazis in ihrem Alltagsumfeld.

In der »Sommerloch-Debatte« hat sich – im Gegensatz zu den letzten Jahren – ein medialer Raum geöffnet, d.h. antifaschistische Rechercheergebnisse werden von den Medien wahrgenommen. Nicht geändert hat sich jedoch das Verhalten von Polizei, Justiz und PolitikerInnen gegenüber antifaschistischen Initiativen: Nach wie vor werden Proteste gegen Neonazis, beispielsweise bei Aufmärschen, kriminalisiert. Das Recht auf Protest gegen Neonazis auf der Straße wird massiv eingeschränkt. Und je nach Interessenslage spielen die Medien dabei mit: Mal werden aus AntifaschistInnen – wie nach dem Düsseldorfer Brandanschlag – »Demokratiebewegte«. Daraus werden ganz schnell wieder »Linksextremisten«, wenn es konkret gegen Neonaziaufmärsche geht. Das Schema ist denkbar einfach: Die »wehrhafte Demokratie« und der »starke Staat« gegen »Extremisten von beiden Seiten« – ganz in der Tradition der Totalitarismustheorie. Angesichts der Tatsache, dass Verfassungsschutz und andere Sicherheitsbehörden gerade verzweifelt versuchen, die Definitionsmacht im Bereich Rechtsextremismus zu wahren bzw. zurückzugewinnen, steigt auch die Notwendigkeit, sich genauer mit der von ihnen propagierten Extremismustheorie zu beschäftigen. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, dem Thema einen eigenen Schwerpunkt zu widmen.

In der Nummer 50 haben wir geschrieben, dass »wir immer noch eine grundlegend andere Gesellschaft ohne Rassismus, Sexismus und Unterdrückung wollen.« Darin unterscheiden wir uns – gemeinsam mit Euch – von den meisten Akteuren der aktuellen Diskussion. Und das sollte sich auch in unserer Praxis widerspiegeln. In diesem Sinne, viel Spaß beim Lesen und eine gehörige Portion Optimismus ■

Eure AIB-Redaktion

PS: Ein Dankeschön geht an die VVN/BdA, die öffentlich »mehr Geld« für antifaschistische Initiativen wie das AIB gefordert haben. Nach wie vor sind wir ein ehrenamtliches Redaktionskollektiv. Finanziert wird das AIB durch LeserInnen, AbonnentInnen und SpenderInnen. Andere Geldquellen haben sich – wen wundert es – auch im Sommerloch nicht aufgetan. Daher bitten wir Euch – wieder einmal – um Unterstützung: Neue AbonnentInnen, Spenden, aber auch ab und zu was Süßes wären prima.

Düsseldorf

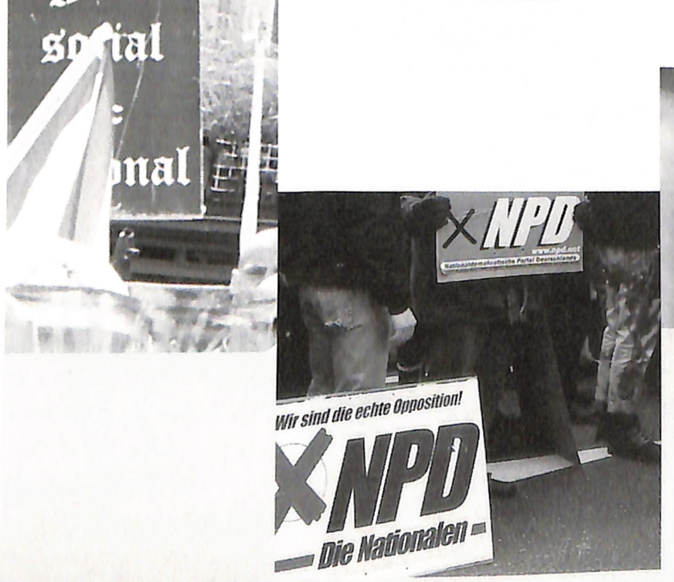
Mit 0,4 km/h für Deutschland

Fast fünf Stunden benötigte die 300-köpfige Demonstration, die unter dem Motto »Meinungsfreiheit auch für Nationalisten – Argumente statt Verbote« stand, für ihre zwei Kilometer lange Route. AntifaschistInnen war es mehrmals fast gelungen, auf die Demonstrationsroute zu gelangen. Zu allem Unglück wurden den gefrusteten »Kameraden« dann auch noch von der Polizei untersagt, ihren Lautsprecherwagen weiter zu nutzen, da zuvor über diesen »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« skandiert worden war. Organisiert worden war die Demonstration vom »Widerstand West«, einem Zusammenschluß nordrhein-westfälischer »Freier Kameradschaften«. Die Abwicklung der Demonstration, die von dem Neusser NPD-Kreisvorsitzenden Reinhard Vielmal als »Privatperson« angemeldet worden war, lag in den Händen der »Kameradschaft Düsseldorf« um Sven Skoda. Dieser wurde von den nordrhein-westfälischen »Führungskameraden« Siegfried Borchardt (Dortmund), Ralf Tegethoff (Bad Honnef), Christian Malcoci (Jüchen) und Carsten Köppe (Witten) unterstützt. Auch der Bonner NPD-Kreisvorsitzende Hans-Robert Klug wirkte in der Demonstrationsleitung mit. Ebenso wie Vielmal konnte offenbar auch er dem Beschluß des NPD-Bundesvorstands, aufgrund der aktuellen Debatte über ein Verbot der NPD, derzeitig keine Demonstration durchzuführen, nichts abgewinnen. Neben der »Kameradschaft Düsseldorf« und ihrem zahlreichen Umfeld waren insbesondere Neonazis aus dem Ruhrgebiet, dem Ennepe-Ruhr-Kreis und dem Bonner Raum anzutreffen. Nennenswerte Unterstützung von außerhalb NRWs, wie noch eine Woche zuvor in Dortmund, gab es nicht. Und auch diverse »Kameradschaften« aus NRW ließen sich nicht blicken. Ob diese geringe Beteiligung mehr auf fehlende Unterstützung aus der Szene oder auf antifaschistische Blockaden und Aktionen zurückzuführen ist, blieb ungeklärt. Fest steht, daß zwischen 100 und 200 Neonazis ihr Ziel nicht erreichten und bei der Anreise wieder abdrehen mußten. Alle anderen mußten Reden von Skoda, Tegethoff, Vielmal, dem angeblich »bekannten nationalen Redakteur Truchs« und einer nicht näher vorgestellten Vertreterin der »Erlebnisgeneration« über sich ergehen lassen. Letztere appellierte an die »jungen Kameraden«, doch mehr auf ihr »Äußeres zu achten«. Besorgt um das Bild der »Deutschen Jugend« in der Öffentlichkeit hatte sie zuvor vergeblich versucht, einem angetrunkenen Naziskin die Bierdose zu entreißen. ■

Hamburg

NPD – Schimpf und Schande

Erstmalig seit den 80er-Jahren verteilte eine kleine Gruppe NPDler am 24.6. 2000 in Hamburg-Altona und Eimsbüttel offensiv in den dortigen Einkaufsstraßen NPD-Propaganda. Eine erste Antwort auf die Provokationen aus den Reihen des »Hamburger Sturm«, die beim Tag des nationalen Widerstandes in Passau mit einem Transparent auftauchten, auf dem sie behaupteten »Der nationale Widerstand ist größer als die NPD«. Die zweite Antwort war ein Büchertisch von 14 NPD-Aktivisten wiederum in der Altonaer Fußgängerzone. Schon nach kurzer Zeit war der Stand, von nur wenigen Polizisten geschützt, Ziel antifaschistischer Proteste, die in einem Happening mit über hundert Teilnehmern endete: Die NPDler wurden mit Gemüse beworfen und ihre Flugblätter und Zeitungen einem »Freudenfeuer« übergeben, schlussendlich wurden sie mit »Schimpf und Schande« aus Altona gejagt, wobei sie sämtliches Propagandamaterial zurücklassen mussten und ihr nahezu zerstörter Kleinbus, nicht mehr Schutz für alle fliehenden Neonazis bot. Die NPD tobte ob dieses »feigen Angriffes von Anarcho-Banden und Links-Faschisten«, während Freie Kameradschaften die Aktion der NPD im Internet scharf kritisierten: »Es sei völlig verantwortungslos von den NPD-Kadern gewesen, junge Kameraden mit einer unüberlegten Aktion im ‚roten Altona' zu verheizen.« ■



Hamburg

»Freie Nationalisten« kleinlaut

Ebenfalls im Hamburger Stadtteil Altona meldete die NPD eine Demo für den 9.7. an.

Christian Worch und das »Freie und soziale Aktionsbüro« sprang auf den Zug auf und mobilisierte die Strukturen der Freien Kameradschaften ebenfalls nach Altona. Trotz der kurzen Mobilisierungszeit gelang es Hamburger AntifaschistInnen, ein Gegendemonstrationskonzept für Altona auf die Beine zu stellen.

So konnten die angereisten 150 norddeutschen Neonazis unter Führung von Ulrich Harder, unterstützt von NPD-Bundesvorsitzenden Voigt, NPD-Präsidiumsmitglied Per Lennert Aae und den für die praktische Durchführung der Demonstration verantwortlichen Freien Kameradschaftsführern um Christian Worch und Torben Klebe, nur den kurzen Versuch eines Aufmarsches machen. Während der Auftaktkundgebung hatten sich in der direkten Nähe der Neonazis über 1.000 DemonstrantInnen versammelt, die dann die Route des Nazi-Aufmarsches blockierten. Die Polizei, die morgens einen ersten Versuch einer Blockade von ca. 80 AntifaschistInnen einkesselte und brutal festnahm, konnte bei der nun großen Anzahl von AntifaschistInnen die Straße nicht mehr für die Nazis räumen. Sie übernahm die Leitung des NPD-Aufzuges und führte die Neonazis zur nächstgelegenen S-Bahn-Station. Der Abmarsch jedoch misslang, da inzwischen hunderte von AntifaschistInnen entlang der Route die Neonazis attackierten. Wutschäumend verschwanden die NPDler samt Anhang in der bereitgestellten S-Bahn.

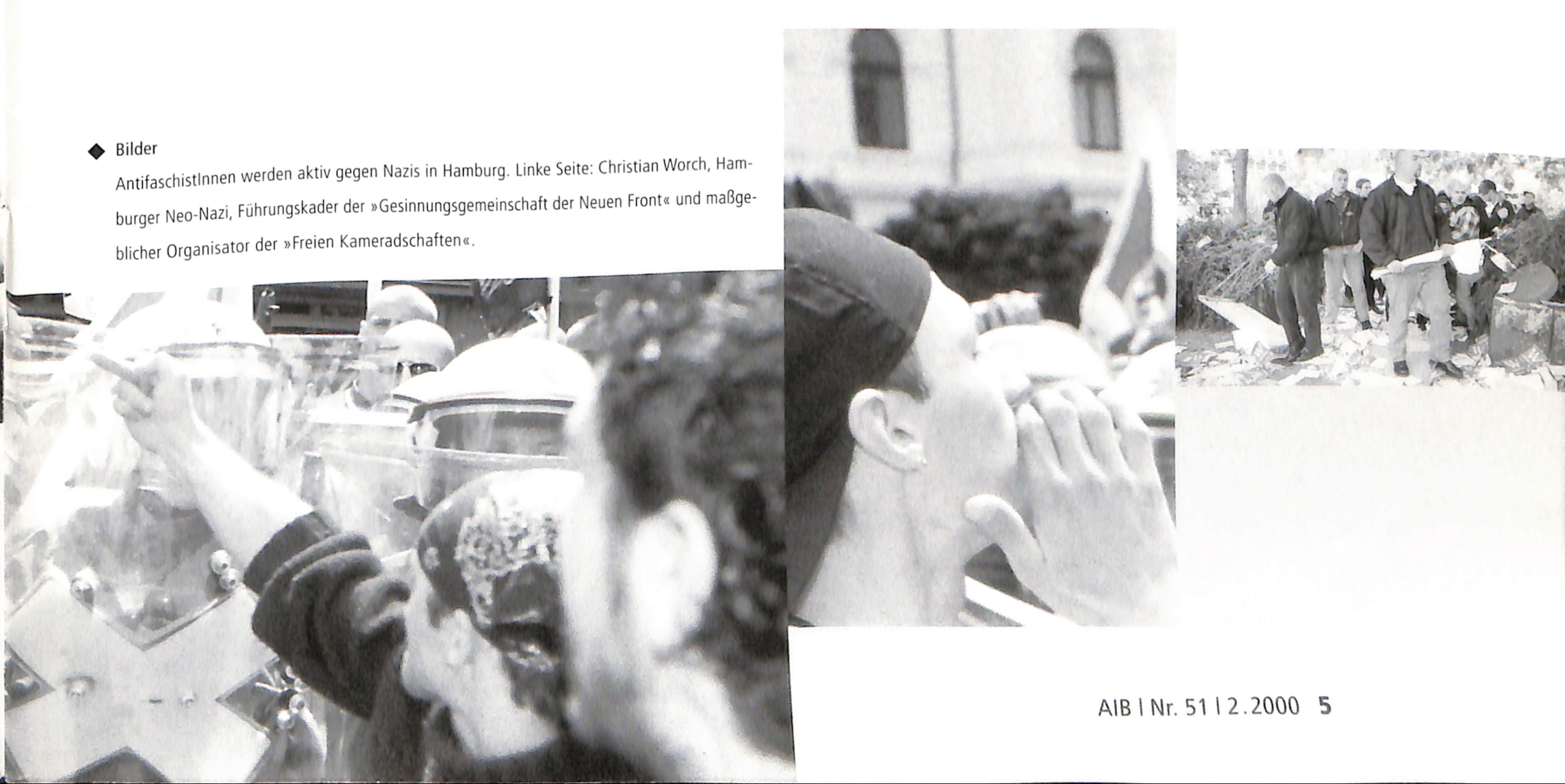
Nachdem im letzten Jahr in Hamburg 5 Naziaufmärsche durch martialische Polizeiaufgebote geschützt stattfanden, war die Verhinderung des Altonaer ein wichtiger Erfolg. Die »Freien Nationalisten«, die sich in der Vergangenheit selbst kleinster Aufmärsche rühmten, bedachten in ihren Publikationen ihre gescheiterte Demo mit keiner Silbe. ■

Slovenien

»Blood & Honour« und »C 18« versuchen Anti-Haider Demo zu stören

In der slovenischen Hauptstadt Ljubljana fand am 24.Februar eine antifaschistische Demonstration gegen Jörg Haider und die FPÖ-Regierungsbeteiligung in Österreich statt. Gleichzeitig wurde ein antifaschistisches Musikfestival mit mehreren slovenischen KünstlerInnen veranstaltet. Neonazis der slovenischen »Blood & Honour« Division wollten – nach eigenen Angaben mit Unterstützung von »Combat 18« – die Veranstaltungen stören. Das Häufchen von 8 Neonazis das sich dafür zusammenfand, lief NS-Parolen grölend mit Hitlergruß zum Konzert. Dort wurden sie von AntifaschistInnen angegriffen. Bei der anschließenden Auseinandersetzung wurden einige der Nazis verletzt und verhaftet. Totz Niederlage, Blessuren und Polizeigewahrsam wird die Aktion von den Neonazis bejubelt und als Beweis der eigenen Stärke umgedeutet. ■

◆ Bilder
AntifaschistInnen werden aktiv gegen Nazis in Hamburg. Linke Seite: Christian Worch, Hamburger Neo-Nazi, Führungskader der »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« und maßgeblicher Organisator der »Freien Kameradschaften«.



▶ Allmacht und Vernichtungs

Nazis morden, Rassismus tötet

Sommer 2000, sechs Tote des rechten Terrors allein in drei Monaten. PolitikerInnen aller Parteien überbieten sich an Hilflosigkeit, die meisten Reaktionen gehen über Gesetzesverschärfungen und Appelle an die »Zivilgesellschaft« und »Toleranz« nicht hinaus. Als Allheilmittel gegen Rechtsextremismus bleibt am Ende einer knapp achtwöchigen Debatte der Ruf nach Verboten und verschärfter Repression. Auch wenn mittlerweilen über sie berichtet wird, mit den Opfern redet kaum jemand, ihre Forderungen werden weiter ignoriert.

→ Berlin, 25 Mai
Der 60jährige Sozialhilfeempfänger Dieter Eich wird von vier Rechtsextremisten in seiner Wohnung zusammengeschlagen und erstochen. Die Täter geben an, sie wollten »einen Assi klatschen«.

→ Eberswalde, 31. Mai
Der 22jährige Punker Falko Lüdtke wird von dem 27jährigen Rechten Mike Betha vor ein fahrendes Taxi gestoßen und stirbt. Zuvor hatte er den Täter wegen dessen Hakenkreuz-Tätowierung kritisiert.

→ Dessau, 14. Juni
Der 39jährige Mosambikaner Alberto Adriano wird von drei jugendlichen Neonazis im Stadtpark überfallen und brutal zusammengeschlagen. Drei Tage später erliegt er seinen Verletzungen.

→ Greifswald, 24. Juni
Der Obdachlose Klaus-Dieter Gerecke wird erschlagen. Die Polizei nimmt später einen 20jährigen Mann und zwei 18jährige Frauen als Tatverdächtige fest. Die drei gehören zur rechten Szene.

→ Wismar, 9. Juli
Der Obdachlose Jürgen S. wird von fünf Neonazis überfallen, die ihn berauben wollen. Sie mißhandeln ihn so schwer, dass er kurze Zeit später seinen Verletzungen erliegt.

→ Ahlbeck, 27. Juli
Der 51jährige Obdachlose Norbert Plath wird von vier Rechtsextremisten, darunter der anschließend bundesweit gesuchte Neonazi Gunnar Doege, zu Tode geprügelt. Als Motiv geben sie »Haß auf Obdachlose« an.

wahn

Plötzlich rückt der rechte Terror in das Zentrum des öffentlichen Interesses, als hätte es ihn vorher nicht gegeben. Dabei gehört er für viele Menschen in diesem Land seit Jahren zum Alltag.

| Gewalttätige Nazi-Angriffe – sechs von ihnen bedeuteten für die Betroffenen den Tod – erregten in den vergangenen Monaten die Öffentlichkeit. Plötzlich rückt der rechte Terror in das Zentrum des öffentlichen Interesses, als hätte es ihn vorher nicht gegeben. Dabei gehört er für viele Menschen in diesem Land seit Jahren zum Alltag. Kaum jemand nahm Notiz von den täglichen Übergriffen, es sei denn, es ist gerade Sommerloch und das Thema Rechtsextremismus füllt die nachrichtenarme Zeit. Und immer wieder wird verharmlost. Etwa, wenn die Sicherheitsbehörden die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Morde in ihren Statistiken möglichst gering halten wollen und deshalb absurde statistische Kriterien anwenden. Seit 1997 zählt das Bundesamt für Verfassungsschutz beispielsweise rechte »Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung« nicht mehr unter der Rubrik »Gewalttaten mit rechtsextremen Hintergrund«.

In Veröffentlichungen von Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel vom 14. September diesen Jahres wird für die letzten zehn Jahre eine nahezu vierfach höhere Zahl von Opfern rechter Tötungsdelikte als die des Bundesinnenministeriums angegeben. Trotzdem dürfte auch die in den Zeitungen genannte Zahl von 93 Toten rechten Terrors immer noch zu gering ausfallen. Nicht mitgezählt wurden beispielsweise die zehn Toten des Lübecker Brandanschlags. Genauso wenig finden sich in der oben genannten Chronik aktive Antifaschisten, die sich Neonazis entgegenstellten und dabei getötet wurden. So wie der 23jährige Punk Mario Jödicke aus Mühlhausen, der am 23. Januar 1993 von einem rechten Heavy-Metal-Anhänger in einer Diskothek in Mühlhausen erstochen wurde. Oder der 18jährige Piotr Kania, der am 6. November 1994 in Rothenburg von dem rechtsextremen Bundeswehrrekruten Sven Jacob erstochen wurde. Oder der 18jährige Punk Michael Gäbler, der am 20. November 1994 in Zittau von dem 17jährigen Neonazi Tino H. erstochen wurde. Die um schnelle Gerichtsverfahren bemühten Richter, urteilen zumeist auf der Grundlage entpolitisierender und oftmals offen täterschützender Polizeiermittlungen. Danach hätten die Täter in »Notwehr« gehandelt. Die drei hier genannten und unzählige weitere Opfer rechter Gewalt taten das, was heute alle fordern: Sie zeigten »Zivilcourage«, stellten sich Neonazis aktiv entgegen – zu einer Zeit, als das wahlweise als »Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Jugendbanden« oder »Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten« abgetan wurde und den Medien gerade einmal eine Kurzmeldung wert war.

Doch das Problem sind weniger die Zahlen und die schöngefärbten Statistiken. Selbst wenn nicht so viele Menschen getötet worden wären: Angst um ihr Leben, Angst, Opfer rechten Terrors zu werden, müssen noch immer sehr viele Menschen haben. Und jene, die Opfer der rechten Angriffe sind – Flüchtlinge, MigrantInnen, Afrodeutsche, Obdachlose, Linke oder Homosexuelle – finden kein Gehör. Kaum jemand interessiert sich für Flüchtlinge, die recht- und mittellos in Sammelunterkünften zumeist außerhalb der Städte zusammengepfercht leben. Sie könnten von katastrophalen Lebensbedingungen berichten, davon, was es heißt, ausgegrenzt und kriminalisiert zu werden in einem Land, in dem sie eigentlich ein besseres Leben erhofften. Sie könnten berichten, wie es ist, mit Gesetzen konfrontiert zu sein, die nicht für, sondern gegen sie gemacht sind. Sie könnten davon berichten, wie Rassismus sich in ihrem täglichen Leben äußert und nicht allein von jugendlichen Nazis, sondern einer Mehrheit der deutschen Bevölkerung getragen wird. Ein körperlicher Angriff ist »nur« die zugespitzte Form einer alltäglichen Entwertung. Doch niemand hört ihnen zu.

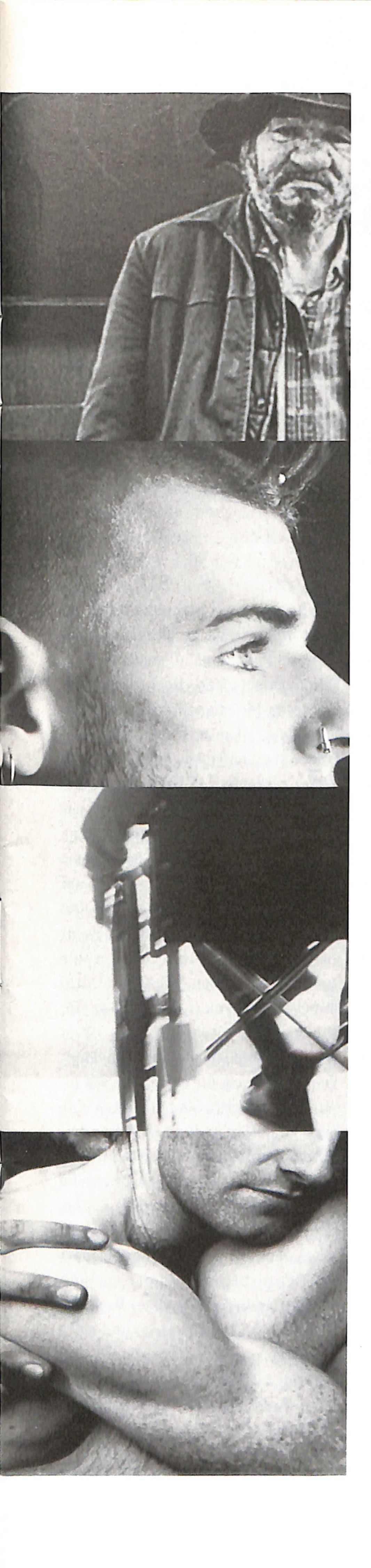
Sie werden allenfalls eingeladen, wenn die deutsche Gesellschaft feiert; angeblich für Toleranz und Weltoffenheit. Dann sind sie das Alibi, der gute ausländische Mitbürger, der angeblich nur von einer kleinen Minderheit diskriminiert wird. Reden werden da geschwungen von PolitikerInnen, die an anderer Stelle von »durchrasster Gesellschaft« sprechen oder im Wahlkampf nationalistische und rassistische Töne anschlagen. Zu Wort kommen die Flüchtlinge nicht. Und wenn das Gewissen beruhigt und die Veranstaltungen beendet sind, müssen sie zurück in ihre Sammelunterkünfte – isoliert, mittel-, recht- und vor allem sprachlos.

Oder jene, die durch die immer größer werdenden Maschen eines löcherigen sozialen Netzes fallen, die weder Geld, noch Arbeit, noch Dach über dem Kopf haben. Sie werden ebenfalls nicht gehört, nicht mal beachtet, nur ausgegrenzt – oft auch ohne Chance auf ein angenehmes Leben.

Erwünscht ist nach wie vor nur, wer Leistung bringt und nützlich ist. Der oder die darf auch schon mal einreisen und arbeiten, zeitlich befristet mit Green Card. Doch wenn die »ausländischen ExpertInnen« zu lange bleiben oder nicht mehr funktionieren, dem »Neuen Markt« nicht mehr zur Verfügung stehen, müssen auch sie zurück. Dann gibt es auch für sie keinen Platz mehr in der deutschen Gesellschaft – trotz Weltoffenheit, trotz Toleranz. Niemand bringt diese kapitalistische Verwertungslogik besser auf den Punkt als Brandenburgs CDU-Innenminister. Er begrüßte, dass auch die Grünen sich inzwischen »entschieden haben, die Ausländer haben zu wollen, die uns nützen«.[1] Und einen Tag später wurde er in einem Interview mit »der tages-

1| Der Tagesspiegel, 22.09.00

2| die taz, 23.09.00



Die Opfer des rechten Terrors werden deshalb angegriffen, weil sie im Wertesystem der Herrenmenschenmentalität, der Allmachtsphantasien, der rassistischen Ausgrenzung und der Verwertbarkeit für das kapitalistische System ganz unten stehen.

zeitung« noch deutlicher: »Das Thematisieren von Asylmissbrauch kann missverstanden werden. Nur, wenn wir es nicht ansprechen, sprechen es andere an. Es gibt Asylmissbrauch. Ich glaube, es ist Aufgabe der Poltik, dagegen vorzugehen. Man muss halt aufpassen, dass die Wortwahl nicht dazu führt, dass sich daraus Diskriminierung ergibt.«[2]

Die Opfer des rechten Terrors werden deshalb angegriffen, weil sie im Wertesystem der Herrenmenschenmentalität, der Allmachtsphantasien, der rassistischen Ausgrenzung und der Verwertbarkeit für das kapitalistische System ganz unten stehen. Dieses Wertesystem wird in der aktuellen Diskussion um Rechtsextremismus überhaupt nicht in Frage gestellt; es ist gesellschaftlicher Konsens und soll es bleiben. Und so ist es auch nicht überraschend, dass inzwischen niemand mehr nach den Motiven der rechten Schläger fragt. Denn nachdem Soziologen, Politiker und Medien jahrelange Täter- und Ursachenforschung auf dem Level von »irregeleiteten Jugendlichen«, »Modernisierungsverlierern«, »Einheitsverlierern« oder »Jugendprotest« betrieben und nach Entschuldigungen für die Täter suchten und inzwischen wie Wilhelm Heitmeyer ihre Thesen öffentlich widerrufen haben, geht es jetzt nur noch um moralische Empörung und mangelndes »Verständnis« für Fremde. Selbst die Boulevard-Presse, die ein Jahrzehnt die rassistische Hetze mitschürte, stellte zwischen durch die Opfer in den Mittelpunkt der Berichterstattung, samt sympathieträchtiger Opferfotos. Die gleichen Bilder, die in den Jahren 1992 und 1993 zum Layout von Reportagen über die »Asylantenflut« dienten, prangen jetzt als Blickfang auf den Titelseiten. Damit ist man allemal auf der sicheren Seite und kann sich jegliche gesellschaftliche Analyse der Ursachen für Rechtsextremismus ersparen. Denn die würde zu dem Schluß kommen, dass institutioneller Rassismus und ein kapitalistisches, patriarchales Wertesystem eben genau die Basis sind, aus der Neonazis, rechtsextreme Jugendcliquen und rassistische Alltagsschläger ihre Legitimation und ihren »volksgemeinschaftlichen Auftrag« herleiten. Neonazis, rechtsextreme Jugendliche und Rassisten sind keine »Protestbewegung«, sie haben die herrschenden gesellschaftlichen Werte verinnerlicht und spitzen sie in ihrem Handeln zu. ■

Rechte Gewalt als Antifa statt Verbote

Seit Jahren haben Antifas, antirassistische Initiativen, Flüchtlingshilfsorganisationen oder Demokratiebewegte immer wieder davor gewarnt, die Bedeutung von rechtsextremen, völkischen Haltungen in der Bevölkerung zu unterschätzen. Bekannt ist seit langem, dass viele Regionen, Stadtteile und Kleinstädte durchaus als rechte Zonen bezeichnet werden können. Dazu kommt eine permanent hohe Anzahl an Gewalttaten und eine noch viel höhere Zahl an zur Normalität gewordenen Bedrohungen durch Menschen, die einfach meinen, sie hätten ein Recht gegen andere vorzugehen, weil sie sich als bevorrechtigte Deutsche fühlen.

| Rechtsextreme Organisationen konnten sich unter den Augen von Sicherheitsbehörden entwickeln bzw. immer wieder reorganisieren. Seit einigen Monaten wird viel über Rechtsextremismus gesprochen. Zu einer Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen kommt es nicht. Jetzt will man der Gewalt Einhalt gebieten.

Als im Frühjahr die Bundesregierung ankündigte, ein Bündnis »Für Demokratie und Toleranz« gründen zu wollen, war klar, sie hatte erkannt, auch für sie besteht ein Handlungsbedarf. Zu schwerwiegend waren die Berichte vor allem aus dem Osten. Es ging nicht mehr zu deckeln. Aber nicht nur das. Die jahrelang aufrechterhaltene Parole: »Deutschland ist kein Einwanderungsland« ist nicht nur falsch, sie rechnet sich nicht. Das Kapital braucht zusätzliche qualifizierte Arbeitskräfte. Bei abnehmender Einwohnerzahl, Bildungsnotstand und Fachkräftemangel bedeutet das einen Wechsel in der Migrationspolitik. Die bisherige Politik wird zum Standortnachteil. Zudem können große Teile der Wirtschaft einer rechtsextremen Ideologie nichts abgewinnen. Die Übergriffe hier könnten sich im internationalen Vergleich imageschädigend auswirken.

Angesagt war also ein Konzept, das Aktivität signalisiert, die immer kritischeren Äußerungen gegenüber der Politik kanalisiert und den eigenen Interessen gerecht wird. Entstanden ist eine »Zuwanderungskommission«. Sie soll ganz »ideologiefrei« Grundlagen neuer Politik erarbeiten. Es wird polizeiliche Härte gegen »Störenfriede« propagiert und für diejenigen, die mit rechten Angriffen »wirklich« ein Problem haben, soll es ein Bündnis geben – jetzt noch eins auf Bundesebene.

Die Debatte in den letzten Monaten hat es verdeutlicht. Es geht um eine auf die standort-ökonomischen Interessen ausgerichtete Änderung der Zuwanderungspolitik, die Durchsetzung von Staatsmacht bei gleichzeitiger (Wieder-)Verfestigung vermeintlicher demokratischer Spielregeln als Grundlage des Standortes und um ein Ablenken von eigenen Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit den völkisch-rassistischen Stimmungen in der Bevölkerung.

Dies und das Unverständnis in einer immer breiter werdenden Öffentlichkeit über die gleichbleibend hohe Zahl von Angriffen waren die Grundlagen, auf denen sich eine Debatte, wie in den letzten Monaten entfalten konnte. Die Gesellschaft selbst – verhaftet in völkischen Traditionen – hat sich über Jahre blind gestellt, und erschrickt nun vor der Zuspitzung ihrer eigenen Werte in Gestalt von rechtsextremen Skinheads und NPD-Parolen.

Bereits vor zwei Jahren wurde im Koalitionsvertrag geschrieben, man wolle ein Bündnis »Für Demokratie und Toleranz« schaffen. Doch die Abteilungen im Innenministerium, die sich bisher vor allem mit der politischen Linken beschäftigen und sich dort besser auskennen, gaben sich planlos. So sahen sich die Kalten Krieger mit einem ihnen aufgedrängten Thema konfrontiert. Man hätte das Thema lieber vom Tisch gehabt, verwies auf die Verantwortung in den Ländern und Kommunen. Doch eben dort bewegt sich nicht viel. Entsprechend wurde zum 23. Mai diesen Jahres ein Gründungsakt inszeniert, bei dem es der Innenminister schaffte, das Wort »Rechtsextremismus« zu vermeiden. Viele derjenigen, die eingeladen waren, distanzierten sich. Sie kritisierten eine mangelnde Einbindung in die Vorbereitung und unklare Zielstellungen. Antifaschistische und antirassistische Initiativen (darunter das AIB) erklärten, sie wollen »mit denjenigen zusammen arbeiten, die eine Gesellschaft ohne rassistische Ausgrenzung und Verwertungslogik anstreben. Dazu gehört nicht der Innenminister und nicht die Bundesregierung.«

Denn das Problem wird allein in der kulturellen Sphäre der Gesellschaft verortet und soll allein dort angegangen werden. Die Menschen sollen sich »an-

Standortproblem

ständig« verhalten, »was sie aufgebaut haben«, sollen sie sich nicht »von ein paar wirren Glatzköpfen kaputt machen« lassen, fordert der Bundeskanzler von der Gemeinschaft. Eine staatliche Verantwortung wird verschwiegen. Dabei liegt es auf der Hand: Wer verantwortlich ist für menschenunwürdige Unterbringung, Lebensmittelgutscheine und Aufenthaltsbeschränkungen und dies an eine Abstammung bzw. Herkunft knüpft, sorgt dafür, dass Bilder entstehen, in denen die einen mehr und die anderen für weniger wert befunden werden. Im allgemeinen Sprachgebrauch ist die Rede von »Fremden«. Aus dieser Zuschreibung wird wie selbstverständlich ein Ausschluss von gesellschaftlicher Teilhabe abgeleitet. Wer keine Berechtigung zum Aufenthalt hat, wird zur Abschreckung ganz demokratisch abgeschoben. Andere werden – wie selbstverständlich – verwahrt. Wenn Politiker dann auf das Gewaltmonopol des Staates und der Gesetze verweisen, interessiert das die Rassisten nicht. Ihnen ist der feine Unterscheidung zwischen »demokratischer« Legitimierung und »unanständiger« handfester Eigeninitiative egal. Ihnen geht es um das Ziel. Und darin stimmen »Schläger« und Staat überein. Ändern wird sich erst recht nichts, wenn in der weiteren Diskussion eine Unterscheidung in »nützliche« und »nutzlose«, »erforderliche« und »belastende Fremde« aufgemacht wird. Weil das Bild, dass »Andere« hierher kommen, die eigentlich nicht hierher gehören, bestehen bleibt. Für das jetzt allseits geforderte Engagement fehlen die viel beschworenen Initiativen. Etliche haben in den letzten Jahren aufgrund mangelnder Unterstützung aufgeben müssen. Andere, die über Jahre praktisch tätig waren, sich immer wieder mit eigenen Mitteln in die gesellschaftliche Debatte einmischten, werden mit dem Blick der Gleichsetzung von Rechts und Links weiter vor allem als Gegner gesehen, deren Kritik oder gar Protest auf der Straße nicht erwünscht sind.

Rezepte, die im Namen der Bekämpfung rechter Gewalt vor allem eine Verschärfung von Repression und Ausweitung polizeilicher Befugnissen beinhalten, sind abzulehnen, weil sie Einschränkungen für alle bedeuten. Erforderlich ist eine öffentliche Diskussion und Aufklärung über die geistigen Inhalte und die spezifischen Erscheinungs- und Strukturformen des Rechtsextremismus. Das Problem ist nicht die Gewalt, sondern die dahinter stehenden rechtsextremen Haltungen. Gewalt ist lediglich deren Folge. Weil das Problem die Einstellungen sind, darf die Verantwortung nicht an Staat und Polizei delegiert werden. Notwendig sind Konzepte, die gegen eine Verbreitung rechter Einstellungen wirken und diejenigen stärken, die sich positionieren und den Rechtsextremisten und ihrem Umfeld die Grenze aufzeigen.

Es bleibt die Feststellung, dass es ein »hartes Durchgreifen« bisher kaum gegeben hat. Polizei und Justiz waren und sind es, die mit ihrem Handeln Engagement gegen Rechts behindert, kriminalisiert und mit ihren »Einschätzungen« denunziert haben und denunzieren. Sicherheitsbehörden haben über Jahre V-Leute an Schnittstellen der rechten Szene geführt und mit Teilen möglicherweise paktiert. Klar ist: Was sich an rechtem Terror in den letzten Jahren entwickeln konnte, wird sich nicht so einfach zurück drehen lassen – schon gar nicht durch Verbote. Seit 1980 wurden in West- und später Gesamtdeutschland 23 rechtsextreme Gruppierungen und Vereine verboten. Das Ergebnis ist bekannt. Bisher ist es Neonazis und Rechtsextremisten immer wieder gelungen, ihre Strukturen den veränderten Bedingungen anzupassen. Das wird auch nach einem Verbot der NPD nicht anders sein. Demonstrationen und Konzerte werden weiterhin stattfinden, rechtsextreme Haltungen weiter propagiert. Vor allem kann nicht erwartet werden, dass Rechtsextreme auf die aktuelle Debatte nicht reagieren werden. Der Raum für Nazis wird zwar enger, es muß aber damit gerechnet werden, dass sich die Art und Weise der militanten Angriffe verschärfen wird.

Es gibt also viel zu tun. Nutzen wir Räume, die die jetzige Debatte aufmacht! Es gilt die Widersprüche aufzuzeigen und immer wieder zu unterstreichen: Zivilgesellschaft ist nicht der Handlungsgehilfe des Staates. Zivilcourage heißt selbstorganisiertes politisches Handeln.

Antifa statt Verbote! ■

✖ Anstandshalber Starker Staat

Keine Waffen, ein paar hundert CDs und T-Shirts, 73.000 Mark und Adressen: Die Ausbeute von rund 30 Durchsuchungen bundesweit im Zusammenhang mit dem Blood & Honour- und White Youth-Verbot fiel mager aus. Erstaunlich ist das Verbot nicht. Blood & Honour (B&H) war neben der NPD die einzige Neonazigruppierung, die aufgrund antifaschistischer Initiativen in den letzten Monaten von den bürgerlichen Medien häufiger genannt und analysiert wurde. Außerdem war B&H leichter zu verbieten als eine Partei wie die NPD.

| Auch wenn B&H nach dem Vereinsgesetz verboten wurde: De facto handelt es sich um ein Netzwerk, das seit Jahren in der Halblegalität operiert und dessen Existenz nur zu geringen Teilen von einer öffentlichen Struktur abhängt. Das Verbot ist kaum mehr als Kosmetik im staatlichen »Kampf gegen Rechts« und wird – wenn überhaupt – die Strukturen von B&H nur kurzfristig behindern. Noch im Oktober wurde das aktuelle B&H-Hochglanzmagazin mit einem Brief verschickt, in dem lediglich vor einer Kontaktaufnahme über die bisher bekannten B&H-Postfächer gewarnt wird.

Trotz Repression: Business und Propaganda wie immer

Bundesweit zählten die Sicherheitsbehörden in der ersten Jahreshälfte nur zehn B&H-Konzerte. Zum Vergleich: 1999 rechnete der Verfassungsschutz ein Drittel der 109 registrierten Konzerte den B&H-Strukturen zu. In den Jahren davor fehlen offizielle Angaben zu B&H. Nicht registriert wurden hingegen viele kleinere Konzerte mit regionaler Mobilisierung, die oft – z.B. getarnt als »Geburtstagsparties« oder »Bandwettbewerbe« – z.B. in rechten Jugendclubs stattfinden. So veranstalteten am 20. Mai süddeutsche B&H-Strukturen in einem Karlsruher Vereinsheim ein als »Geburtstagsveranstaltung« getarntes Konzert mit ca. 400 Naziskins. Als einer der regionalen Anführer gilt Achim Pfeiffer aus Ludwigshafen, der ehemalige Manager von »Tonstörung«[1].

Am 23. Juli organisierte die B&H-Sektion Nordmark um Torben Klebe und Stefan Silar ein Nazikonzert in einer Landgaststätte im Landkreis Harburg. Klebe ist Anführer der seit August verbotenen Kameradschaft Hamburger Sturm, der 30jährige Silar aus Tostedt wurde wegen Totschlags zu acht Jahren Haft verurteilt[2]. Mobilisiert wurde wie üblich über e-mail, Mund-zu-Mund Propaganda und Handys. Da die Sicherheitsbehörden vorab informiert waren, wurde »Warhammer« – die Nazi-Band sollte an diesem Abend auftreten – an der belgischen Grenze die Einreise nach Deutschland verweigert. Als Beamte den Auftritt der Magdeburger Naziband »Sperrfeuer« vor Ort beendeten, wurden sechs Polizisten verletzt. Ein anschließender nächtlicher Aufmarschversuch in Tostedt wurde ebenfalls aufgelöst, woraufhin die B&H Sektion Weser-Ems per Pressemitteilung mit einer unverhüllten Drohung reagierte: »Absolut unverständlich ist, dass sich einige Beamte immer noch fragen, warum Menschen wie Kai Diesner auf Polizisten schießen. Bei diesem Verhalten (...) sollten sie sich besser fragen, warum die anderen dies nicht tun (...).« Inzwischen wird wegen der Pressemitteilung gegen die NPD Bremen und deren Landesvorsitzenden Jörg Wrieden, der die Mitteilung per Fax weitergeleitet hatte, ermittelt. »Wenn wir von uns nahestehenden Organisationen gebeten werden, so etwas weiterzuverbreiten, dann tun wir das,« so Wrieden.[3]

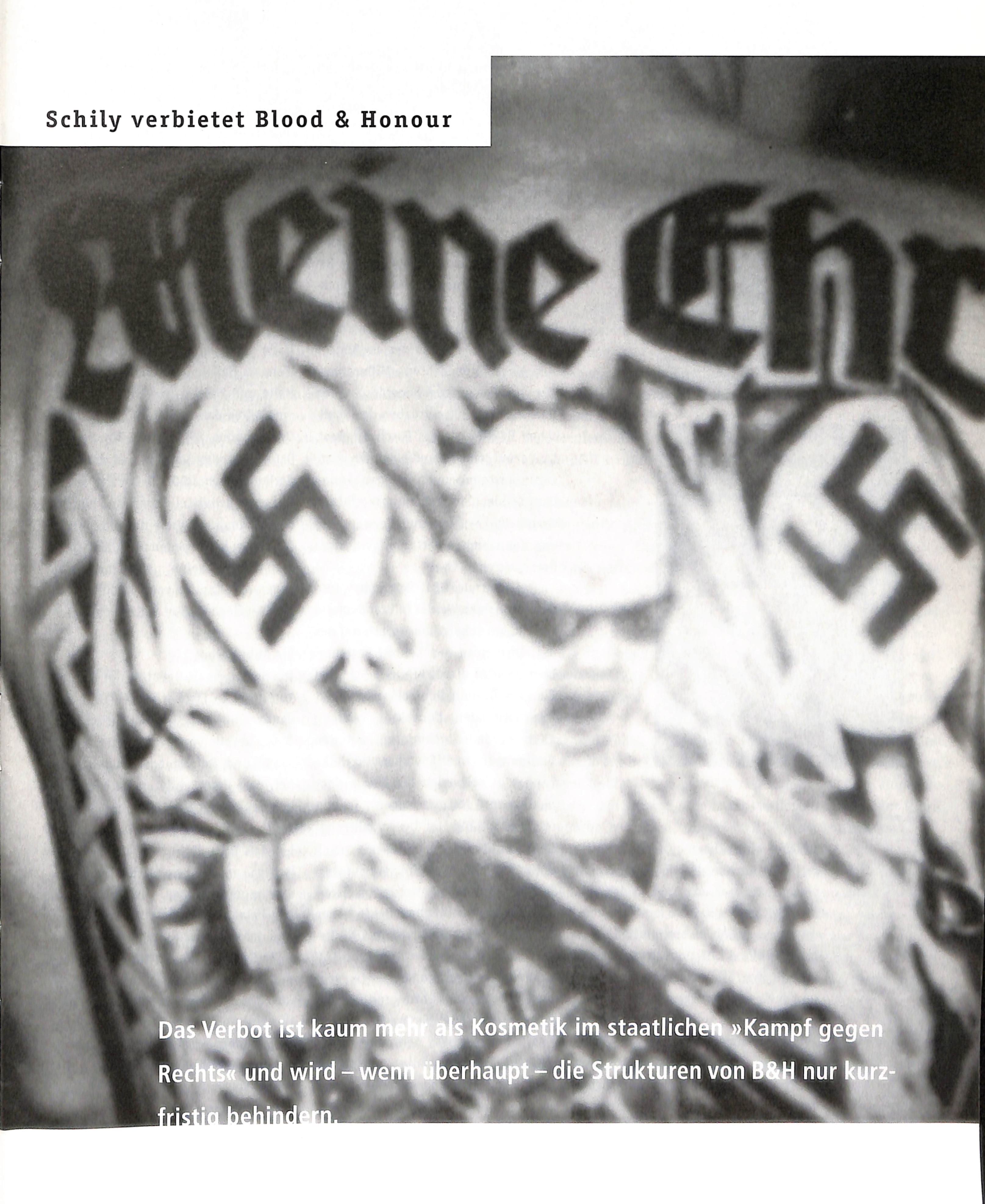
Am 5. August organisierte die B&H-Sektion Nordmark ein Konzert in einer Diskothek in Hamburg-Billstedt. Auch hier war es Torben Klebe, der als internationale Kontaktperson die Fäden zog und das Konzert als »Verlobungsfeier« deklarierte. Während im Obergeschoß der Disco eine türkische Hochzeit stattfand, spielten in den Kellerräumen vor 400 Neonazis die britische Neonaziband »Legion of St. George« und die B&H Band »Noie Werte« aus Stuttgart. Die Polizei konzentrierte sich an diesem Tag darauf, die Neonazis vor ungebetener Öffentlichkeit zu schützen.

Häppchenweise zum Verbot

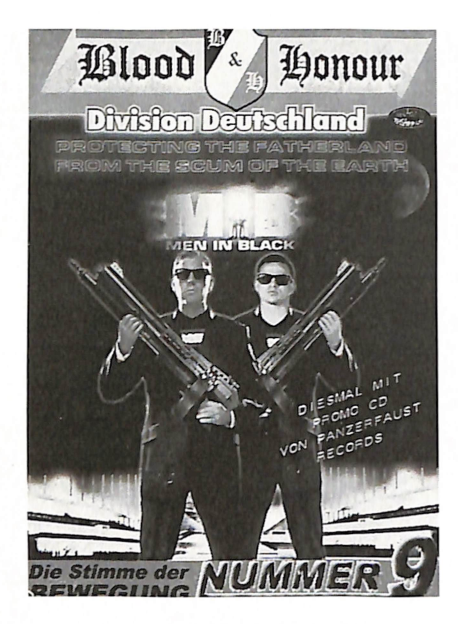
Die Strukturen von B&H reagierten auf die erhöhte polizeiliche Aufmerksamkeit mit einer Doppelstrategie: Einerseits wurden weiter Konzerte organisiert. B&H-Blöcke nahmen an Nazi-Aufmärschen teil und veröffentlichten Drohungen gegen Staatsvertreter und Aufrufe zum bewaffneten Kampf.

Diese Offensive wurde begleitet von Streitereien um die Vorherrschaft innerhalb der B&H-Struktur – vor allem im Bereich des CD-Vertriebes: Im süddeutschen Raum gab es Differenzen mit Ulrich »Uhl« Großmann. Sein Label und Vertrieb →

Schily verbietet Blood & Honour



Das Verbot ist kaum mehr als Kosmetik im staatlichen »Kampf gegen Rechts« und wird – wenn überhaupt – die Strukturen von B&H nur kurzfristig behindern.





▲ | Die aktuelle Ausgabe des »B&H« Zines hat 124 Seiten. Auch nach dem Verbot der Organisation wird die Publikation ungehindert in Deutschland versandt.

▲ | »Unsere Welt«, NS-Skinzine aus Bielefeld. Das Pamphlet erscheint in einer Auflage von 1000 Exemplaren und gehört zu den wichtigsten Multiplikatoren der deutschen NS-Skin Szene.

→ stellten eine überregionale Schnittstelle der Szene dar. Er arbeitete in verschiedenster Art und Weise mit B&H-Strukturen zusammen, bis Großmann anwaltlich verbreiten ließ, »die örtliche Blood & Honour Organisation« stünde ihm »feindselig gegenüber«[4] und er einen Prozeß gegen die Herausgeber des Buches »White Noise« über seine Zusammenarbeit mit dem B&H-Netzwerk verlor. In Südniedersachsen gab es im Sommer diesen Jahres handfeste Auseinandersetzungen. Mitbeteiligt war der B&H-Führungskader Dieter Riefling aus Hildesheim. Der mutmaßliche Anlaß: Die Fortführung vor allem der CD-Vertriebs-Aktivitäten des inhaftierten Neonazikaders Thorsten Heise, die mit dessen Distanzierung von der B&H-Struktur endeten.

Andererseits war spätestens im März 2000 nach der Razzia beim B&H-Deutschland Chef Stephan Lange alias »Pinocchio« aus Berlin und in dem B&H-Clubhaus in Berlin-Marzahn klar, dass die Repression schärfer wurde. Bei Lange wurden neben 1.500 Exemplaren von »Blood & Honour« Nr. 9 (ein knappes Drittel der Gesamtausgabe) und 1.850 Exemplaren der als Beilage zum Magazin gedachten »Milleniums-CD« von »Panzerfaust Records« aus den USA auch ca. 500 Ausgaben des englischen B&H-Magazines beschlagnahmt. Lange und seine Freundin wurden kurzzeitig festgenommen[5]. Gegen Lange läuft seitdem ein Ermittlungsverfahren wegen Verbreitung und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.[6]

Das zentrale B&H-Postfach wurde daraufhin nach Werder in Brandenburg verlegt, wo schon eines existierte, das u.a. Dirk Horn aus Lehnin betreute. Laut BKA ist dieser »Nr. 4 oder 5 bei Blood & Honour Deutschland«[7] – mit internationalen Kontakten. Anfang 1998 wurde er gemeinsam mit den Berlinern Hartmut Spengler und Heiko Lappat in Schweden bei einem Neonazikonzert festgenommen[8]. Zuletzt reiste er Anfang Mai diesen Jahres erneut mit einigen Neonazis nach Schweden zu einem Konzert auf dem festungsähnlichen Anwesen von Marcel Schilf und Erik Blücher. Beide haben 1999 die CD-Produktionsfirma NS-Records und den Vertrieb NS 88 in B&H Scandinavia vereint und besetzen seitdem de facto die Führungsposition im europäischen B&H-Netzwerk.

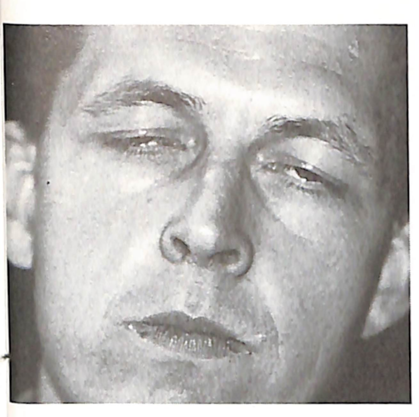
Als Reaktion auf den Repressionsdruck behauptete »die Divisionsleitung« Ende Juli in einem Rundbrief, die Berliner B&H-Sektion sei aufgelöst, und es werde »auch vorläufig keine neuen B&H Aktivitäten in der Hauptstadt geben«. Die Berliner Sektion zählt(e) ca. 50 Mitglieder und war nach eigenen Angaben 1994 Gründungssektion von B&H Deutschland. Ihre Aktivisten sind zentral innerhalb des Netzwerkes; über Jahre hinweg wurden viele der Konzerte in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern von der Berliner Sektion (mit)organisiert.

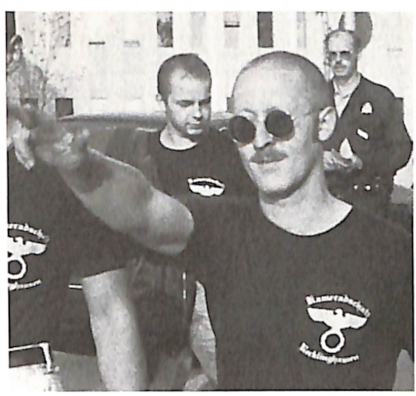
Am 30. August 2000 traf es Ingo Grönwald, Inhaber des Mitteldeutschen Musikversands in Halle. Er betrieb zudem zwei Läden: Das »Way of Life« in Halle und den »Phönix-US-Shop« in Weimar. Bei den Durchsuchungen in Halle und Weimar wurden 6.400 CDs, eine Adressdatei mit 1.500 Namen aus Deutschland, Finnland, Norwegen, Österreich, der Schweiz und den Niederlanden, 30.000 CD-Covern sowie Hakenkreuzdarstellungen und Videos beschlagnahmt.[9] Viele der indizierten CDs waren in Schweden produziert worden. Ein Haftbefehl gegen ihn wurde gegen eine Kaution von 25.000 DM und Meldeauflagen außer Vollzug gesetzt.[10]

Ein Alibi-Verbot

Die Sommerloch-Debatte, der Besuch von Joschka Fischer in den USA und vor der UNO sowie die Publikation einer Opferchronik von Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel trugen dazu bei, dass Otto Schily am 14. September das Verbot von B&H und »White Youth« verkündete. Offenbar hatte es bei den B&H Sektionen vorher, ähnlich wie momentan bei der NPD, Anweisungen gegeben, die Wohnungen von belastendem Material zu säubern und dann in aller Ruhe abzuwarten.

In Berlin wurde erneut die Wohnung von Stephan Lange in Lichtenberg durchsucht. Auch das Clubhaus sowie die Wohnung eines zweiten Berliner B&H-Kaders wurden durchsucht.[11] In Brandenburg besuchte die Polizei drei White Youth (s.u.) und drei Blood & Honour Kader: Dirk Horn, Stefan R. aus Bochow bei Potsdam sowie den angeblichen Chef der Sektion B&H Brandenburg: Sven Schneider aus Bork-







▲ Bilder von links

| Bernd Stehmann aus Bielefeld. Herausgeber des NS-Skinzines »Unsere Welt« und langjähriger Führungskader der »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front«.

| Dieter Riefling aus Hildesheim. Bis zu ihrem Verbot langjähriger FAP-Kader; heute B&H Aktivist. Mitherausgeber des Nazi-Skinzine »Axtschlag«.

| Mitglieder der »Blood & Honour« Sektion Hessen.

walde bei Potsdam, der Anfang Mai mit Dirk Horn nach Schweden gereist war. Zusammen mit Horn und der Kameradschaft Köthen hatte er 1999 das Ian Stuart Memorial Konzert in Sachsen-Anhalt, mit ca. 2.000 Teilnehmern organisiert[12]. Bei Schneider wurden neben 300 B&H-Magazinen, 80 CDs, etlichen Videos und T-Shirts auch die sogenannte »B&H-Kriegskasse« – ein Sparbuch mit 73.000 D-Mark – beschlagnahmt.[13] Ein lächerlich geringer Betrag angesichts der Gewinnspanne von 20,– bis 30,– Mark pro CD und von 30,– DM Mitgliedsbeitrag pro Monat .

In Niedersachsen suchte die Polizei in Hildesheim, Lingen, Minden und Bad Gandersheim 4 B&H-Kader auf.[14] Unter ihnen vermutlich Dirk Fasold von der B&H Sektion Ostwestfalen und Ziehsohn des Bielefelder GdNF-Kaders Stehmann sowie Jens Hessler aus Lingen. Er war Betreiber des »Nibelungen Versandes« und führender B&H-Importeur vor allem des dänischen »NS 88-Versandes«, weswegen er im September 1999 zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde[15]. Bei den damaligen Ermittlungen wurden einige tausend CDs u.a. in einem Erddepot bei Stralsund beschlagnahmt. Während Hesslers Untersuchungshaft wurde erbittert um die Nachfolge seines Versandes gestritten. Seine Position wurde trotz seiner Aussagen gegenüber den Ermittlern nicht geschwächt, so dass er seit seiner Entlassung eine führende Rolle innerhalb der B&H Sektion Weser-Ems einnimmt.

In Hessen fanden Durchsuchungen bei einem 29jährigen Naziskinhead in Kassel statt sowie in Maintal bei Andreas Reuhl, einem seit GdNF-Zeiten - bekannten Neonazi. Überrascht waren örtliche AntifaschistInnen, dass der Maintaler Claus Zur-Lienen verschont blieb. Dem ebenfals seit GdNF-Zeiten aktiven Neonazi wird seit längerem in antifaschistischen Medien eine Führungsrolle in lokalen B&H Strukturen zugeschrieben.

In Baden-Württemberg fand eine Durchsuchung bei einem 27jährigen Karlsruher der B&H Sektion Baden statt, der '99 mit anderen nach Northampton zu einem Konzert mit der schwedischen Band »White Law« (die später in Karlsruhe auftrat) reiste.[16] In Bayern wurden in der Oberpfalz, in Oberfranken und Schwaben fünf Objekte durchsucht. Betroffen war u.a. Bernd Peruch alias Pernod.

In Sachsen und Sachsen-Anhalt traf es Sven Liebich und ein Objekt in Wernigerode. Liebich betreut die Läden »The Last Resort« in Halle, den offiziell seine Schwester Sandra betreibt, und »Midgard« in Leipzig. Er war bis 1999 Betreiber des Ultima Tonträger Vertriebs und maßgeblich am B&H-Fanzine »The New Dawn« beteiligt. Gegen ihn ist seit zwei Jahren ein Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung anhängig.[17] Dennoch wurde u.a. der »Nationale Beobachter« mitsamt Anti-Antifa-Aufrufen in »The Last Resort« vertrieben. In Mecklenburg-Vorpommern gab es in Rostock Durchsuchungen bei einem Naziladen und dessen Betreiber.

Angesichts der Behauptung des Bundesinnenministeriums , B&H habe bundesweit rund 240 Mitglieder und White Youth noch einmal 100, ist die geringe Zahl der Durchsuchungen – und deren Auswahl – erstaunlich. So kamen die norddeutschen B&H-Strukturen bis auf eine Durchsuchung in Hamburg trotz ihres organisatorisch und politisch extrem offensiven Auftretens unbehelligt davon. Noch am Tag des Verbots war Sascha Bothe, Tostedter B&H-Aktivist und Leiter der B&H-Sektion Nordmark, eifrig dabei, Material aus seiner Wohnung zu schaffen.

Noch zurückhaltender verfuhren die Behörden mit »White Youth«. Die hatte sich im Dezember 1997 mit dem Ziel gegründet, »junge Leute zu organisieren und sie an die ‚älteren Kameraden' zu binden«,[18] sprich für B&H zu rekrutieren. White Youth-»Leiter« war Mike Bär aus Gera. Nachdem zunächst Andre Kunzmann aus Dortmund die Homepage angemeldet hatte, ist sie jetzt von Mark Reichert aus Gera eingetragen worden. Gemeinsam mit der Thüringer B&H Sektion wurden Konzerte organisiert und Aufmärsche besucht. Ein eigenes Fanzine »White Youth« – das auch als Mitteilungsblatt der B&H Sektion Südbrandenburg diente – und das Postfach kamen aus Senftenberg in Brandenburg, wo bei drei »White Youth« Mitgliedern Durchsuchungen stattfanden.

War da was? B&H nach dem Verbot

Zehn Tage nach dem Verbot veranstalteten die norddeutschen Strukturen von »Blood & Honour«, zusammen mit der Sektion »Hammerskins Nordmark« und deren Anführer Sven Grewe aus Lüneburg ein Ian-Stuart-Memorial Kon- →







▲ Bilder von links

| Sven Liebich (Vordergrund) betreut die Läden »The Last Resort« in Halle und »Midgard« in Leipzig. Er war bis 1999 Betreiber des Ultima Tonträger Vertriebs.

| Dirk Horn betreute das zentrale B&H-Postfach in Werder (Brandenburg). Laut BKA ist Horn die »Nr. 4 oder 5 bei Blood & Honour Deutschland«.

| Die Band »No Remorse« aus Großbritannien gehört zu den international führenden »B&H«-Bands. In ihren extrem rassistischen Liedern ruft sie zum Mord auf und verbreitet volksverhetzende Inhalte. Die Band tritt seit mehr als 10 Jahren regelmäßig in Deutschland auf.

zert mit internationaler Beteiligung und mit den »Proissenheads« aus Potsdam. Letztere konnten dank des Potsdamer Staatsschutzes drei Jahre lang in einem öffentlichen Jugendclub proben.[19]

Die Polizei schritt erst beim Auftritt der letzten Band ein und wurde von 500 bewaffneten Nazis angegriffen. Erst nach der Ankunft von ca. 500 weiteren Polizisten wurde der Saal gestürmt. Die Bilanz des Abends: 46 verletzte Polizisten und 32 vorübergehend festgenommene Neonazis. Am nächsten Tag wurde erklärt: »Auch ohne Blood & Honour wird der Kampf weitergehen! Aufgrund der Tatsache, daß es in der Vergangenheit immer wieder zu gewalttätigen Übergriffen der Systempolizei bei Musikveranstaltungen kam, waren die Besucher dieses mal etwas besser vorbereitet. (....) Dieser Staat muß merken, daß zukünftig einige tausend Bullen aufgeboten werden müssen, um unsere Konzerte zu verhindern (...).« Auch das »Aktionsbüro Norddeutschland«, hinter dem sich der Anführer der »Freien Kameradschaften« Christian Worch verbirgt, reagierte in einer Pressemitteilung ähnlich: »Die Zahl der verletzten Polizisten (...) war letztlich drei mal so hoch wie die Zahl der verletzten Konzertbesucher. Und darüber braucht sich wirklich niemand mehr zu wundern oder gar entsetzen (...).«

Die Reaktionen der B&H-Strukturen und ihrer engsten Verbündeten in der Neonaziszene auf das Verbot sind gelassen. Die B&H-Division Skandinavien und der in Schweden lebende norwegische Neonazi Erik Blücher alias »Max Hammer«, der ansonsten jede B&H betreffende staatliche Maßnahme ausführlich kommentiert, halten das deutsche Verbot noch nicht einmal für erwähnenswert.

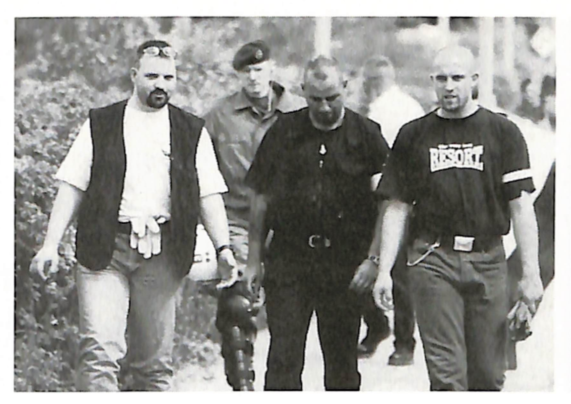
Möglicherweise wird die deutsche B&H-Sektion zunächst ihre Propaganda über Postfächer im Ausland verschicken. Allerdings wird das deutsche B&H-Magazin auch weiterhin aus Deutschland versandt.

Die internationalen Aktivitäten laufen unvermindert weiter. Zu einem am 16. September geplanten Ian-Stuart Memorial Konzert u.a. mit der Naziband »Might of Rage« aus Dresden in der ungarischen Stadt Szekszárd[20] reisten deutsche Neonazis und Bands ebenso an wie zum Ian Stuart Memorial Konzert im schwedischen Klippan am 23. September. Hier trafen sich Neonazis aus »verschiedenen unabhängigen, aber pro »Combat 18« Kreisen«[21] aus Schweden, Dänemark, Deutschland, Norwegen, Finland und Polen. Seitdem Marcel Schilf sich im vergangenen Jahr in Ljungbyhed, Klippan, niedergelassen hat, sind sein Anwesen und die Konzerte zum regelmäßigen Treffpunkt für internationale Neonazikader geworden. Von dort aus wurde ein Rudolf-Hess-Marsch im dänischen Helsingör dieses Jahr organisiert. Zur Sommersonnenwendfeier reisten mit Stephan Lange und Bernd Peruch gleich zwei deutsche B&H-Kader mitsamt Fußvolk an; Lange durfte vor den 200 Neonazis den »Zeremonienmeister« spielen.

Die Verbotsbegründung: Eine Bankrotterklärung

Begründet wurde das Verbot nach dem Vereinsgesetz vor allem mit den folgenden Punkten: B&H richte sich gegen die »verfassungsmäßige Ordnung«, bekenne sich »zu Hitler und führenden Nationalsozialisten«, verwende »Symbole und Begriffe des Nationalsozialismus«, erinnere positiv an »Teilorganisationen der NSDAP und staatliche Einrichtungen des Dritten Reiches«, habe eine »rassistische und antisemitische Ausrichtung«, propagiere die »Abschaffung der parlamentarischen Demokratie zugunsten eines Führerstaates« und richte sich in einer »kämpferisch-aggressiven Haltung« gegen die Verfassung und »den Gedanken der Völkerverständigung«.[22] Zur Begründung des Verbots wurden ausschließlich ab 1994 beschlagnahmte Materialien von B&H Deutschland und England ausgewertet. Das Ergebnis – nämlich militanter Antisemitismus, Rassismus, Mordaufrufe gegen alle, die nicht ins rechte Weltbild passen, Ausrichtung an der Waffen-SS und Aufrufe zum bewaffneten Kampf für die Teilnahme »am Endkampf der weißen Rasse in Europa«[23] – kann niemanden überraschen.[24]

Die Verbotsbegründung ist eine Bankrotterklärung staatlichen Umgangs mit militanten Rechtsextremismus. Der harte Kern der militanten Nazis konnte seit 1991 – als die ersten Konzerte mit britischen B&H Bands wie »Skrewdriver« und »No Remorse« in Deutschland mit mehreren hundert Besuchern stattfanden – ungehindert agieren. Das Ergebnis: Die schon 1991





▲ Bilder von links

| (v.l.) Oliver Schweigert; Thorsten de Vries; Torben Klebe. Klebe ist Kader von »B&H« und Anführer des verbotenen »Hamburger Sturm«.

| Video- und CD-Bestellkataloge von »NS 88«

von Ian Stuart Donaldson, dem Gründungsvater von B&H, propagierte Strategie, Musik als Mittel zur Politisierung und Rekrutierung jugendlicher Sympathisanten für den Nationalsozialismus einzusetzen, konnte von führenden deutschen Neonazis ungestört umgesetzt werden. Inzwischen existiert eine rechtsextreme Erlebniswelt, in der das rechte Musikbusiness mit Konzerten, Internetseiten und Vertrieben eine zentrale Stellung hat.

Und daran wird sich weder durch das Verbot noch durch sogenannte »Konzert-Erlasse« kaum etwas ändern. Trotz eines solchen Erlasses fand z.B. in dem mecklenburgischen Dorf Priborn an der Müritz am 10. Juni ein internationales Konzert mit rund 350 Neonazis statt. Die Polizei griff nicht ein.

Bei Umsetzung, Begründung und Zeitpunkt des B&H Verbots ging es in erster Linie um die Rettung des deutschen Images im Ausland und um einen »Befreiungsschlag« in der »Sommerlochdebatte«. Mit der gleichen Begründung hätte die B&H Division Deutschland schon 1994 nach ihrer offiziellen Gründung verboten werden können.

B&H und Terror

Der einzige spannende Satz der Verbotsverfügung steht auf Seite 31: »B&H und White Youth haben in Teilen bewußt konspirative Strukturen gebildet (...)«, stellt das Bundesinnenministerium (BMI) fest. Jedoch kein Wort über die Arbeitsweise oder die zentralen Kader dieser Strukturen. Und daher bei diesen auch keine Durchsuchung – weder bei B&H-Aktivisten, wie den Brüdern Klemens und Christoph Otto aus Pinneberg oder bei Peter Borchert, der für die Durchführung eines B&H Liederabends im Neumünsteraner Club 88 mitverantwortlich war, noch bei Bernd Stehmann in Bielefeld. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Die konspirativen Strukturen dienen nicht nur zur Organisierung von Konzerten und dem Versand von CDs und Videos, sondern auch zum Aufbau militanter Terrorzellen. Im Herbst 1999 veröffentlichte der Hamburger Sturm – Mitherausgeber Torben Klebe – ein Interview mit einer »Nationalrevolutionären Zelle«, die den bewaffneten Kampf propagierte. Seit Anfang diesen Jahres verbreitete B&H Scandinavia dann auf seiner Website ein mehrseitiges Strategiepapier zum bewaffneten Kampf, das mit der Aufforderung endet: »Die Zeit des Geredes ist wirklich vorbei. Wir haben ein Stadium erreicht, in dem jegliche Form der Aktion der Inaktivität vorzuziehen ist. (...) Laßt uns unsere Schreibtische verlassen und das multikulti, multikriminelle Inferno von ZOG zerstören.«

Autor des Strategiepapiers mit dem Pseudonym »Max Hammer« ist Erik Blücher. Er betreibt gemeinsam mit Marcel Schilf den Versand von B&H Skandinavien, über den neben anderem Propagandamaterial die »Kriegsberichter«-Videos vertrieben werden. Zweidrittel aller Kunden sind deutsche Neonazis, die das hier indizierte Material in Schweden ordern. Blücher verfügt über enge Kontakte zur norddeutschen Neonaziszene, u.a. zum Hamburger Christian Worch und zur britischen Terrorgruppe »Combat 18«.

So schreibt Blücher dann auch: »Combat 18 muß als bewaffneter Arm der Blood & Honour Bewegung agieren« und »C 18« wird als »Armee von Blood & Honour« bezeichnet; Vorbild sei die Waffen-SS: »Das Konzept der Waffen-SS enthält alle Prinzipien (...), von (denen) wir unsere Inspiration zur Organisierung einer neuen Legion arischer Gladiatoren beziehen müssen.«[25] Auch die Angriffsziele werden benannt: In der antisemitischen Verschwörungstheorie stehen staatliche RepräsentantInnen und JournalistInnen im Dienst einer »jüdischen Weltverschwörung«, die sogenannte »ZOG – Zionistische Besatzungsregierung«. Niemand sollte sich von der vermeintlich antistaatlichen Haltung von B&H täuschen lassen: Herzstück ihrer Ideologie ist ein eliminatorischer Antisemitismus. Dass die Botschaft von B&H bei den jugendlichen KonsumentInnen angekommen ist, zeigen die steigenden Zahlen antisemitischer Grabschändungen und Anschläge auf Synagogen.

Die Spinne im braunen Terror-Netz: Der Verfassungsschutz

Führende deutsche Neonazis mit engen Kontakten zu B&H und der britischen Terrorgruppe »Combat 18« dienten und dienen den Sicherheitsbehörden als Informanten: Einer von ihnen, der 29-jährige Carsten Szczepanski – Deckname »Piato« – aus Königs Wusterhausen (KW), wurde zwischen 1994 und Juli 2000 als V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes geführt. Er spielte schon bei der Konsolidierung von B&H in Berlin-Brandenburg eine wichtige Rolle und gehörte dann zu den wichtigsten Propagandisten der eng mit der B&H-Struktur verwobenen »Combat 18«. Im Juli 2000 wurde er medienwirksam durch eine Veröffentlichung im »Spiegel« abgeschaltet.[26] Szczepanski organisierte ab 1992 Neonazikonzerte, war Herausgeber des ältesten und militanten deutschen Naziskinzines »United Skins«. Hier →

1| Blick nach Rechts, Nr. 12, 15.6.00, S. 15
2| Frankfurter Rundschau, 14.9.00
3| Die TAZ, (HH-Ausgabe), 25.7.00
4| White Noise – Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene, Hamburg, Juli 2000, S. 82
5| Der Tagesspiegel, 28.3.00
6| ebenda
7| Märkische Allgemeine Zeitung, 15.9.00
8| Searchlight, Nr. 272, AIB Nr. 50
9| Spiegel Online, 5.9.00
10| Mitteldeutsche Zeitung, 6.9.00
11| Berliner Zeitung, 16.9.00
12| AIB Nr. 49, S. 48
13| Märkische Allgemeine Zeitung, 15.9.00
14| Die TAZ (Bremen), 15.9.00
15| White Noise, S. 79f. und Bundesverfassungsschutzbericht 1999, S. 29
16| Rhein-Neckar Zeitung, 15.9.00
17| Junge Welt, 17.8.00
→



▶ | »B&H«-Mitglieder bei einem »Wehrsport-Wettbewerb«

→ veröffentlichte die deutsche B&H-Division eines ihrer ersten Interviews.[27] Dieses Zine galt von 1992 bis zum Juli 2000 als kontinuierliches Mitteilungsblatt der rechtsextremen Szene. Verwunderlich – jedenfalls für AntifaschistInnen – war, dass Szczepanski, der 1995 wegen versuchten Mordes an einem Nigerianer zu acht Jahren Haft verurteilt worden war, das Zine aus der Haft heraus produzieren und gemeinsam mit seiner Freundin vertreiben konnte und dabei für »Combat 18« warb. Im Nachhinein ist klar, dass Szczepanski dies machen konnte, weil der VS ihn deckte.

Kurz nach seiner Haftentlassung reiste Szczepanski mit mehreren Neonazis nach Schweden und besuchte Mitglieder der Anti-Antifa-Terrorgruppe »Nationalsozialistische Front« (NSF).[28] Außerdem eröffnete er einen Nazi-Laden. Anfang 2000 stieg er zum NPD-Ortsvorsitzenden in KW und mit dem Berliner Neonazi Reinhard Golibersuch in die Organisationsleitung des Berlin-Brandenburger NPD-Landesverbandes auf.[29] Unter Szczepanskis tatkräftiger Beteiligung entwickelte sich der Nachwuchs von »United Skins« zu einer bekannten Schlägergruppe. Szczepanskis letzter öffentlicher Auftritt fand am 17. Juni in KW statt, wo er mit »C 18«-T-Shirt für die NPD einen Aufmarsch mit 600 Teilnehmern, u.a. auch Worch, mitorganisierte. Nach seiner Enttarnung konnte er trotz einiger Drohungen seiner »Kameraden« – etwa der HNG und diverser Nationaler Infotelefone – nur mühsam vom Verfassungsschutz dazu gebracht werden, KW zu verlassen.

Szczepanski, in dessen Westberliner Zweit-Wohnung schon 1992 vier Rohrbombenkörper, chemische Substanzen und Zündvorrichtungen gefunden wurden, gehörte zusammen mit seinem alten Bekannten aus NF-Zeiten, Ralf Luckow aus KW, Berliner B&H Kadern, Lutz Giesen von der Kameradschaft Germania, Jean-René Bauer von den »Vandalen« sowie mehreren Brandenburger Neonazis zum harten Kern der »Nationalrevolutionären Zellen«. Interessanterweise wurden die o.g. Nazikader trotz diverser Waffenfunde und Anschlagspläne jeweils nur kurzzeitig in Gewahrsam genommen.

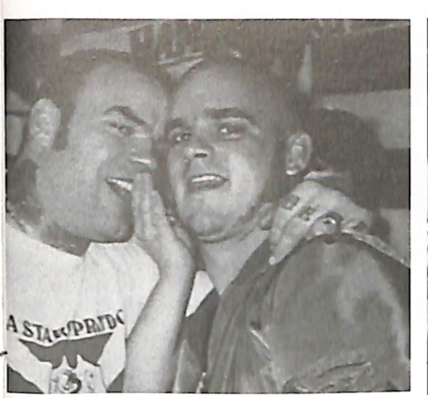
Der einzige aus dem Kreis, der inzwischen in Strafhaft sitzt, ist der 22jährige Nick Gräger aus Wunsiedel, der im August vor dem Berliner Landgericht seinen Weg in den »braunen Untergrund« beschrieb. Er hatte schon als 15jähriger Kontakt zur Naziszene, war zeitweilig in der NPD und wurde während einer Haftstrafe 1998 von der HNG betreut, die ihm auch Kontakt zur NPD vermittelte. Nach einem Besuch beim »Afrikaaner Widerstandsbund« (AWB), zog er im Frühjahr 2000 nach Berlin, wo er nach seinen Angaben vom NPD-Kader Uwe Brunke wieder in die Szene »eingeführt« wurde. Am Rand eines NPD-Treffens in KW entstand der Kontakt zum Kreis um Szczepanski, dem er von seinen Bombenbaukünsten berichtete. Dieser und Luckow waren von Grägers Fähigkeiten begeistert. Sie wollten die Rohrbomben gegen das »linke Spektrum« einsetzen. In den Folgemonaten drängte Szczepanski mehrfach zur Übergabe der Bombe, und drohte Gräger, der aber nicht lieferte. Im Juni diesen Jahres durchsuchte die Polizei Grägers Wohnung und fand eine fertige Rohrbombe und einen Bombenrohling. Das Ergebnis: Zwei Jahre Haft für Gräger.[30]

Der Fall Szczepanski wirft u.a. die Frage auf, inwieweit Szczepanski doppeltes Spiel trieb und nur mit Neonazis abgesprochene Informationen weitergab – wie es bei der NF gängige Praxis war. Dies liegt zumindest nahe: Zum einen wurde Szczepanski offenbar aus Kreisen der Sicherheitsbehörden »verbrannt«, die wohl Angst hatten, dass er ihnen aus dem Ruder läuft. Zum anderen hat sich die NPD nach seiner Enttarnung auffallend zurückhaltend geäußert.

Ungeklärt ist auch, wer neben Szczepanski als weiterer Zuträger der Sicherheitsbehörden in der Terror-Connection Hamburger, Berliner und Brandenburger Nazis sitzt. Eine alte Geheimdienstregel lautet, dass »Top-Quellen« niemals unüberwacht agieren sollen. Die Biografien einiger Neonazis – vor allem derjenigen mit längeren Knastaufenthalten – liefern dafür zumindest Anhaltspunkte. »Verrat« wird ohnehin innerhalb der deutschen Neonaziszene in den seltensten Fällen als gravierend bewertet und oft genug einfach taktisch eingesetzt – um die eigene Haut, die eigenen Strukturen oder Organisationen zu retten.

Bei Bernd Peruch, Sänger der B&H-Band »Hate Society« aus Bamberg, spekulieren einige seiner »Kameraden« öffentlich, dass er seit einigen Jahren Informationen an die bayrischen Sicherheitsbehörden weiterreicht: »(...) Dazu paßt dann auch ganz gut, daß eben der genannte Bamberger Nasenbär früher einen regen Kontakt zu einem VS-Mitarbeiter hatte, den er mir gegenüber mal als seinen ‚Freund Böhm vom Verfassungsschutz' bezeichnet hat (...)«, so Großmann.[31] Mit Szczepanski zählt Peruch zu den bekanntesten Protagonisten der Terrorstrategien von »Combat 18« in Deutschland und ist

18| VS Bericht Thüringen, 1999
19| Hinter den Kulissen – Faschistische Aktivitäten in Brandenburg – Update 99, S. 64ff
20| Das Konzert wurde nach Intervention der ungarischen Sicherheitsbehörden verboten; ein B&H Sportfestival mit rund 100 Teilnehmern konnte stattfinden.
21| B&H Scandinavia
22| Verbotsverfügung des BMI vom 12.9.00
23| Gründungsmitteilung der B&H Section Saar
24| s. u.a. White Noise und AIB Nr. 49| Nr. 50
25| Alle Zitate aus »The Way Forward«, Übersetzung: AIB
26| Der Spiegel, 28|00, S. 37f
27| s. United Skins Nr. 10, AIB Nr. 50, Hinter den Kulissen – Update 99
28| AIB Nr. 50, S. 31
29| Zündstoff Nr. 1|00
30| Der Tagesspiegel, 9.8.00
31| DIM Records Versand, Liste April|Mai 00
32| White Noise; S. 81







◀ **Bilder von links**

| Bernd »Pernod« Peruch, (r.) Sänger der »B&H«-Band »Hate Society« aus Bamberg gehört zu den »B&H« Führungskadern (hier zusammen mit Ken Mc Lellan (l.), dem Sänger der »B&H« Band »Brutal Attack«.

| Carsten Szczepanski, Deckname »Piato« aus Königs Wusterhausen, wurde zwischen 1994 und Juli 2000 als V-Mann des Verfassungsschutzes geführt.

in der Vergangenheit mehrfach als Besteller von NS-88-Versandmaterialien aufgefallen. Am 27. Juni 1999 besuchte eine 14-köpfige »Combat 18«-Delegation unter Führung von Will Browning ein B&H-Organisationstreffen bei Bamberg. Das Treffen begann mit einem Konzert.[32] Trotz umfangreicher Polizeikontrollen bei der Anfahrt der Konzertbesucher und des Spielens des indizierten Liedes »Zigger, Zigger – Shoot those fucking Niggers« von »No Remorse« in Anwesenheit eines starken Polizeiaufgebots, wurde das Konzert nicht beendet. Eine interessante Frage ist, warum Bands und Einzelpersonen, die in Deutschland offen zum Mord aufrufen, ein- und ausreisen können.

Bisher haben die Verdächtigungen Peruch kaum geschadet, wie sein Auftritt bei der Sommersonnenwendfeier in Klippan im Juni nahelegt. Der äußerst aktive Kreis von B&H in der Region wird auf Dutzende von Aktivisten geschätzt, die über mehrere Fanzines und Vertriebe verfügen. Die drei Razzien am 14. September in Bamberg – darunter auch bei Peruch – sind da nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

Das Beispiel Szczepanski zeigt, wie staatliche Sicherheitsbehörden über Jahre hinweg neonazistische Propaganda und Strukturaufbau mitfinanzieren – Szczepanski erhielt bis zu 1.000,- DM monatlich vom VS. Trotz des fragwürdigen Informationsgehalts derartiger Quellen ist die Wirkung der Propaganda bei tausenden von jugendlichen Rechtsextremen, die durch Szczepanskis Skinzine radikalisiert und zu militanten Aktivitäten, Rassismus und Antisemitismus agitiert wurden und werden, unstrittig.

Und nun?

Dem harten Kern des B&H-Netzwerks ist ein über Jahre etabliertes Label verlorengegangen, das bei den rund 12.000 militanten Naziskins in Deutschland für »Kompromißlosigkeit« und »Nationalsozialismus pur« stand. Spannend ist vor allem, ob der Verlust des identitätsstiftenden Labels mit der Bildung eines »Untergrund-Mythos kompensiert wird.

Folgende Entwicklungen sind möglich:

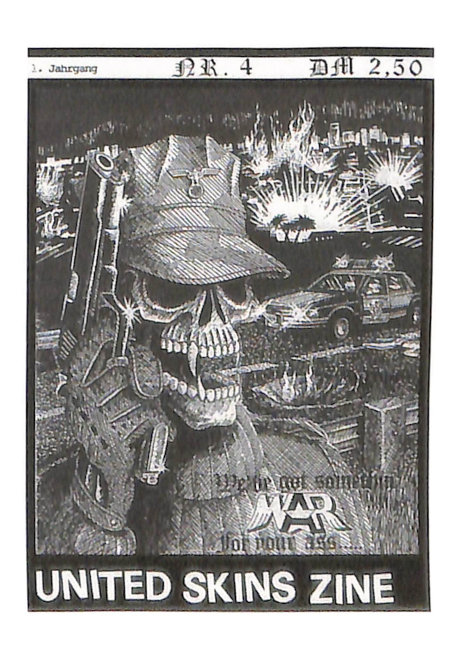
Der harte NS-Kern, der schon länger auf Terror und Militanz setzt, radikalisiert sich weiter und tritt mit geplanten Aktionen an die Öffentlichkeit – um das Sympathisantenumfeld mitzuziehen und den Ruf als Avantgarde zu festigen. Durch die Angst vor staatlicher Repression findet allenfalls ein Ausleseprozess statt.

Wenn Waffen und Hetzpropaganda einmal über einen längeren Zeitraum und in einem derartigen Umfang wie in den B&H-Strukturen im Umlauf sind, ist dies von Staatsseite nicht mehr kontrollierbar.

Organisatorisch stellt das Verbot lediglich eine Behinderung dar. Ein großer Teil der B&H-Aktivisten kommt aus vorher verbotenen Organisationen und hat dementsprechende Erfahrungen. D.h. sie werden die vom Verbot nicht betroffene informelle Struktur schnell der neuen Situation anpassen und weiterentwickeln. Zum einen, weil sie ihre politischen Ziele bisher unbeschadet von allen Verboten weiterverfolgt haben; zum anderen, weil der Profit und die Wirkung im Musikbereich viel zu verlockend sind, um auszusteigen.

Eine Chance, etwas zu bewirken, gibt es nur, wenn antifaschistische Initiativen es schaffen, die rechtsextreme Erlebniswelt, die die B&H-Strukturen einerseits aufgebaut haben und andererseits zum eigenen Überleben brauchen, ins Zentrum öffentlichen Interesses zu rücken. Erst wenn die »kahlköpfigen Jugendlichen« weder in der Dorfkneipe, noch im Jugendclub ihre »Geburtstagsparties« feiern können, wenn beim Abspielen ihrer Lieder eingegriffen würde, wenn Nazi-Läden keine Gewerbekonzessionen bekämen, dann würde es kein ruhiges, braunes Hinterland für B&H und andere Neonazikader mehr geben. ■

▼ | Das Nazi-Skin Zine »United Skins« wurde von Szczepanski fast 10 Jahre herausgegeben. Als Kontaktadresse diente das Postfach der bitischen Terrorgruppe »Combat 18«.



✖ Keine Nazi-Strukturen erkennbar?

Terrortown Düsseldorf

27. Juli 2000, 15.05 Uhr: Am Geländer der Fußgängerbrücke des S-Bahnhofs Düsseldorf-Wehrhahn explodiert eine in einer Plastiktüte deponierte und mit dem Sprengstoff TNT bestückte Handgranate. Zehn Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, sogenannte Kontingentsflüchtlinge, sechs von ihnen Mitglieder von jüdischen Gemeinden, werden zum Teil lebensgefährlich verletzt.





| Bis Redaktionsschluß ist es den Ermittlungsbehörden trotz eines hohen Aufwandes nicht gelungen, die TäterInnen zu ermitteln. Auch viele Fragen zur Vorbereitung und Durchführung des Anschlages konnten bisher nicht beantwortet werden. Da der benutzte Sprengstoff laut nicht dementierten Presseberichten aus Bundeswehrbeständen stammt, ist es allerdings höchst merkwürdig, dass diese Spur zu keinerlei Ermittlungsergebnissen geführt haben soll – zumindest sind keine veröffentlicht worden. Staatsanwaltschaftlichen Aussagen zufolge kann auch aus den Resten des Sprengsatzes die Art des Zünders nicht bestimmt werden. Dieser hätte möglicherweise Aufschluß darüber gegeben, ob sich der Anschlag konkret gegen die zehnköpfige Gruppe, die täglich zur Tatzeit von einem um 15.00 Uhr endenden Sprachkurs kommend den S-Bahnhof erreichte, richtete. Aber neonazistischer Bombenterror richtete sich bekanntlich bisher nicht in allen Fällen gegen konkrete und verhaßte Einzelne, sondern wurde oft ungezielt gegen beliebige Opfer eingesetzt, um die Ohnmacht des Staates vorzuführen und den Ruf nach einer starken Führung anschwellen zu lassen. Fest steht, dass die Täter beim Düsseldorfer Anschlag Tote auf dem stark frequentierten Bahnhof einkalkuliert hatten.

Trotz fehlender eindeutiger Hinweise wurde entgegen den üblichen Reaktionsmustern von staatlichen Stellen bereits kurz nach der Tat ein neonazistischer Hintergrund als »möglich« bezeichnet. Relativ schnell richtete sich der Blick der Öffentlichkeit auf die neonazistische Szene in Düsseldorf, die es laut zwischenzeitlich relativierten Aussagen des zuständigen Polizeilichen Staatsschutzes und des Düsseldorfer Oberbürgermeisters Joachim Erwin eigentlich gar nicht geben dürfte.

»Keine Neonazi-Strukturen erkennbar«

Die bundesweite Umstrukturierungsphase der NS-Szene ist auch in Düsseldorf umgesetzt worden. Gab es Anfang der neunziger Jahre noch einen lokalen »NF-Stützpunkt« und einen FAP-Kreisverband, so näherte man sich bereits vor dem zu erwartenden Verbot der FAP den »Jungen Nationaldemokraten« an. Heutiger Organisationsstand ist die »Kameradschaft Düsseldorf«, die sich als »Freie Kameradschaft« versteht und in der sowohl ex-FAP'ler und NF'ler als auch ehemalige JN'ler aktiv sind. Von der »Kameradschaft Düsseldorf« wird auch das »Nationale Infotelefon Rheinland« (NIT Rheinland) betrieben. Seit sechs Jahren beliefert das NIT von Düsseldorf aus die neonazistische Szene in der BRD mit Informationen. 1994 vom FAP-Kreisverband Düsseldorf eingerichtet, wurde es 1995 nach dem Verbot der FAP in die Struktur der JN überführt. Nachdem antifaschistische Gruppen 1997 eine Kampagne gegen das NIT gestartet hatten, bekam der ehemalige FAP'ler und damalige JN'ler und NIT-Betreiber Udo Birr kalte Füße und stellte den Betrieb ein. Danach wurde das NIT von dem 26-jährigen Jörg Wagner übernommen. Aber auch er hat kürzlich beschlossen, seinen Kopf nicht länger für das NIT hinzuhalten. Seit einigen Monaten ist dieses nun auf Joachim Kleemann angemeldet und wird von Marco Schirmer betrieben. Verfasser der Ansagetexte des NIT ist der 22jährige »Kameradschaftsführer« Sven Skoda.

Aus ihrer politischen Orientierung hat die »Kameradschaft Düsseldorf« nie einen Hehl gemacht. Man bekennt



sich öffentlich zu den »Grundsätzen der nationalsozialistischen Revolution«, bezeichnet Juden als »Deutschlands größte Feinde« und ruft zum Feiern aus Anlaß des Todes von Ignatz Bubis auf, alles bislang ohne nennenswerte Probleme mit Polizei und Justiz. Mitglieder der »Kameradschaft Düsseldorf« sind währenddessen bei nahezu allen regionalen und bundesweiten neonazistischen Aktionen und Veranstaltungen zu finden. Ihre Bedeutung innerhalb der Szene wächst stetig. Die Gruppe besteht im Kern aus ca. 10–15 Personen mit einem zahlenmäßig nur schwer bezifferbaren Umfeld. Zu landes- und bundesweiten neonazistischen Demonstrationen können bis zu 40 Personen aus Düsseldorf, dem Kreis Mettmann und aus Neuss mobilisiert werden. Zum Kern der Gruppe gehören neben den bereits erwähnten Skoda, Birr, Wagner und Schirmer auch Stefan Krekel und Tibor Engler, die beide Anfang der neunziger Jahre aktive Mitglieder der NF waren. Beide nahmen 1992 und 1993 auch am »kanackenfreien Freitagstraining« des von einem V-Mann des nordrhein-westfälischen VS geleiteten Solinger »Deutschen Hochleistungskampfkunstverband« (DHKKV) teil, derjenigen neonazistischen Kampfsportschule, in der auch drei der vier Personen trainierten, die am 29. Mai 1993 einen Brandanschlag in Solingen verübten. Hierbei wurden fünf türkische Frauen und Mädchen ermordet. Aber nicht nur an diesem Beispiel wird deutlich, was das Ziel des Ganzen ist, wenn die Situation als günstig angesehen wird. In der ersten Ausgabe des »Düsseldorfer Beobachters« wird ein als »abgeurteilter Wehrwolf« bezeichneter Neonazi interviewt, der offensichtlich heute nach seiner Haftentlassung selbst der »Kameradschaft« angehört. Am 31. Juli 1996 hatte der »Wehrwolf« gemeinsam mit zwei weiteren Personen ein AussiedlerInnenwohnheim, in dem 23 Menschen schliefen, in Brand gesetzt, nicht ohne vorher alle Feuerlöscher zu beseitigen. Nur durch großes Glück kam niemand ums Leben. Im Umfeld der »Kameradschaft Düsseldorf« ist auch der neonazistische Waffennarr Ralf Spies anzutreffen, der von den Ermittlungsbehörden wegen des Sprengstoffanschlags am Wehrhahn kurzzeitig als möglicher Täter gehandelt wurde. Spies betreibt in Düsseldorf den Laden »Survival Security & Outdoor« für »Polizei-, Armee-, Sicherheits-Zusatzausrüstungen«. Hier ist von Messern, Schlagstöcken und anderen Waffen alles zu haben, was der »nationale Kämpfer« so braucht. Spies ist schon mehrmals durch Angriffe auf Linke und Migranten in Erscheinung getreten.

Das durchaus erfolgreich eingebundene Umfeld der »Kameradschaft« besteht im wesentlichen aus rechten Jugendlichen und neonazistischen Skinheads, die in Cliquen »organisiert« sind, von denen in Düsseldorf eine ganze Reihe existieren.

Neben ihren überregionalen Aktivitäten versucht sich die »Kameradschaft« auch an lokalen Aktionen. Hierzu zählen z.B. regelmäßige Aktionen am Volkstrauertag. Im Sommer 1998 sorgten die »Kameraden« sogar dafür, dass eine städtische Veranstaltung zum Thema »Die extreme Rechte in Düsseldorf« im Rahmen der Anne-Frank-Ausstellung kurz vor Veranstaltungsbeginn abgesagt werden mußte, da 22 Neonazis erschienen waren und eine Durchführung unmöglich gemacht hatten. Am 13. April 2000 wurde versucht, eine Podiumsdiskussion zur Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht zu stören. Dieses konnte jedoch von AntifaschistInnen verhindert werden. 1998 und 1999 führte die »Kameradschaft« je ein Treffen der nordrhein-westfälischen »Freien« in Düsseldorf durch, an der jeweils ca. 80 teilweise hochkarätige Nazis aus NRW und den Niederlanden teilnahmen. Nachdem bislang zwei Anläufe, Demonstrationen in Düsseldorf durchzuführen, an Verboten gescheitert sind, fand am 21. Oktober ein unter anderem von Christian Worch angemeldeter Aufmarsch statt.

Einen wichtigen Knotenpunkt zwischen der rechten Jugend- bzw. neonazistischen Skinheadszene und den in der »Kameradschaft Düsseldorf« organisierten Neonazis stellt der Düsseldorfer Plattenladen »Power Station« des ehemaligen REP-Kommunalwahlkandidaten Bernd Buse dar, in dem mit Elke Assmann ein weiteres Kamerad- →

▼ | Nazi-Skin Zine »Rock Nord« aus Düsseldorf. Es erscheint regelmäßig mit einer Auflage von 5.000 verkauften Exemplaren.







▲ | Marco Schirmer, »Kameradschaft Düsseldorf«. Er zählt zu den Betreibern des »NIT Reihnland«.

▲ | Düsseldorfer »Kameradschaftsführer« Sven Skoda.

→ schaftsmitglied tätig ist. Die Rechtsrock-Strukturen sind in Düsseldorf und dem Umland sehr stark. Die wichtigsten Bands sind »Rheinwacht« um das »Rock Nord«-Redaktionsmitglied Frank Krämer, die Band »Starkstrom« um Stefan Rasche sowie »Barking Dogs« (Düsseldorf/Krefeld) um Ingo Wolff, der auch das Band-Projekt »Arbeiterklasse« initiierte. Der Gründer der Düsseldorfer Band »08/15«, Rainer Sebrecht, ist ebenso wie Ingo Wolff seit Jahren Mitglied der britischen Kultband »Brutal Attack«. Der »MZ-Vertrieb« und das Label »Funny Sound«, die von Torsten Lemmer aufgebaut wurden und zur Zeit von dem ehemaligen Hamburger JN-Landesvorsitzenden Jan Zobel und dem ehemaligen FAP-Aktivisten Andreas Zehnsdorf von Langenfeld aus geführt werden, gehören zu den umsatzstärksten und wichtigsten Rechtsrock-Strukturen der BRD. Die aus dem gleichen Hause stammende Postille »Rock Nord« ist mit ca. 5000 verkauften Exemplaren die auflagenstärkste Szenezeitschrift in der BRD. Jan Zobel ist zudem Herausgeber der Düsseldorfer Postille »Düsseldraht« und leitet einen sogenannten »Jugendoppositionsstammtisch«, über den rechte Jugendliche angesprochen und rekrutiert werden. Seit einiger Zeit wirkt Torsten Lemmer mit Unterstützung von Zobel auch wieder verstärkt im lokalpolitischen Raum. Nach sechsjähriger Tätigkeit als Geschäftsführer der Rechtsrock-Firmen »Creative Zeiten Verlag und Vertrieb GmbH« und »Funny Sound and Vision GmbH« hat er 1999 Zehnsdorf und Zobel die Geschäftsführung überlassen. Zwar hält er nach wie vor nicht unerhebliche Unternehmensanteile und bestimmt die Unternehmenspolitik entscheidend mit, nur die Arbeit läßt er inzwischen andere machen. Stattdessen konzentriert sich der Nazi-Yuppie heute auf seine Sonnenstudios, seine lukrative Hundezucht; er ist 1. Vorsitzender des »Boxer-Klub München e.V. Ortsgruppe Düsseldorf«; seine Immobilien und die Vorbereitung seines kommunalpolitischen Comebacks. Nach Vorbild der 1994 aufgelösten lokalen REP-Abspaltung »Freie Wählergemeinschaft« soll eine neue Organisation gegründet werden, die offensichtlich langfristig eine Teilnahme an den nächsten Kommunalwahlen anstrebt.

Ebenfalls erwähnenswert ist der »Hagalaz-Versand« von Melanie Dittmer. Die ehemalige JN-Stützpunktleiterin aus dem Ruhrgebiet ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift »Wille und Weg«, dem Organ des von Achim Ezer (Eschweiler) und Frank Amberg (Burscheid) aufgebauten »Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft« (BDVG), einer Abspaltung der JN. Auch neonazistische Konzerte finden in Düsseldorf statt, so ein Auftritt von Frank Rennicke und am 1. April 2000 ein Konzert mit »Angry Wolf«. Beide Konzerte wurden von der »Kameradschaft Düsseldorf« organisiert. 1999 versuchte »Starkstrom«-Sänger Stefan Rasche sogar, in einer städtischen Kultureinrichtung ein Konzert durchzuführen, das erst nach Intervention der Antifa von Seiten der völlig uninformierten Einrichtungsleitung wieder abgesagt wurde. Dass es sich bei Rechtsrock auch in Düsseldorf mitnichten um einen »herben Skinhead-Spaß« handelt, zeigt der Angriff einer siebenköpfigen Neonazigruppe auf zwei Migranten am Abend des 3. Juli 2000 auf dem S-Bahnhof Derendorf. Hierbei wurde eines der Opfer auf die Schienen gestoßen und danach zusammengetreten. Die Neonazis kamen gerade von der Probe ihrer Nachwuchsband »Reichswehr«, die in der Nähe des Derendorfer S-Bahnhofs einen Proberaum unterhält.

Ein »Wirtschaftsstandort« wird verteidigt

Möglicherweise wird der Düsseldorfer Sprengstoffanschlag nie aufgeklärt werden. Ein Geheimnis wird wohl auch bleiben, was vor allem Innenminister Schily dazu veranlaßt hat, trotz fehlender Hakenkreuze und NPD-Parteibücher am Tatort bereits einen Tag nach dem Anschlag von einem neonazistischen Hintergrund zu sprechen. Eine Flucht nach Vorne schien im vorliegenden Fall wohl als die einzige Möglichkeit angesehen worden zu sein, zumal erst kurz zuvor eine »Offensive« gegen »Neonazis im Internet« und sich angeblich bildendende »braune Armee Fraktionen« ausgerufen worden war. Aufmärsche und Sprengstoffanschläge deutscher Neonazis lassen sich eben nur schwer unter den Teppich kehren. Befürchtet wird staatlicherseits, dass die Szene außer Kontrolle gerät. Wie so oft geht es einmal mehr um einen befürchteten Image- und damit ökonomischen und politischen Schaden für den »Wirtschaftsstandort Deutschland«. Für die »demokratisch« legitimierte Abschiebung von Flüchtlingen in Folter und Tod ist eben nach wie vor der Staat zuständig, dafür werden Neonazis, die Flüchtlinge imageschädigend direkt an Ort und Stelle erlegen, zur Zeit nicht benötigt. Es gibt staatlicherseits aber auch keine politische Antwort zur Eindämmung der hausgemachten rassistischen Eskalation in Deutschland. Stattdessen wird der eskalierende Rassismus und Antisemitismus zum Ausbau von Repressions- und Kontrollstrukturen genutzt. Als SPD-Oberbürgermeister Erwin nach dem Anschlag dazu befragt wurde, was ihm denn zu dem Sprengstoffanschlag einfallen würde, antwortete er ernsthaft, dass die noch effektivere Videoüberwachung aller S-Bahnhöfe und anderer öffentlicher Plätze derartige Anschläge eventuell verhindern könnten. Diese Forderung, die auch NRW-Innenminister Behrens (SPD) erhebt, ist zwar nicht neu, wird aber jetzt als »Maßnahme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus« verkauft. Parteienverbote, Einschränkung des Demonstrationsrechts, Medienzensur und weitere Einschränkungen des Persönlichkeitsrechts lauten die aktuellen Antworten des Staats. Wie weit diese Antworten taugen, zeigt der Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge am 3. Oktober. ■




✖ Nazizentrum im Aufbau

Mit der Region Köthen/Anhalt, gelegen im geographischen Dreieck zwischen Halle/Saale, Magdeburg und Dessau, hat sich ein weiterer Knotenpunkt neonazistischer Aktivitäten in Sachsen-Anhalt etabliert.

Seit fast 2 Jahren sind in der Region Anhalt vermehrte neonazistische Aktivitäten ausgehend von der Köthener Kameradschaft zu verzeichnen. Im September 1999 war die Kameradschaft maßgeblich an der Organisation des »Ian Stuart Memorial Concerts« (Gedenkkonzert für den »Skrewdriver«-Sänger Ian Stuart Donaldson) in Garitz bei Zerbst/Sachsen-Anhalt beteiligt. Daran nahmen bis zu 2000 Neonazis aus verschiedenen europäischen Ländern teil.

Einen Schwerpunkt der Aktivitäten der Kameradschaft bildet die Beteiligung an regionalen und überregionalen Aktionen der Szene und deren informellen Vernetzung. Dazu gehört die Teilnahme an Demonstrationen ebenso wie die Anwesenheit bei einer NPD Schulungsveranstaltung Anfang August in Magdeburg. Auch bei Kameradschaftsführertreffen sind die Vertreter der Köthener Szene präsent.

Mitte Mai diesen Jahres demonstrierten in Köthen ca. 250 Neonazis »gegen organisierte Kriminalität und Drogen«. Angemeldet hatte den Aufmarsch eine »Bürgerinitiative gegen Drogen«, hinter der sich die örtliche Freie Kameradschaft verbirgt. Nach Meinung des Oberbürgermeisters, der die Anmeldung verschwieg, sollte die Demonstration der Neonazis nicht »breitgetreten« werden, da sonst »die andere Front von links aufmarschiert«. Erst vor kurzem war bekannt geworden, dass die beiden Köthener Neonazis Steffen Bösener und Sebastian Dankowski seit Ende 1999 Räumlichkeiten im ehemaligen Finanzamt, für ein Jahr von der dort ansässigen LIPSIA GmbH angemietet haben. Die ca. 100 m² großen Räume sind mit einer guten technischen Infrastruktur ausgestattet. Zudem gibt es einen Bandproberaum und Platz für Partys und kleinere Konzerte. Im Januar diesen Jahres hat die Polizei ein Konzert aufgelöst. Frequentiert wird das Objekt ob seiner günstigen geographischen Lage von Neonazis aus Bernburg, Magdeburg, Halle, Dessau. Ein weiterer entscheidender Vorteil dieses Anwesens, ist die Tatsache, dass sich die Aktivitäten der Neonazis öffentlicher und sozialpädagogischer Kontrolle entziehen.

Die Immobilienfirma LIPSIA GmbH hat Vorwürfe, hier den Neonazis eine Operationsbasis zu bieten zurückgewiesen. Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, so die LIPSIA, wolle man den Mietern kündigen. Doch nach Informationen von AntifaschistInnen soll der Staatsschutz, der Firma die Vermietung an die Neonazis nahegelegt haben. Begründet wurde dies mit dem Argument, dort wäre die rechte Szene wenigstens konzentriert und könne besser beobachtet werden.

Ob sich in Köthen dauerhaft ein Schwerpunkt rechter Aktivitäten entwickelt, hängt auch vom Bestand dieses Objektes ab. Gelingt es den Neonazis das Zentrum zu halten, könnte es schnell überregionale Bedeutung erhalten. Die drohende Hegemonie der Rechten in der Stadt zu brechen, dürfte ein sehr weiter Weg sein, da dort keine nennenswerte Gegenkultur existiert und dem Problem rechter Gewalt von staatlicher Seite mit Ignoranz begegnet wird. Als Anfang August Schwarzafrikaner aus dem kommunalen Asylbewerberheim nach einem bislang nicht aufgeklärten Überfall auf einen Mann aus Sierra Leone auf die Straße gingen, stießen sie bei Bürgern und Polizei auf Ablehnung. Von Beschimpfungen bis zu versuchten tätlichen Angriffen auf die Schwarzafrikaner reichten die Reaktionen der Bürger. Indes ließ die Polizei wissen, es handle sich bei dem Überfall mit Sicherheit nicht um eine fremdenfeindliche Straftat, sondern um ein Eigentumsdelikt, da das Opfer seiner Papiere, seines Handys und seines Geldes beraubt wurde. Zuvor hatten Asylbewerber wiederholt von versuchten Übergriffen und verbalen Attacken von rechten Jugendlichen berichtet. ■

✖ Wehrsport in sächsischen Wäldern

Militante Neo-Nazis wohlwollend toleriert

Am 24. Juni 2000 fanden im Elbsandsteingebirge Durchsuchungen bei den »Skinheads Sächsische Schweiz« (SSS), einer militanten neonazistischen Gruppierung statt. Die Beamten fanden bei Durchsuchungen in 51 Wohnungen Propagandamaterial und ein Waffenarsenal. Darunter mehr als zwei Kilo TNT, Teile von Granaten, scharfe Zündvorrichtungen, Munition, und Pistolen. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen die SSS wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Entwicklung der SSS

| Die SSS entstand 1997. An der Gründung war u.a. Thomas Sattelberg, ehemaliges Mitglied der »Wiking Jugend«, beteiligt. Verbunden mit der Gruppe ist auch der Kreisgeschäftsführer der NPD, Uwe Leichsenring. Für die Unterstützung und Aufbauhilfe seitens der NPD zeigten sich die SSS erkenntlich. Sie übernahm den Schutz von NPD-Veranstaltungen und leisteten Hilfe beim NPD-Wahlkampf. So waren über Jahre die militanteren freien Kameradschaften und die sich seriös gebende NPD miteinander vereint.

Aufbau und Struktur

Die inzwischen auf über 100 Nazis angewachsene Kameradschaft ist straff strukturiert und teilt sich in fünf lokale Riegen auf. Die jüngeren Kameraden werden zuerst in eine sog. Aufbauorganisation, die SSS/AO, aufgenommen, in der sie eine Bewährungszeit von einem halben Jahr durchlaufen müssen. Zur finanziellen Absicherung werden monatliche Mitgliedsbeiträge von 5,– DM (SSS) und 2,50 DM (SSS/AO) erhoben. Öffentlichkeitsarbeit und Propaganda werden zielgruppenorientiert mit zwei Zeitungen betrieben: Die Zeitschrift »Froindschaft« für die Älteren, die Zeitung »Parole« für SchülerInnen. Kern der Kameradschaft sind etwa 20 Neonazis. Ihre Hauptaufgabe sieht die SSS, laut LKA-Sprecher Hofner, vorrangig darin Menschen anderer Hautfarbe, aus anderen Länder, Linke und Andersdenkende mit äußerster Gewalt zu bekämpfen. Es kam in den letzten Jahren zu unzähligen Übergriffen seitens der Neonazis. Veranstaltungen von nichtrechten Jugendlichen wurden fortlaufend überfallen. Dabei handelte es sich meist um straff organisierte Aktionen. Die Kameradschaft ist als äußerst militante neonazistische Organisation einzuschätzen. Die jetzigen Waffenfunde sind daher nicht überraschend. Bereits vor dem Verbot der »Wiking Jugend« experimentierten einzelne sächsischen WJ-Mitglieder mit Sprengstoff. Im März 1993 explodierten in der Nähe von Königstein einige Sprengkörper. In diesem Zusammenhang fiel auch der Name Sattelberg. Schon seit längerer Zeit beschäftigte sich die SSS mit paramilitärischer Ausbildung. Vor allem auf alten Truppenübungsplätzen und in abgelegenen Waldgebieten der Sächsischen Schweiz fanden die Wehrsportübungen statt. In Deutschland wurden Mitglieder der »Skinheads Sächsische Schweiz« an Handfeuerwaffen ausgebildet, in Tschechien hingegen auch an schwereren Waffen. Die Ermittler fanden im Zuge der Durchsuchungen auch den Plan für eine sogenannte »Operation Alpha«, bei der eine Menschenjagd in einem alten Fabrikgelände organisiert werden sollte.

We're one family! Nazis mitten in der Gesellschaft

Die Sächsische Schweiz ist eine Hochburg der Neonazis in Sachsen. Dies ist auf zwei Faktoren zurückzuführen: Einerseits haben sie es geschafft, eine gut durchorganisierte militante Struktur aufzubauen und andererseits lassen Lokalpolitik und Bevölkerung die Nazis gewähren. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen im Juni vergangenen Jahres sprechen eine deutliche Sprache: Die NPD erreichte 11,8% der WählerInnenstimmen in Königstein. Das stellte ihr bestes Ergebnis in Sachsen dar. Der Partei gelang es, in den Kreistag und in zwei weitere Gemeindeparlamente einzuziehen. In einer dritten Kommune scheiterte sie nur knapp. Kennzeichnend für die passive Haltung der »demokratischen Öffentlichkeit« ist die Feststellung des Bürgermeisters von Königstein, er könne trotz dem Einzug der NPD in das örtliche Parlament »keinen Rechtsruck« feststellen. Dem SPD-Fraktionsführer bereitete dies »keine Kopfschmerzen«, und der SPD-Stadtrat Ivo Teichmann sieht es gar optimistisch: »Vielleicht kann Leichsenring ja auch Vorschläge für die Stadt machen, die besser sind als unsere.« Der PDS-Kreis-



◀ | Mitglieder der »Skinheads Sächsische Schweiz« beim Gruppenfoto.

verbandschef Hans-Peter Retzler erklärte: »In Königstein war ein Protestwählerpotential vorhanden, das hätten wir genauso gewinnen können.« Tatsächlich greift die Protestwählerargumentation in der sächsischen Kleinstadt nicht. Die Arbeitslosenquote liegt klar unter dem sächsischen Durchschnitt, nur ein kleiner Teil der Jugendlichen ist arbeitslos. Fakt ist, dass in dieser Gegend no-go-areas für die Feindbilder der Nazis weitestgehend erfolgreich geschaffen worden sind – und dies geschah nicht nur aufgrund der Aktivitäten von SSS und NPD, sondern vielmehr durch die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung. Die örtliche Sächsische Zeitung berichtete, wenn überhaupt, nur sehr spärlich von rechten Übergriffen. Ganz zu schweigen davon, dass es eine aufklärende Berichterstattung zu Rechtsextremismus in der Sächsischen Schweiz gegeben hätte. Das Gegenteil war der Fall. Das Lokalblatt veranstaltete am 4. Oktober 1997 ein »Konzert von jungen Nachwuchsbands des Landkreises«. Die Zeitung sponserte 600,– DM Preisgeld, die Sparkasse Pirna-Sebnitz legte noch einmal 500,– DM drauf. Dass sich gerade dieses Geldinstitut so um Newcomerbands sorgte, könnte damit zusammenhängen, dass bei ihm das SSS-Mitglied Roland Jacobi, bei ihm wurde im Zuge der Durchsuchungen das Waffenarsenal gefunden, angestellt war. Das Ortsblatt übernahm die Werbung und stellte die Bands vor. Darunter befand sich die rechtsextreme Skinheadband »14 Nothelfer« mit ihrem Frontmann und SSS-Gründungsmitglied Thomas Sattelberg. Die Zeitung wurde nicht stutzig, als man sich als eine Band »die standhaft sein und weiter gesellschaftskritische Songs machen« werde, vorstellte. Dies druckte die Sächsische Zeitung ohne weitere Nachfrage zwei Tage vor dem Konzert ab. Dass dann etwa einhundert Nazi-Skinheads zum Wettbewerb auftauchten und die Band zum Gewinner kürten, war vorhersehbar. Dieser Vorfall ist durchaus symptomatisch für den gesamten Landkreis. Es ist nicht so, dass die Verantwortlichen nicht wüßten, dass ein Großteil der Jugendlichen in rechtsextremen Kreisen verkehrt. Es sind ja ihre Söhne und Töchter. So war es nur konsequent, dass bei den Durchsuchungen auf regionale Polizeikräfte verzichtet wurde. Die offizielle Begründung dafür lautete: Es gibt zwischen Beschuldigten und Mitarbeitern von Polizei, BGS und Justiz verwandtschaftliche Beziehungen. So sind Vater und Mutter des ehemaligen WJ- und späteren SSS-Mitglieds Tino Karsch als Führungsbeamter beim Bundesgrenzschutz und als Schreibkraft und Gehilfin eines Staatsanwaltes beim Amtsgericht Pirna beschäftigt. Dem Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt ist die Haltung eines rechtsextremen Kollegen ebenfalls schon lange bekannt. Das hinderte ihn nicht daran, Thomas Sattelberg als Sozialpädagoge für Jugendarbeit zu beschäftigen. Er bescheinigt ihm, »gute Arbeit« geleistet zu haben. Den Sprengstoff fand man letztendlich bei dem Gemeinderatsmitglied der »Freien Wähler« in Kleingießhübel, Michael Jacobi, und dessen zwei Söhnen. Bei der Wahl 1999 erhielt er das drittbeste Ergebnis.

Die Zeit danach ...

Auch nach der großangelegten Durchsuchungsaktion im Juni und einer weiteren Durchsuchung bewegte sich wenig. Man übt sich wie immer im Wegschauen, Verleugnen und Totschweigen. Das plötzliche Medieninteresse wird als lästig empfunden, das Problem als von außerhalb hereingetragen betrachtet. In der Sächsischen Schweiz ist es längst kein Geheimnis mehr, dass bei den Durchsuchungen bei weitem nicht alles gefunden worden ist. So brüsten sich die SSS'ler schon jetzt, dass sie nicht klein zu kriegen seien. Erneut sind schriftliche Drohungen an Andersdenkende verschickt und erneut eine rechte Schülerzeitung veröffentlicht worden. Möglich wurde eine derart gefestigte Struktur durch ein jahrelang unbehelligtes Wirken. Nur einmal regte sich öffentlicher Widerstand. Als Manfred Roeder im Zuge einer NPD-Veranstaltung in Königstein sprechen sollte, fand ein antifaschistischer Spaziergang statt, an dem verhältnismäßig viele BürgerInnen teilnahmen. Eine Nacht vor dem in der Kirche geplanten Gedenkgottesdienst, wurde diese mit antisemitischen Parolen beschmiert. Mehrmals versuchten vermummte Neonazis, den antifaschistischen Spaziergang anzugreifen.

Vor einem knappen Jahr gründete sich in Pirna eine »Aktion Zivilcourage«, die versucht auf das Problem in der Region aufmerksam zu machen. Auch eine kleine Antifa-Szene konnte sich in den letzten Jahren etablieren. Doch beim überwiegenden Teil der Bevölkerung herrscht ein rassistischer Konsens. ■

▼ | Von der verbotenen »Wiking Jugend« zu den »Skinheads Sächsische Schweiz«, Thomas Sattelberg





▲ | Mitglied der »SSS« Rackow.

» Neue Mitte, (K)alte

Die politische Funktion der Extremismustheorie

Auch die Sommerdebatte über rechtsextreme Gewalt hat wenig daran geändert, das Rechtsextremismus von der Politik als extremistisches Randproblem gesehen wird, von dem die Mitte sich nur hinreichend abgrenzen müsse. Die Fokussierung auf rechtsextreme Gewalt hat zwar die Gleichsetzung von rechts und links in den Hintergrund gedrängt, immer noch wird jedoch die These vertreten, linke und rechte Gewalt schaukele sich gegenseitig hoch.

| Die Extremismustheorie findet ihren alltäglichen Ausdruck, wenn etwa von den »zwei deutschen Diktaturen« die Rede ist, eine Verharmlosung des Nationalsozialismus und seiner singulären Vernichtungsmaschinerie. Drastisches Beispiel aus jüngster Vergangenheit ist der Anschlag auf die Erfurter Synagoge, wo Landesbehörden bis zur Ergreifung der Täter die Stellungnahme abgaben, der Anschlag könne von Linken wie von Rechten begangen worden sein. Obwohl wissenschaftlich kaum haltbar, ist der von der Totalitarismustheorie abgeleitete Antitotalitarismus Staatsdoktrin. Er wird in der Schule gelehrt, ist Grundlage für die Arbeit von Polizei und Geheimdiensten. Er dominiert über Polizei- und Verfassungsschutzberichte die Medienberichterstattung. Totalitarismustheoretiker und Extremismusforscher definieren auch den Antifaschismus als »linksextrem« und tragen so zu seiner Ausgrenzung, zu geringerer Akzeptanz von antifaschistischen Initiativen in der Gesellschaft und zu Problemen in der Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen bei. Darum ist eine Auseinandersetzung mit dem Antitotalitarismus besonders notwendig.

Entstehung des Totalitarismusbegriffs

Entstanden ist der Begriff des Totalitarismus Ende der 20er Jahre zur Ermittlung von Übereinstimmungen zwischen Faschismus und Kommunismus in Abgrenzung zu einer bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung. Er diente schon damals vorwiegend als Kampfbegriff. In der kaum zu haltenden wissenschaftlichen Theorie beschränken sich diese Vergleiche vorwiegend auf die äußeren Formen von Gewaltherrschaft. Sie bestreiten wesentliche Unterschiede grundverschiedener Ideologien und Herrschaftsformen.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit galt in der Politik vorerst ein antifaschistischer Grundkonsens. Kommunisten arbeiteten an den neuen Verfassungen mit. Alle demokratischen Parteien, auch die CDU in ihrem Ahlener Programm, forderten eine weitgehende Sozialisierung aufgrund der Erkenntnis, das das Kapital am Aufstieg des NS-Regimes mitschuldig war – eine Position, die heute als »linksextrem« gilt. Erst mit zunehmender Bedeutung des Kalten Krieges in den 50er Jahren setzte die Restauration ein. Die Totalitarismustheorie wurde zur Diffamierung des realexistieren- →

Krieger



Obwohl wissenschaftlich kaum haltbar, ist der von der Totalitarismustheorie abgeleitete Antitotalitarismus Staatsdoktrin.

→ den Sozialismus und als Begründung für die Kommunistenverfolgung gebraucht. Für die Alten Nazis, die erneut in gesellschaftliche Positionen aufrückten, diente sie zur Relativierung und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Insbesondere den Konservativen war daran gelegen von ihrem erheblichen Anteil an der Machtübernahme der Nazis abzulenken. Nationalsozialismus war nach der Totalitarismustheorie nicht mehr Ergebnis einer deutschen konservativ-autoritären und völkischen Entwicklung, sondern die Reaktion auf den Kommunismus. Populäre Variante dieser These ist die Aussage, Hitler sei an die Macht gelangt, weil Kommunisten und Nazis gemeinsam die Weimarer Republik zerstört hätten.

Antitotalitarismus ist rechts

Die Behauptung, der Antitotalitarismus wende sich gleichermaßen gegen links und rechts, entspricht weder der Praxis noch der Theorie. Ein Beispiel dafür sind die Sicherheitsapparate. Die wesentlichen Organisationen des Kalten Krieges, nämlich die Geheimdienste, hatten eine klare antikommunistische Ausrichtung. Angebliche Aufklärung gegen Rechts diente schon damals nur der Rechtfertigung und hatte mit der Realität nichts zu tun. Die Geheimdienste rekrutierten sich in hohem Maße aus ehemaligen Nationalsozialisten. Das Personal des 1956 entstandenen BND kam zum Beispiel aus der »Organisation Gehlen« einem Sammelbecken von 4000 ehemaligen SS- und SD-Offizieren. Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hubert Schrübbers musste 1972 seinen Posten verlassen, weil die Presse seine Mitwirkung an Hochverratsprozessen des NS-Regimes aufdeckte. Der ehemalige NS-Staatsanwalt hatte das Amt seit 1955 inne und war der mit Abstand am längsten amtierende Präsident des Verfassungsschutzes. Nicht aus dem Amt entfernt wurden zahlreiche ehemalige SS-Offiziere, darunter der an der Judenvernichtung in Norwegen beteiligte Alfred Wurbs. Der langjährige Vizepräsident des Amtes, Alvert Radtke, ex-Verbindungsoffizier zur GeStaPo war am Vernichtungsprogramm in der CSR beteiligt.

Insbesondere die Ämter für Verfassungsschutz organisierten eine massive innerstaatliche Kommunistenverfolgung, von der in den 50er Jahren mehr als 100.000 Menschen betroffen waren. In den 70er/80er Jahren, der Hochzeit der Berufsverbote, war es für Linke nahezu unmöglich Briefträger oder Lokomotivführer zu werden. Hingegen konnten alte Nazis wichtige Positionen in Staat und Gesellschaft einnehmen, ohne das der Verfassungsschutz dies auch nur thematisiert hätte. Auch heute werden Neonazis und Rechtsextreme nur selten aus dem Staatsdienst entfernt. Viele rechtsextreme Funktionäre waren z.B. Bundeswehroffiziere, denen die Erziehung und Ausbildung von Wehrpflichtigen anvertraut wurde.

Eine neue Renaissance erfuhr die Totalitarismustheorie mit dem Historikerstreit 1986. Ernst Nolte verglich nicht nur den »Klassenmord« der Stalinschen Sowjetunion mit dem »Rassenmord« der Nazis, sondern stellte diesen als Reaktion und Folge dar. Galt er bis dato als seriöser Wissenschaftler, vertrat Nolte seine Thesen später im »Journal of Historical Review« – ein in den USA erscheinendes Magazin der Internationale der Auschwitzleugner. Lange bevor Nolte dafür in diesem Jahr den Adenauerpreis der CDU-nahen Deutschland-Stiftung erhielt, wirkten sich seine Thesen auch auf den Antitotalitarismusdiskurs im Bundesinnenministerium (BMI) aus. Hans-Helmuth Knütter, der die Extremismusdoktrin des BMI und der politischen Bildung wesentlich prägte, erklärte in einer BMI Veröffentlichung 1990 unter Bezug auf den Historikerstreit: »Die Aufdeckung kommunistischer Untaten legt es nahe, nationalsozialistische Taten zu relativieren, und eben nicht als einmalig und unvergleichbar erscheinen zu lassen«. Knütter, ständiger Mitarbeiter der »Jungen Freiheit«, der für seine enge Zusammenarbeit auch mit Neonazis bekannt ist, hatte schon in dem rechtsextremen Blatt »Europa Vorn« die Befreiung vom Nationalsozialismus als »Niederlage« gewertet.

Ziel der Extremismustheoretiker ist, die Linke zu diffamieren und Rechtsextremismus zu leugnen. Knütter formulierte dies offen in der vom Bundesinnenministerium publizierten Broschüre »Hat Rechtsextremismus in Deutschland eine Chance«. Darin stellt er Rechtsextremismus als Hirngespinst der Linken dar: Die Bedeutung des Rechtsextremismus »scheint nur in den Vorstellungen seiner Gegner zu liegen, die sich des rechtsextremen Schreckbildes oft nur zur Ablenkung bedienen.«

Konstruktion der Mitte

Mit dem Antitotalitarismus wird nicht nur die Linke diffamiert und der Rechtsextremismus und Nationalsozialismus relativiert. Eine weitere Auswirkung ist die Konstruktion der sogenannten Mitte, die in Abgrenzung von linkem und rechtem Extremismus zum Idealzustand erklärt wird. Die Mitte entlastet sich so selbst von jeglicher Verantwortung, etwa für das rassistische gesellschaftliche Klima und seinen Auswirkungen, wie prügelnde und mordende Neonazis. Dieser Entlastung dienen auch kurzschlüssige Analysen, die versuchen Rassismus als Randgruppenphänomen, als Folge von niedriger Bildung, Arbeitslosigkeit oder Alkoholkonsum, zu beschreiben.

In Gegnerschaft zur Extremismustheorie wird heute auch vom »Extremismus der Mitte« gesprochen. Gleichwohl ist der Begriff problematisch, da





er sich die Kategorien der Extremismustheoretiker zueigen macht. Der »Extremismus der Mitte« meint rassistische, autoritäre und völkisch-nationale Denkweisen, die in der Gesellschaft weit verbreitet sind. Neuere Studien gehen von einem rechtsextremen Einstellungspotential von 13 Prozent in der Bundesrepublik aus. Einzelne Ideologiebestandteile, wie die sogenannte »Fremdenfeindlichkeit« sind noch viel weiter verbreitet. Nicht nur die »Neue Rechte« versucht einen modern formulierten Rechtsextremismus über das eigene Spektrum hinaus in die »Mitte der Gesellschaft« zu verbreiten. Auch vermeintlich seriöse Meinungsträger vermitteln Rassismus, etwa wenn der bayrische Ministerpräsident Stoiber vor einer »durchmischten und durchrassten Gesellschaft« warnt. In der aktuellen Debatte um Einwanderung und Asylrecht wird vielfach ein Menschenbild vermittelt, das MigrantInnen nach reinen Nützlichkeitskriterien wertet. Durch rassistische Einstellungen in breiten Teilen der Gesellschaft fühlen Neonazis sich zum gewalttätigen Handeln legitimiert.

Stellen die Vertreter des bürgerlichen Antifaschismus dem Rechtsextremismus ein zivilgesellschaftliches Gesellschaftsmodell gegenüber, das immerhin dem Verfassungsideal wenn auch nicht der Verfassungsrealität entspricht, bleibt der Mittebegriff der Extremismustheoretiker sinnentleert und abstrakt. Die Mitte kann kein Gesellschaftsmodell bezeichnen. Als Mitte zwischen links und rechts ist sie zudem relativ und kann beliebig besetzt werden. Heute definieren sich fast alle Bundestagsparteien als Mitteparteien. Die von ihnen vertretenen Positionen in Fragen des Militarismus, der Einwanderung oder der Sozialpolitik galten vor wenigen Jahren noch als rechts oder extrem rechts und befinden sich vielfach im Widerspruch zur Verfassung.

Antitotalitarismus als deutsche Staatsdoktrin

In vielen Ländern des europäischen Auslands, etwa in Frankreich oder Italien, ist der Begriff des Extremismus ungebräuchlich. Linke und Kommunistische Gruppen gehören hier zum normalen Parteienspektrum und sind an der Regierung beteiligt. In Schweden gehört es zu den Selbstverständlichkeiten, dass Kommunisten und Konservative demonstrative Gemeinsamkeit beim Protest gegen Rechtsextremismus und Neonazismus zeigen.

In Deutschland dagegen ist der Antitotalitarismus eine Staatsdoktrin. Sie wird genutzt um vor allem linke Kritik an Regierungshandeln als extrem oder totalitär zu disqualifizieren und so einer sachlichen Auseinandersetzung aus dem Weg zu gehen. Dies gilt für die linken Forderungen nach weitgehender Demokratisierung, für linke Kritik an der Asylpolitik oder am Kapitalismus, für antirassistische, antifaschistische oder antimilitaristische Bewegungen.

Wer den Antitotalitarismus nicht vertritt kommt schon deswegen in den Verfassungsschutzbericht, wie der Bund der Antifaschisten, dem im Bericht für 1999 vorgeworfen wird, er beabsichtige nicht, sich an das »antitotalitäre Demokratiekonzept« anzunähern. Der Pädagoge Wilhelm Heitmeyer, der den »Extremismus der Mitte« in der Bundesrepublik kritisierte wurde vom führenden Extremismustheoretiker Eckhard Jesse nur deshalb schon als Staatsfeind angesehen. »Wer vom ‚Extremis- →

mus der Mitte' spricht, entgrenzt den Extremismusbegriff und macht ihn unbrauchbar, delegitimiert gar den demokratischen Verfassungsstaat«.

Rechte Extremismusforscher, wie Eckhard Jesse und Uwe Backes bestimmen die politische Bildung der Bundes- und Landeszentralen oder die Definitionen der Polizei- und Verfassungsschutzberichte. Der Antitotalitarismus spiegelt sich in der Gedenkstättenpolitik wieder, wenn unterschiedslos der »Opfer der Gewaltherrschaft« gedacht wird oder im direkten Vergleich des Nationalsozialismus und der DDR von den »zwei deutschen Diktaturen« die Rede ist.

In den Sicherheitsbehörden zeigt sich auch heute noch eine grundsätzliche Rechtstendenz. Die Verfassungsschutzämter agieren im Verhältnis zu den eigenen Angaben von Straftaten immer noch überproportional gegen links. Das Berliner Landesamt gibt etwa doppelt soviel Mittel gegen den »Linksextremismus« wie gegen den »Rechtsextremismus« aus. Auch in der Polizei gibt es eine starke Sympathie für die Rechtsextremen. Ein Untersuchungsbericht des europäischen Parlaments stellte 1991 fest, dass 50 Prozent der bayrischen und 60 Prozent der hessischen Polizeibeamten »sich mit den Zielen der REP einverstanden« erklärten. Auch die Autoritäts- und Ordnungsvorstellungen vieler Polizisten stimmen mit denen der Neonazis überein. Wenn Obdachlose, Flüchtlinge, Punker oder Linke von Neonazis angegriffen werden, ermittelt die Polizei oft nur unwillig. Die Kontakte zwischen Neonazis und Polizei sind mitunter so eng, das in einigen Ländern Sondereinheiten gebildet wurden, um überhaupt gegen Neonazis vorgehen zu können. Die spektakulären Hausdurchsuchungen gegen die »Skinheads sächsische Schweiz« sind nur ein Beispiel für Polizeiaktionen, bei denen die lokalen Beamten zuvor nicht informiert wurden, weil offensichtlich selbst das Landeskriminalamt davon ausging, das die Neonazis sonst frühzeitig gewarnt worden wären.

Die vergleichende und abgrenzende Extremismusforschung kann Ursachen, die in »der Mitte« von Politik und Gesellschaft liegen nicht wahrhaben wollen. Das zeigt sich in der momentanen Debatte. Bislang galt die Gleichsetzung von »rechts« und »links« der Politik als Abwehrargument, wenn sie gegen Rechtsextremismus nichts unternehmen wollte. So etwa, wenn Bürgermeister Runde Tische oder Bündnisse gegen Links- und Rechtsextremismus gründeten. Otto Schily schaffte es bei der Auftaktveranstaltung des »Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Extremismus und Gewalt« im Mai diesen Jahres den Rechtsextremismus in seiner Rede überhaupt nicht zu er-









wähnen. Das Bündnis richte sich »gegen die vagabundierende Gewalt, gleichermaßen gegen Gewalt von rechts und von links.«

Derzeit grenzt sich die Politik gegen den Extremismus ab, weil sie über ihre eigene Verantwortung dafür nicht reden will. Dabei ist klar ersichtlich, das der Status quo die Rahmenbedingung für rechtsextreme Gewalt darstellt und nicht Lösung des Problems sein kann. Statt Ursachen zu erkennen und zu erforschen wird Rechtsextremismus zum Anlass genommen, Demokratie weiter auszuhöhlen, wie die derzeitigen Vorschläge zur Einschränkung des Demonstrationsrechtes, verstärkter Videoüberwachung oder Ausweitung des Bundesgrenzschutzes zeigen.

Für eine linksradikale, antifaschistische Bewegung

Mit dem Antitotalitarismus und den Extremismusdebatten wird versucht die linke und antifaschistische Bewegung in die Defensive zu drängen. Das ist aus Sicht des Staates um so notwendiger, weil er mit der falschen und verharmlosenden Analyse des Rechtsextremismus im offensichtlichen Widerspruch zur Realität steht. Antifaschistische und journalistische Rechercheergebnisse sind vielfach besser als die des Verfassungsschutzes. Die staatliche Behörde gerät so in Gefahr ihr Definitionsmonopol zu verlieren. Auch das mangelhafte Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen die Neonazis lässt eine offensichtliche Lücke im staatlichen Gewaltmonopol. Damit kommt die antifaschistische Bewegung in die grundsätzliche Lage diese Lücke zu schließen und mit Akzeptanz von Teilen der Gesellschaft das staatliche Gewaltmonopol infragezustellen. So ist es aus Sicht des Staates umso wichtiger die antifaschistische Bewegung zu kriminalisieren und zu isolieren.

Antitotalitarismus als Grundlage staatlichen Handelns heißt, gegen Rechts nichts zu unternehmen. Lippenbekenntnisse und tatsächliche Problemerkennung wie in der Sommerlochdebatte können nicht darüber hinwegtäuschen, das die Politik auf der Handlungs- und Entscheidungsebene kaum etwas gegen Rechtsextremismus unternimmt, ihn durch rassistische und nationalistische Diskurse vielmehr ideologisch stützt. Der Rechtsextremismus versucht tatsächliche Fehlentwicklungen der Gesellschaft, etwa Arbeitslosigkeit oder Umweltzerstörung, zum Anlass zu nehmen um seine irrationale, rassistische und national-völkische Weltanschauung zu verbreiten. Dem aussagefreie Ideale der Mitte oder der längst ausgehöhlten Verfassung entgegenzustellen vermag niemanden zu überzeugen.

Die linksradikale und antifaschistische Bewegung hat die Chance mit ihren Werten der Emanzipation, demokartischen Teilhabe und internationaler Solidarität den ideologischen Kampf gegen das Postulat von Ungleichheit, Ausgrenzung und Rassismus der Rechtsextremen aufzunehmen. Sie muss diese Chance freilich nutzen und darf sich nicht durch undifferenzierte antideutsche Phrasen oder die Reduzierung ihrer Politik auf die Gewaltfrage selbst isolieren. ■

■ »Vorsicht vor Staatsschutz und VS und LKA.

Immer wieder versuchen Verfassungsschutz oder Staatsschutzbehörden, AntifaschistInnen für Spitzeldienste anzuwerben. Das richtige Verhalten in solchen Situationen ist, sich gar nicht erst auf Gespräche einzulassen und die Anwerbeversuche sofort öffentlich zu machen. Das gilt auch dann, wenn die freundlichen Damen und Herren der Behörden vorgeben, Informationsgespräche über Rechtsextreme führen zu wollen. Im April dieses Jahres bekamen PDS-Politiker und -Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt Besuch vom LKA. Die Beamten legten ihnen Fotomaterial vor, das aus Hausdurchsuchungen bei Neonazis stammte. Die Fotos waren von den Neonazis am Rande einer antifaschistischen Demonstration gemacht worden und zeigten Journalisten, Politiker, Gewerkschaftsmitglieder und antifaschistische Aktivisten. Statt die Betroffenen über das mögliche Bedrohungspotenzial aufzuklären, wurden ihnen die Fotolisten nur gezeigt um weitere Personen aus der Antifaszene auf den Fotos identifizieren zu können.

Auch auf die Weiterverbreitung von Informationen der Sicherheitsbehörden sollte möglichst verzichtet werden. Die Verfassungsschutzberichte gelten zwar als amtliche und daher sichere Informationen, die bei der politischen Arbeit gut einsetzbar sind. Aber sie enthalten vielfach falsche Zahlen und verfälschende Einschätzungen.

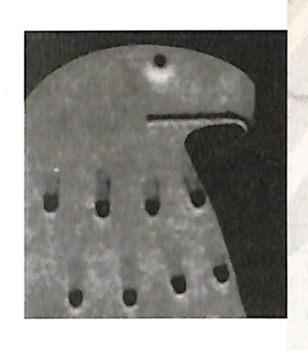
» Verfassungsschutzberichte

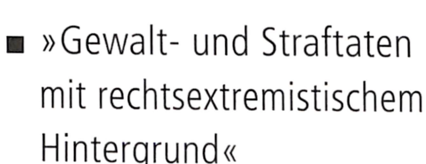
Irreführung der Öffentlichkeit

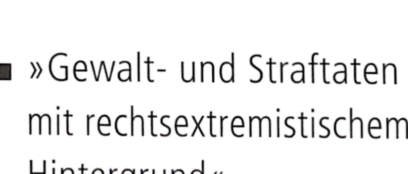
Die Öffentlichkeit ist auf Informationen über Rechtsextremismus angewiesen. Die Verfassungsschutzberichte gelten als Zusammenfassung amtlicher und daher sicherer Informationen. Trotzdem sind sie ungenau und häufig sogar falsch. Denn die Ämter für Verfassungsschutz sind Geheimdienste, ihre Informationen entziehen sich einer kritischen und wissenschaftlichen Prüfung.

| Insbesondere die vielzitierten Zahlen über rechtsextrem motivierte Straf- und Gewalttaten sind irreführend. Die Daten basieren auf den Meldungen der Landeskriminalämter und Polizeidienststellen. Viele Opfer rechtsextremer Gewalt trauen sich aber gar nicht Anzeige zu erstatten, weil sie Angst vor Racheakten der Neonazis haben. In vielen Fällen rät die Polizei auch von einer Anzeige ab. Doch selbst wenn ein Delikt verfolgt wird, geht es nur dann in die Statistik ein, wenn eine rechtsextreme Motivation zumindest vermutet wird. Das ist immer dann nicht der Fall, wenn zum Beispiel ein neonazistischer Angriff auf ein Jugendzentrum als »Schlägerei unter Jugendlichen« gewertet wird, oder die Polizei nach Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte einen »politischen Hintergrund« der









Tat schon vor Beginn der Ermittlungen ausschließt. So weisen die Zahlen im Verfassungsschutzbericht nur einen Bruchteil der tatsächlichen neonazistischen Gewalttaten aus.

Die Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in Cottbus schätzt etwa, dass »weniger als ein Zehntel aller rechtsextrem oder rassistisch motivierten Gewalttaten als solche an die Öffentlichkeit« gelangen. Der Direktor des Moses-Mendelssohn-Zentrums, Julius Schoeps, geht davon aus, dass jüdische Friedhöfe in Deutschland zwei bis dreimal so häufig geschändet werden, als von den Verfassungsschützern angegeben. Schoeps kritisierte, die meisten Schändungen würden von der Polizei als »unpolitische Tat klassifiziert«.

Vor allem die Angaben über rechtsextrem motivierte Tötungsdelikte sind falsch. In der Zeit vom Oktober 1990 bis Ende 1999 forderte rechtsextreme Gewalt nach Recherchen der PDS-Bundestagsfraktion 110 Todesopfer. Der Rechtsextremismusexperte Bernd Wagner spricht von 136 Toten in den letzten zehn Jahren. In der Statistik der Bundesregierung wurden nur 24 davon erfasst. Demnach gilt der Mord an dem Magdeburger Punk Frank Böttcher 1997 ebenso wenig als »rechtsextrem motiviert« wie die Hinrichtung des 27jährigen Timo Kählke durch die rechtsextreme Wehrsportgruppe »Werwolf-Jagdeinheit-Senftenberg« 1990 oder der Polizistenmord von Kay Diesner 1997. An dieser Praxis von Desinformation änderte auch die rotgrüne Regierung nichts.

Falsche Zahlen für die Politik

Die Informationen der Behörden und Geheimdienste sind weniger einer sachgerechten Aufklärung verpflichtet als dem politischen Ziel, dem sie gerade dienen. Geht es darum, schärfere Gesetze im Bereich der inneren Sicherheit einzufordern, kann die Situation zum Beispiel durch Informationen über aufsehenerregende Waffenfunde dramatisiert werden. Wollen Behörden das Image ihrer Region oder das vielzitierte Ansehen der Bundesrepublik im Ausland nicht gefährden, frisieren sie die Zahlen.

Über die Informationspolitik der sächsischen Innenbehörden beschwerten sich Medienvertreter Ende 1998. Ein offener Brief der »Chemnitzer Morgenpost« an das Landeskriminalamt kritisiert, wiederholt sei über erfolgreiche Ermittlungen der »Soko REX« berichtet worden, ohne zuvor über die Straftat zu informieren. Wenn nur die Erfolge im Kampf gegen den Rechtsextremismus gefeiert würden, über das gesamte Ausmaß der Straftaten aber nicht informiert werde, entstehe der fälschliche Eindruck, die Regierung habe die Lage fest im Griff. Nach Informationen der Zeitung wurde den Pressestellen der Polizeidirektionen und Polizeipräsidien per Dienstanweisung untersagt, Informationen über rechtsextreme Straftaten herauszugeben.

Verharmlosung und Relativierung des Rechtsextremismus

Zwar soll der Verfassungsschutz nach offizieller Diktion die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen informieren. Diese Information fällt jedoch im Bereich des Rechtsextremismus ausgesprochen dürftig aus. Gerade jene Organisationen, die in der Grauzone zwischen Rechtsextremen und einem breiten konservativen Spektrum agieren, fehlen im Verfassungs- →

■ »Gewalt- und Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund«

Für 1999 gibt das Bundesamt für Verfassungsschutz ein Tötungsdelikt an. Eine klare Falschinformation der Öffentlichkeit, wie die folgende, unvollständige Chronologie zeigt. Die PDS-Bundestagsfraktion und andere antifaschistische Organisationen haben 12 rechtsextrem motivierte Tötungsdelikte recherchiert.

Guben, 13. Februar: Der Algerier Omar Ben Noui stirbt an den Folgen einer Hetzjagd. Vor 15 Neonazis flüchtend springt er in Panik durch eine Türscheibe und verblutet. Der Tod des Flüchtlings gilt in der Öffentlichkeit eindeutig als Folge der rechtsextremen Menschenjagd.

Duisburg, 17. März: Drei bekennende Nazi-Skins töten den 58jährigen Frührentner Egon Effertz in einem Duisburger Park.

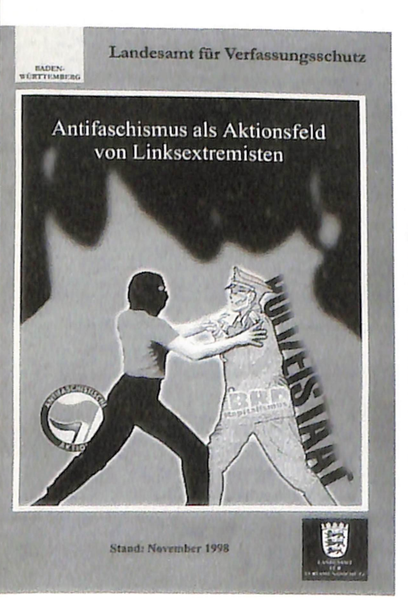
Eschede, 9. August: Zwei Nazi-Skins schlagen und treten einen Obdachlosen, der sie wegen ihrer fremdenfeindlichen Einstellung kritisiert hatte. Das Opfer überlebt die erlittenen Verletzungen nicht. Die Bundesregierung geht in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage von einer fremdenfeindlichen Motivation aus.

Kolbermoor, 15. August: Der Mosambikaner Carlos Fernando wird beim Verlassen eines Lokals von einem 31jährigen zu Boden geschlagen und mehrfach in den Gesichts- und Halsbereich getreten. Der Mann stirbt im darauffolgenden Monat aufgrund der schweren Verletzungen. Auch in diesem Fall sieht die Bundesregierung eine fremdenfeindliche Motivation.

Oberlungwitz, 6. Oktober: Nach einem Punkkonzert wird ein 17jähriger Punk von rechten Hooligans mit Billardstöcken, Hammer- und Axtstielen totgeschlagen. Obwohl die »Soko REX« in dem Fall ermittelt, wird keine rechtsextreme Motivation erkannt.

Berlin-Lichtenberg, 7. Oktober: Mehrere einschlägig bekannte Neofaschisten töten den 38jährigen Kurt Schneider. Obwohl die vier Täter, Angehörige der »Hammerskins«, dem Verfassungsschutz einschlägig bekannt sind, wird die Tat nicht als politisch motiviert eingestuft.

▼ Demagogische Gleichsetzung von »Links« und »Rechts« – Verfassungsschutzbroschüren





schutzbericht 1999 völlig. Ein Beispiel dafür sind die »Junge Landsmannschaft Ostpreußen«, der »Witikobund« oder die Zeitschrift »Der Schlesier«, die im Bereich der Vertriebenenorganisationen agieren. Ein anderes sind die militaristischen Traditionsverbände, wie der »Verband deutscher Soldaten«, der »Ring deutscher Soldaten«, die »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger« oder Zeitschriften wie die »Deutsche Militärzeitschrift«, die auch mit den Reservisten und aktiven Soldaten der Bundeswehr zusammenarbeiten und dort neue Anhänger suchen. Im Hochschulbereich sind Studentenverbindungen wie die »Deutsche Burschenschaft« oder die »Deutsche Gildenschaft« nicht genannt.

Einer unseriösen Verharmlosung kommt die Beschreibung der militanten Neonaziszene und rassistischen Alltagsgewalt im Osten gleich. Kaum Erwähnung findet die Tatsache, dass Teile der neuen Länder für Flüchtlinge, MigrantInnen, Punks und andere Opfergruppen der Neonazis längst zu »no go areas« geworden sind. Sinnentstellend wird die Umsetzung des Konzeptes der »nationalbefreiten Zonen« dargestellt. Zum Neonaziterrorismus heißt es, trotz der Hinweise auf Waffen und Sprengstoffe, fehle »bisher die Absicht, diese gezielt zu Anschlägen einzusetzen«. Ebenso falsch wird über die Anti-Antifa-Aktivitäten berichtet, deren Ziel es lediglich sei, »Gegner verbal anzugreifen und durch Aktionen wie Telefonanrufe zu verunsichern.«

Diese Verharmlosung ist auch Ergebnis der Anwendung der Totalitarismustheorie. Die Analyse gilt nicht dem spezifischen Phänomen Rechtsextremismus, sondern dem Vergleich mit dem Linksextremismus. Schon die immer wieder geäußerte Formel der Verfassungsschützer, es gäbe keine Hinweise auf die Bildung einer »braunen Armeefraktion« zeigt, wie diese Doktrin auch in die Öffentlichkeit vermittelt wird. Neonazistische Gewalt ist schließlich ganz anders strukturiert als die Angriffe der RAF. Sie findet überwiegend im Alltag statt, sie richtet sich fast ausschließlich gegen Schwächere und agiert kaum konspirativ. Der Vergleich mit dem »Linksextremismus« stellt vielmehr eine Relativierung neonazistischer Gewalt dar. Drastisches Beispiel für diese demagogische Gleichsetzung ist das Titelbild der 1999 herausgegebenen Verfassungsschutzbroschüre »Extremistische Bestrebungen im Internet«. In einer Reihe sind dort die Leitseiten der »Hammerskins«, der »Hizbollah« und der emanzipativ-gewaltfreien »Graswurzelrevolution« abgebildet.

Diffamierung des Antifaschismus und linker Kritik

Entgegen der behaupteten Objektivität des Verfassungsschutzes werden Rechts und Links nach sehr unterschiedlichen Maßstäben bewertet. Reicht auf der linken Seite bereits die Teilnahme vermeintlicher Extremisten an Veranstaltungen oder Demonstrationen, um diese in den Verfassungsschutzbericht aufzunehmen, werden auf rechter Seite ganze Kampagnen, wie etwa die von Neonazis und Konservativen gegen




die Wehrmachtsausstellung, nur am Rande erwähnt. Würde der Bericht beim Rechtsextremismus die gleichen Kriterien verwenden, würde er mehrere Bände umfassen.

Bereits linke Kritik an staatlichem Handeln gilt als verfassungsfeindlich. So etwa die im Verfassungsschutzbericht 1999 zitierte Meinungsäußerung von GegnerInnen des Weltwirtschaftsgipfels in Köln, die EU und die führenden Industrienationen seien »Instrumente im Dienste eines schrankenlosen Kapitalismus, der soziale Ungerechtigkeiten verschärfe, die Länder der Dritten Welt ausbeute und die Umwelt zerstöre.« Verfassungsbruch ist demnach auch eine antimilitaristische Einstellung, sofern »nicht in erster Linie pazifistische Motive das Handeln« prägen. Die geheimdienstliche Beobachtung des Bundesausschuss Friedensratschlag begründete der Staatssekretär im Innenministerium Fritz Rudolf Körper damit, dass die Aktivitäten der Gruppe »keineswegs mit der von uns politisch verantworteten aktiven Friedenspolitik« in Einklang stehen würden.

Eine systematische Diskriminierung erfahren Antifagruppen. Die VVN etwa wurde 1999 in den Bericht aufgenommen, weil sie der Bundesrepublik »eine kontinuierliche Entwicklung nach rechts« unterstelle und dem Rechtsextremismus bei der Rechtsentwicklung der letzten Jahre eine »Funktion im politischen System der Bundesrepublik« zuschreibe. Beim BdA wird eine Verfassungswidrigkeit schon deshalb festgestellt, weil der Verband nicht beabsichtige, sich an das »antitotalitäre Demokratiekonzept« anzunähern. Als linksextrem und verfassungsfeindlich gilt auch die Analyse, wonach »,Faschismus' und ,bürgerliche Demokratie' gleichermaßen der Sicherung der Herrschaft des Kapitals« dienen. Diese rein analytische Aussage war im Grundsatz selbst im Nachkriegsprogramm der CDU enthalten. Dort wurde die Verantwortung des Kapitalismus für die Verbrechen des Faschismus benannt und als Konsequenz daraus eine weitgehende Sozialisierung der Schlüsselindustrien gefordert.

Verzichtbarer Verfassungsschutz

Rechtsextremismus und neonazistische Gewalt spielt sich ganz überwiegend in der Öffentlichkeit ab. Die Gesellschaft wäre gut beraten, die Auseinandersetzung darüber transparent und offen zu führen. Letztlich wertet auch der Verfassungsschutz überwiegend öffentlich oder halböffentlich zugängliche Quellen aus. Er betreibt damit aber eine selektive Informations- und Desinformationspolitik, je nach politischem Bedarf. Heimlichtuerei verhindert dabei lediglich die sachliche Überprüfung, Diskussion und Auseinandersetzung. Auswertung und Information über Rechtsextremismus könnte genauso gut unter Beteiligung von Archiven, Wissenschaft und Fachjournalismus von einer transparenten und öffentlichen Stelle geleistet werden. Deren Ergebnisse sind schon heute meist besser, wissenschaftlich fundiert, transparent und nachprüfbar.

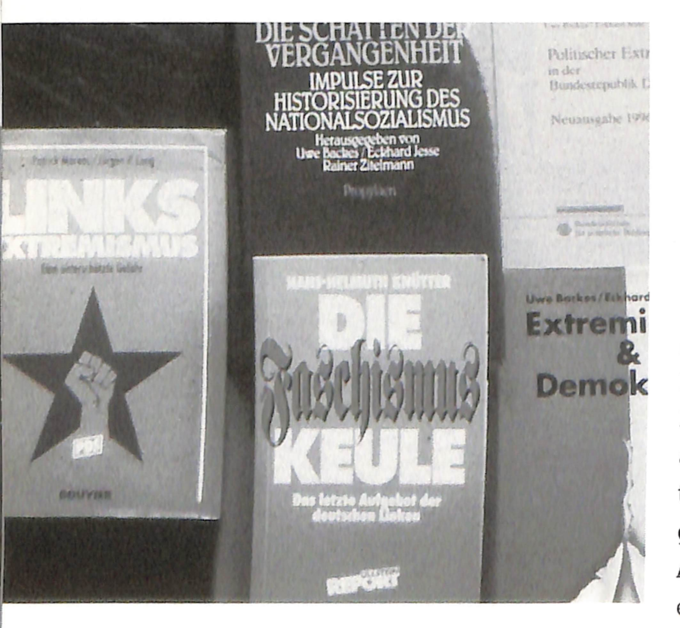
Der Verfassungsschutzbericht gilt vielen JournalistInnen, Multiplikatoren der Bildungsarbeit, LehrerInnen, SozialarbeiterInnen oder Behörden als offizieller Leitfaden. Die Verharmlosung des Rechtsextremismus hat entscheidende Wirkung auf das Problembewusstsein in der Öffentlichkeit. Die Diskriminierung von Antifaschismus hat Auswirkungen auf die Bündnisarbeit oder auf die öffentliche Darstellung in den Medien. Der Antifaschismus der »Linksextremen«, so heißt es im Verfassungsschutzbericht, sei nämlich nur »vordergründig« auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen ausgerichtet und habe nur »instrumentellen Charakter«. »Letztlich« ziele er darauf ab, »die freiheitlich verfasste demokratische Gesellschaftsordnung zu beseitigen«. Derartige Einschätzungen der neuen Bundesregierung gehen noch immer auf den Extremismusforscher Hans-Helmuth Knütter zurück. Knütter, der die Ideologie des Innenministeriums in diesem Bereich wesentlich mitgeprägt hat, pflegt selbst eine intensive Zusammenarbeit mit Rechtsextremen und Neonazis. ■

» Im Schatten von Regierung

Extremismusforschung der »Neuen Rechten«

Seit dem Sommer dieses Jahres befasst sich die Berliner Politik mit dem Rechtsextremismus, ein Problem, auf das AntifaschistInnen, Fachjournalismus und Wissenschaft seit Jahren hinweisen. Das es von den zuständigen Politikern und Behörden bislang vernachlässigt wurde, liegt auch an den sogenannten Experten, die jahrelang die offizielle Sichtweise, Verfassungsschutzberichte oder politische Bildung geprägt haben.

| Bis heute spielen sie eine wesentliche Rolle bei der Wahrnehmung und Analyse des Rechtsextremismus. Zu einer Anhörung des Innenausschusses im Oktober diesen Jahres wurden als Sachverständige die Extremismusforscher Eckhard Jesse und Manfred Funke eingeladen. Immer noch vertreibt das Bundesinnenministerium das von Jesse und Uwe Backes herausgegebene »Jahrbuch Extremismus und Demokratie«. Die Auslassungen Jesses, Backes, Funkes oder Ernst Noltes zum Totalitarismus können als Sammelband bei der Bundeszentrale für politische Bildung kostenfrei bezogen werden.



Die Relativierung des Nationalsozialismus und der Veldensteiner Kreis

Jesse, Backes und Funke sind einem »neurechten« Netzwerk zuzurechnen, das in Fortsetzung des Historikerstreites zur Enttabuisierung und Verharmlosung des Nationalsozialismus beigetragen hat. Zusammen mit Rainer Zitelmann gaben Jesse und Backes 1990 im »Ullstein Verlag« den Sammelband »Schatten der Vergangenheit« heraus. Inspiriert von den Thesen Ernst Noltes im Historikerstreit 1986, beklagen die Herausgeber darin eine »mangelnde Offenheit der Diskussion« im Zusammenhang mit der Forschung über den Nationalsozialismus. Jesse fordert gar ein Ende der »selbstquälerischen Form der Vergangenheitsbewältigung«. Mit Bezug auf Veröffentlichungen von Ronald Smelser, Patrick Moreau und Zitelmann wird die Aufmerksamkeit auf die »Erfolge« der Nationalsozialisten »in Sozial- und Wirtschaftspolitik« gelenkt. Die vorgebliche Offenheit der Autoren führt schnell zu alten rechtsextremen Denkfiguren, wie die Verkehrung von Tätern und Opfern. Etwa wenn Jesse in einem Beitrag die Ursachen des Antisemitismus im Verhalten der Juden selbst sucht: »Auf Dauer dürfte Judenfeindlichkeit nicht zuletzt gerade wegen mancher Verhaltensweisen von Repräsentanten des Judentums an Bedeutung gewinnen.«

Die Relativierung des Nationalsozialismus ist zentraler Bestandteil der Extremismustheorie von Jesse, Backes & Co, die sich nicht auf den Vergleich sogenannter »extremistischer Strömungen« in der Demokratie beschränkt, sondern »die Analyse erfolgreicher extremistischer Herrschaftsübernahme und -Praxis« einbezieht. Damit ist der Vergleich des Nationalsozialismus mit dem realexistierenden Sozialismus etwa in der DDR gemeint. Auch Hans-Helmuth Knütter, der die Politik des Bundesinnenministeriums (BMI) und der Bundeszentrale für politische Bildung in den 90er Jahren nachhaltig prägte, schrieb in der BMI-Reihe »Texte zur inneren Sicherheit« 1990: »Die Aufdeckung kommunistischer Untaten legt es nahe, nationalsozialistische Taten zu relativieren und eben nicht als einmalig und unvergleichbar erscheinen zu lassen.«

Zitelmann, Jesse und Backes gründeten 1990 den »Veldensteiner Kreis zur Geschichte und Gegenwart von Extremismus und Demokratie«, benannt nach Burg Veldenstein, dem Wohnsitz von Emma und Edda Göring. Auf der letzten Tagung des Kreises im Novem-

und Vergangenheit

ber 1999 referierte u.a. Bernd Rabehl zu der Frage »Waren Teile der Studentenbewegung nationalrevolutionär?« In Aktion trat das Zitierkartell um Jesse und Backes anlässlich der Schwierigkeiten Zitelmanns in der Redaktion der »Welt am Sonntag« 1994. Er hatte, wie Karl Heinz Roth schrieb, als Leiter der »geistigen Welt« in seinem Ressort eine »rechtsextremistische Wende« durchgeführt und für das rechtsintellektuelle Spektrum die Tabugrenzen ausgelotet. Als er versuchte, den Springerschen Philosemitismus in einen »offenen Antisemitismus umzukehren«, war der Bogen überspannt. In der folgenden Auseinandersetzung stützten Jesse und Backes ihren Mitstreiter durch eine Ehrenerklärung, die auch von Manfred Funke, Alfred Mechtersheimer, Klaus Hildebrand, Klaus Rainer Röhl, Karlheinz Weißmann, Günter Zehm, Manfred Wilke oder Arnulf Baring unterzeichnet wurde. Die Ehrenerklärung sollte Zitelmann in bester Tradition der Extremismusforscher vom rechten Rand wieder in die Mitte rücken. Zitelmann, so heißt es, sei ein kompromissloser Verteidiger der Demokratie gegen Angriffe von links und rechts.

Anti-Antifaschismus und Verharmlosung des Rechtsextremismus

Die Beteiligung der Extremismusforscher an der Formierung der »Neuen Rechten« bestimmt auch ihre Wahrnehmung von Rechtsextremismus und Antifaschismus. Auf den ersten Blick erweckt ihr Ansatz – gleichermaßen gegen rechten wie linken Extremismus – den Anschein von Objektivität. Tatsächlich verharmlosen sie einerseits den Rechtsextremismus und haben andererseits für die Etablierung des bürgerlichen Anti-Antifaschismus gesorgt. In der Indizierung der Auschwitz- und Kriegsschuldlüge etwa sehen Jesse, Backes und Zitelmann Verdrängung statt Bewältigung und plädieren für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Nazis und Neonazis, die Judenvernichtung und Gaskammern leugnen. In den »Republikanern« sehen Jesse und Backes bestenfalls eine »national-populistische Protestpartei«. Noch 1999 konnte Jesse in einem in der Zeitschrift »Mut« veröffentlichten Aufsatz keine Rechtstendenz in der BRD erkennen und führte dafür eine abenteuerliche Argumentation ins Feld: »Die Tatsache, dass so stark vor einer Rechtsverschiebung gewarnt wird, ist ein Beleg für die Linksverschiebung.« Auch Knütter hat Rechtsextremismus lediglich als ein Trugbild der Linken beschrieben. Die Bedeutung des Rechtsextremismus, so Knütter in einer BMI-Veröffentlichung 1991, »scheint nur in den Vorstellungen seiner Gegner zu liegen, die sich aber des rechtsextremen Schreckbildes oft nur zur Ablenkung bedienen.« Die Schriften des Professors wurden in den 90er Jahren unkommentiert von der Bundeszentrale für politische Bildung verbreitet, während er gleichzeitig in der »Jungen Freiheit« den »ununterbrochenen Strom von Bewältigungspropaganda« beklagte, der auf die Bundesbürger einprassele. Mittlerweile gehört Knütter zu den ständigen Mitarbeitern der »Jungen Freiheit« und betreibt im Internet eine eigene Anti-Antifaseite. Die Diskriminierung des Antifaschismus in den Verfassungsschutzberichten und teilweise auch der Medienberichterstattung geht wesentlich auf das Netzwerk um Knütter, Jesse und Backes zurück. In dem von der Bundeszentrale für politische Bildung als Grundlagenwerk verbreiteten Buch von Jesse und Backes, »Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland«, wird dem Antifaschismus eine »antidemokratische Ideologie« zugeschrieben, weil er angeblich das »für die parlamentarische Demokratie konstitutive antiextremistische Denken« schwäche. Demokratische Gruppierungen werden schon vor dem Begriff des Antifaschismus gewarnt. Eine Bestandsaufnahme auch örtlicher Antifa-Initiativen und Zeitungen findet sich in der Veröffentlichung von Patrick Moreau über Linksextremismus. Moreau, der sich vor allem in diesem Thema qualifiziert hat, schrieb teilweise zusammen mit Backes die Länderberichte für die von der EU-Kommission unterstützte Sammlung »Extremism in Europe«.

Verfassungsschutz »stolz« auf Zusammenarbeit

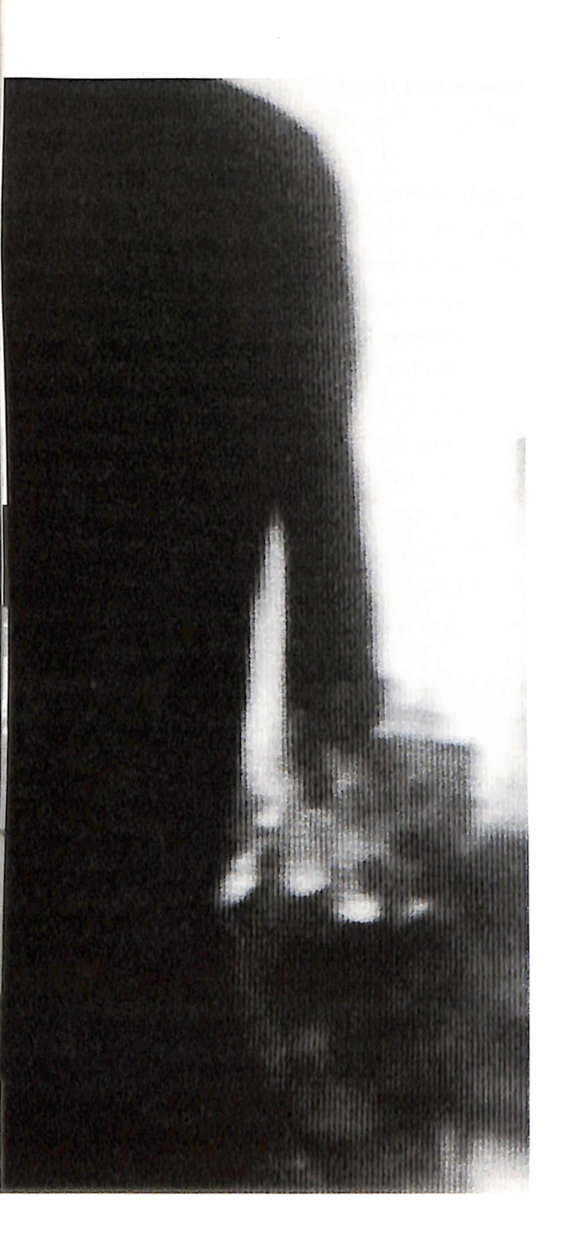
Wie eng die Verbindung zwischen staatlichen Behörden und dem Netzwerk der »neurechten« Extremismusforscher ist, zeigt ein ungewöhnlicher Vorgang im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen im Dresdner Hannah-Arendt-Institut. Dessen stellvertretender Direktor Backes war 1999 innerhalb des Instituts in die Kritik geraten, weil er einen Aufsatz verteidigte, der dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus die Legitimation absprach. In einem Brief griff der damalige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Peter Frisch, mit einer Ehrenerklärung auf der Seite Backes in den Konflikt ein und erklärte, er sei »stolz« auf die Zusammenarbeit mit dem Extremismusforscher. Mittlerweile haben Saul Friedländer und weitere liberale Kuratoriumsmitglieder den Beirat des Hannah-Arendt-Instituts verlassen. Der umstrittene Aufsatz soll nun im vom BMI vertriebenen Jahrbuch Extremismus und Demokratie veröffentlicht werden. ■



▲ Bilder von oben | Uwe Backes, Eckhard Jesse und Hans-Helmuth Knütter sind sogenannte »Extremismus-Experten«. Ihre »wissenschaftliche« Arbeit steht in dem zweifelhaften Ruf nicht objektiv zu sein, sondern »Rechts« gewaltig zu verharmlosen.

» Mehr Nutzen als Schaden

Informanten des Verfassungsschutzes Seit einigen Wochen fallen die Spitzel in der Nazi-Szene wie Fallobst von den Bäumen, erst das Enfant terrible der Neonaziszene Thomas Dienel, dann der ehemalige stellv. NPD-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern Matthias Meier und kurz danach der Terrorliebhaber Carsten Szczepanski. Eine Analyse der bekannt gewordenen Fakten lässt den Schluss zu, dass die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz den Neonazis mehr genutzt als geschadet hat.



| Dies ist, wie ein Blick zurück zeigt, eigentlich keine neue Erkenntnis, Konsequenzen wurden allerdings bisher keine gezogen. Dabei handelt es sich hier nicht um Einzelfälle oder Ausrutscher, sondern um vorauszusehende Fehler. Es handelt sich hier nicht um inividuelles Fehlverhalten, sondern um strukturelle Fehler, die immer wieder zu den gleichen Abläufen führen.

Aufbau von Wehrsportgruppen

Es gibt in der Geschichte des Verfassungsschutzes mehrere Fälle, in denen Informanten rechtsextreme Organisationen erst aufbauten oder die federführenden Personen in diesen waren. Motiv der Spitzel und auch der Führungsoffiziere ist, mehr Informationen liefern zu können.

»Was ist los, warum passiert nichts mehr? Los leier mal was an!« ärgerte sich etwa der Führungsoffizier des Spitzels Michael Wobbe, der für das niedersächsische Amt für Verfassungsschutz in der »Nationalistischen Front« (NF) tätig war. Der V-Mann zog los und warb Jugendliche für eine rechtsextreme Gruppe: »Da entstand dann langsam eine unabhängige Kameradschaft, die sich ohne mich nie gegründet hätte«, sagte Wobbe später. Auch die Wehrsportgruppe »Heimatschutzkorps der Waffen-SS in Ostwestfalen-Lippe« wurde von Peter Schulz, einem V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, gegründet. Nach einer Durchsuchung gegen Mitglieder der Wehrsportgruppe im September 1995 meldete die Polizei dies zwar als wichtigen Schlag gegen den organisierten Neonazismus. Jedoch, nur zwei der 13 Mitglieder wurden zu geringen Strafen wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz verurteilt.

1992 baute der VS-Informant Bernd Schmitt, der Einblicke in die inzwischen verbotenen »Nationalistische Front« verschaffen sollte, den »Deutschen Hochleistungs-Kampfkunstverband« auf. Vorbild war die vom NF-Führer Meinolf Schönborn geplante Terrorgruppe »Nationalistisches Einsatzkommando« (NEK). 1994 liefen Ermittlungen gegen Schmitt wegen Fortführung der NF. Bekannt wurde die Tätigkeit Schmitts erst im Prozess zum Solinger Brandanschlag, weil die Täter in dessen Kampfsportverein trainiert hatten. Schmitt war ein überzeugter Nazi, der schon vor seiner Indienstnahme in der Naziszene aktiv war.

Geld und Schutz für Neonazis

Auch die von den Verfassungsschutzämtern gezahlten Honorare kommen nicht selten dem Aufbau von Neonazistrukturen zugute. »Massenhaft Wer-



bematerial« habe ihm der Thüringer Verfassungsschutz finanziert, sagte etwa Thomas Dienel. Das Honorar von 25 000 Mark, das dem Führungskader diverser Nazigruppierungen für die Informantentätigkeit gezahlt worden ist, habe er als »Spendengelder« für die rechte Szene betrachtet.

Auch die NF konnte in ihrer Anfangsphase auf Gelder des Verfassungsschutzes zurückgreifen. Der Mitte der 80er Jahre angeworbene Informant Norbert Schnelle hatte seine Tätigkeit mit der NF-Parteiführung abgesprochen. Die Informationshonorare wurden zum Aufbau der Partei genutzt.

Ein weiterer Vorteil der Informanten liegt im Schutz vor Gerichtsverfahren. Ihm sei zu erkennen gegeben worden, man könne Strafverfahren von ihm »weghalten«, sagte Thomas Dienel. Dem Informanten Carsten Szczepanski wurde Strafmilderung versprochen. Ein zwar in der BRD illegales, aber scheinbar gängiges Mittel. Aber nicht nur für die V-Leute selbst war die Verbindung zum Verfassungsschutz von Vorteil. So sagte Thomas Dienel aus, er habe den VS in Bezug auf die rechte Szene abgeschöpft, unter anderem habe er Informationen über Polizeieinsätze und Ermittlungen der Staatsanwaltschaft erhalten. Diese Aussage deckt sich mit der von Norbert Schnelle, der ebenfalls angab, die NF mehrfach vor Hausdurchsuchungen und Polizeiaktionen gewarnt zu haben.

Informationen sind wertlos ...

Unzählige Skandale um die V-Leute haben die Verfassungsschutzämter in Verruf gebracht. Wer Informationen über die Naziszene haben wolle, müsse notgedrungen im Trüben fischen, so deren gängige Rechtfertigung. Aber was sind derart gewonnene Informationen wert? Er habe »nichts verraten« und selbst der NPD-Landesverband habe Bescheid gewusst, behauptet beispielsweise Matthias Meier, ehemaliger stellvertretender NPD-Landesvorsitzender aus Stralsund über seine Arbeit als Informant des Verfassungsschutzes. Auch Norbert Schnelle, Mitglied der NF, besprach mit NF-Chef Schönborn, welche Informationen er an den Verfassungsschutz weitergeben durfte. Geliefert wurden nur schon bekannte oder überholte Fakten.

Eine weitere Tücke liegt im System selbst. Nur wer als Spitzel angeblich »wichtige« Informationen liefert, bekommt Geld und wird gefördert. Nur solche Führungsoffiziere, die wichtige Informanten in der Szene haben, können ihre Ausgaben rechtfertigen und auf Karriere hoffen. Daher werden unwichtige Nachrichten aufgewertet oder sogar erfunden. Aus der Mücke wird ein Elefant. Der Offizier freut sich über die brandheißen Informationen und prüft sie besser erst gar nicht nach. Dabei sind Spitzel oft zwielichtige Personen; so waren die V-Leute Bernd Schmitt und Werner Gottwald zum Zeitpunkt ihrer Indienstnahme wegen Betrugs vorbestraft.

... und werden nicht verwertet

Selbst wenn einmal wichtige Informationen gewonnen werden, bleiben sie ohne Folgen. Ab 1973 berichtete Werner Gottwald unter dem Decknamen »Reiser« dem Verfassungsschutz aus der Naziszene. Er war Gründungsmitglied der illegalen NSDAP/AO, Generalsekretär der Nazisammelbewegung »Nationale Deutsche Freiheitsbewegung« und an der Organisation diverser Nazigruppierungen beteiligt. Zudem war Gottwald in Waffenhandel und Sprengstoffanschläge verwickelt. Deren Vorbereitung meldete jedoch nicht Werner Gottwald, sondern der V-Mann Werner Lock. Ebenfalls in der illegalen NSDAP/AO brach er später aus Enttäuschung über die Untätigkeit des VS den Kontakt ab und ging an die Öffentlichkeit. Er schätzte, dass ein Zehntel der damaligen NSDAP/AO-Kader Informanten des VS waren. Obwohl diese illegale Struktur unter den Augen und tätigen Händen diverser VS-Mitarbeiter großgeworden ist, leugnete der Verfassungsschutz noch über Jahre die Existenz dieser Struktur. Auch diese Untätigkeit hat eine bestimmte Logik. Zum einen ist der VS der Meinung, die ausspionierte Organisation in der Hand zu haben. Zum anderen will er weitere Informationen gewinnen, und drittens kann er angeblich seine Informanten nicht gefährden. In der Führungsspitze der NF waren mehrere Informanten tätig. Was jedoch in den Prozessen gegen die NF an Informationen bekannt und verwendet wurde, war antifaschistischen Kreisen durch Recherche längst bekannt. Die Verurteilung Schönborns wegen Weiterführung der verbotenen NF gründete sich fast ausschließlich auf Dokumente, die von einer Bürgerinitiative vorgelegt worden waren. Im Dolgenbrodter Brandstifterprozeß konnten die Aussagen Sczcepanskis nicht verwandt werden, da die Richterin aufgrund von zugesagter Strafmilderung für Sczcepanski an dem Wahrheitsgehalt seiner Aussagen zweifelte.

Außer Spesen...

Die Geschichte der Arbeit mit Spitzeln und Informanten in der Naziszene belegt, dass dadurch die Strukturen oft gefördert und geschützt wurden. Es wurde finanzielle und strukturelle Aufbauhilfe geleistet. Oft entstanden neonazistische Gruppen erst durch die V-Leute. Es sind Nazis, die vom VS angeworben werden und gegen Geld oder Strafmilderung wahre oder erlogene Informationen preisgeben. Sicherlich war es nicht der VS, der die Nazistrukturen insgesamt gründete: Aber bei der Arbeit mit Informanten wird der Bock zum Gärtner gemacht. ■

» Verordneter Anti

»Totalitarismus« als politischer Kampfbegriff

| »Totalitarismus« ist ein Neologismus. Erfunden haben ihn italienische Antifaschisten, die den Faschisten schon 1923 vorwarfen, ein »totalitäres System« anzustreben. Diese wählten die Offensivstrategie und bekannten sich trotzig dazu, einen »stato totalitario« – einen totalitären Staat errichten zu wollen, in dem die liberalen Freiheitsrechte abgeschafft werden sollten. Tatsächlich wurde der faschistische Staat nie so »totalitär«, wie er von Anhängern und Gegnern angesehen wurde. Doch dies ist nicht alles. Wichtiger war und ist der bis zur Identifizierung gehende Vergleich des Faschismus mit dem Bolschewismus. Der Führer der italienischen »Popolari« Luigi Sturzo brachte dies schon 1926 auf den Punkt: Faschismus sei »Rechtsbolschewismus« und Bolschewismus »Linksfaschismus«. Natürlich war dies nichts anderes als Propaganda. Und dies trifft auch auf den »Nazi« = »Kozi«-Vergleich zu, mit dem deutsche Sozialdemokraten auf die ebenso törichte Sozialfaschismusthese der Kommunisten antworteten.

»Totalitarismus« war in den 20er und 30er Jahren nicht viel mehr als ein politischer Kampfbegriff. Seine Hochzeit hatte er während der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes von 1939. Doch als sich die westlichen parlamentarischen Demokratien 1941 mit der Sowjetunion gegen das faschistische Deutschland verbündeten, verschwand der Totalitarismusbegriff wieder aus der westlichen Propagandasprache, um nach dem Ausbruch des Kalten Krieges sogleich wieder aufzutauchen. Dies war vor allem in der Bundesrepublik so, wo die Totalitarismusdoktrin den Charakter einer Staatsideologie erhielt, die auch die praktische Politik – vom SRP- und KPD-Verbot bis hin zum Radikalenerlaß – bestimmte. Daran hat sich auch nach dem Untergang der DDR und dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus wenig geändert. Allseits wird ein sog. »antitotalitärer Grundkonsens« gefordert und verordnet. Warum? Warum hält man an dieser Ideologie immer noch fest? Einmal, weil behauptet wird, es handele sich gar nicht um eine Ideologie, sondern um eine wissenschaftliche Theorie.

»Totalitarismus« als Theorie

Tatsächlich ist »Totalitarismus« gar keine Theorie. Jedenfalls keine, die durch die Empirie bestätigt wurde. Alle sogenannten Totalitarismustheorien sind nämlich sowohl von der Faschismus- wie der Kommunisforschung widerlegt worden. Dies trifft insbesondere auf das vorherrschende Totalitarismusmodell von Carl Joachim Friedrich und Zbigniew Brzezinski zu. Danach sind Staaten als »totalitär« einzuschätzen, wenn sie folgende 6 Merkmale aufweisen: 1. Ideologie, 2. Terror, 3. Einparteienregime, 4. Befehlswirtschaft, 5. Waffenmonopol und 6. Propagandamonopol. Doch dieses Modell trifft weder auf das Dritte Reich noch die Sowjetunion zu. Unzutreffend ist schon die weitgehende Gleichsetzung der faschistischen Rassen- und der kommunistischen Klassenideologie. Und da sich die Ideologien nicht gleichen, waren auch die Opfer des unbestrittenen Terrors andere. Hier »minderwertige Rassen«, dort »feindliche Klassen«. Drittens ist darauf hinzuweisen, dass die faschistische (und möglicherweise auch die kommunistische) Diktatur keineswegs so monolithisch geschlossen war, wie es Friedrich und Brzezinski suggerierten. Ihre Behauptung, daß es sowohl im bolschewistischen Rußland wie im faschistischen Deutschland eine »Befehlswirtschaft« gegeben habe, ist offenkundiger Unsinn. Schließlich ist die Wirtschaft im Dritten Reich nicht verstaatlich worden und besaß bis zum Schluß eine relativ starke Stellung. Über ein »Waffenmonopol«, was das 5. Kennzeichen »totalitärer« Regime sein soll, verfügen dagegen auch parlamentarische Regime. Nur der 6. und letzte Punkt ist richtig: Im faschistischen Deutschland und im kommunistischen Rußland hatte der Staat ein Nachrichten- und Propagandamonopol.

Als besonders problematisch an dem Totalitarismusmodell von Friedrich und Brzezinski hat sich sein idealtypisch statischer Charakter erwiesen. Daß sich »totalitäre« Staaten auch gewandelt haben, war gewissermaßen nicht vorgesehen Dies war jedoch in der Sowjetunion nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Jahr 1956 unzweifelhaft der Fall. Es kam zu einer innenpolitischen Entstalinisierung und zu einem außenpolitischen Entspannungskurs. Das Ausmaß beider Aspekte sollte zwar nicht überschätzt werden, dennoch hat beides letzlich den Reformkurs Gorbatschows ermöglicht. Etwas auch nur annähernd Vergleichbares hat in den faschistischen Staaten nicht stattgefunden und hätte auch niemals stattfinden können.

»Totalitarismus« als Ideologie

Die Schwächen der Totalitarismustheorie von Friedrich und Brzezinski (sowie auch der in der konkreten Forschung wenig rezipierten von Hannah Arendt) sind in den 70er und 80er Jahren auch erkannt worden, weshalb sich sowohl die Kommunismus- wie die Nationalsozialismusforschung von dem Totalitarismusbegriff generell mehr und mehr abgewandt hat. Dies soll jetzt anders sein. Jetzt wird auch die

totalitarismus

Renaissance und Radikalisierung einer Ideologie

DDR als »totalitär« bezeichnet und mit dem Dritten Reich verglichen, was selbst von Vertretern der klassischen Totalitarismustheorie wie Hannah Arendt strikt abgelehnt wurde. Wenn jetzt verschiedene Politiker und politisierende Historiker die Renaissance der wissenschaftlich widerlegten Totalitarismustheorie postulieren und einen »antitotalitären Grundkonsens« einfordern, dann hat dies vornehmlich politische Gründe. Welche? Zu nennen sind einmal parteipolitische: Durch den distanzierenden Vergleich mit den »totalitären« der Vergangenheit können die heutigen »demokratischen« Parteien von ihren eigenen Schwächen, wie ihren autoritärern Führungsstilen und der immer mehr um sich greifende Korruption, ablenken. Die Totalitarismusdoktrin hat hier den Charakter einer »Komplementärideologie« (Kurt Lenk). Außerdem kann man durch die Bezeichnung von DDR und SED als »totalitär« die Ausgrenzung der PDS als »Nachfolgepartei der SED« und die Disziplinierung der Bewohner der ehemaligen DDR rechtfertigen, in dem man ihnen vorwirft, einem »totalitären« Staat gedient oder zumindest in ihm gelebt zu haben, der mindestens so schlimm wie das Dritte Reich gewesen sein soll. Der im Zeichen einer radikalisierten Totalitarismustheorie stehende DDR/Drittes Reich-Vergleich dient hier als »Rechtfertigungsideologie« (Kurt Lenk).

Doch auch dies ist nicht alles. Durch den aufrechnenden Hinweis auf die Verbrechen »der Kommunisten«, wofür sich bereits der Begriff des »roten Holocaust« eingebürgert hat, kann und soll, wie der Berliner Historiker Heinrich August Winkler gefordert hat, »Auschwitz vom Sockel der negativen Singularität gestoßen« werden. Gerade bei der Debatte über das »Schwarzbuch des Kommunismus« wurde diese geschichtspolitische Funktion der Totalitarismusdoktrin deutlich, die, um noch einmal Kurt Lenks Ideologietheorie zu zitieren, hier zur einer »Ausdrucksideologie« geworden ist, weil man so die eigene Vergangenheit bewältigen und die Gegenwart meistern kann. Denn wenn Stalin und Honecker mit Hitler, der »Archipel Gulag« und Bautzen mit Auschwitz zu vergleichen und gleichzusetzen sind, dann kann man wirklich »wieder« Machtpolitik betreiben, ohne dabei von der Vergangenheit belastet zu werden.

Die Totalitarismusdoktrin ist aber auch deshalb als »Ausdrucksideologie« anzusehen, weil die gegenwärtige parlamentarische Demokratie als nicht mehr hinterfragbares positives Gegenstück zum negativen »Totalitarismus« dargestellt wird. Fast alle gesellschaftskritischen Gedanken und selbst die klassischen Utopien werden – so geschehen bei der »Schwarzbuch«-Debatte – als »kriminogen« denunziert, weil ihre Verwirklichung unweigerlich zu Verbrechen führen müsse. Der allseits verordnete »antitotalitäre Grundkonsens« kommt hier einem »totalitären« Denkverbot schon sehr nahe. Außerdem suggeriert die Totalitarismusdoktrin, dass die Demokratie nur von den linken und rechten Rändern, nicht jedoch aus der Mitte und von oben bedroht sei. Die Geschichte, vor allem die Geschichte der Weimarer Republik lehrt jedoch, dass eine Demokratie sehr wohl von oben und aus der Mitte und keineswegs von irgendwelchen »Links-« und »Rechtsextremisten« zerstört werden kann. Und was einmal war, das kann wieder da sein.

Renaissance und Radikalisierung einer Ideologie

»Totalitarismus« war immer mehr Ideologie als Theorie. Und auch als Theorie ist sie wissenschaftlich widerlegt. Rot ist nicht gleich braun. Faschismus und Kommunismus sind nicht bzw. nur dann zu vergleichen, wenn man vom Unvergleichbaren – dem Holocaust – abstrahiert. Doch offensichtlich ist dies, die Relativierung von Auschwitz, gewollt, weil man endlich aus seinem »Schatten« heraustreten will. Zu dieser geschichtspolitischen kommt die gegenwartspolitische Funktion der Totalitarismusdoktrin, die jegliche Kritik an der parlamentarischen Demokratie geradezu verbietet und von den wahren Gefahren ablenkt, die sie bedrohen. Wir haben es also mit einer Renaissance und Radikalisierung einer wissenschaftlich widerlegten und politisch funktionalisierten Ideologie zu tun. ■

[Zwischen Neonazismus und

Die »Deutsche Burschenschaft«

Beim diesjährigen Burschentag in Eisenach marschierten Neonazis zur Unterstützung der Verbindungsstudenten gegen antifaschistische Proteste auf. Kein Zufall, denn die Burschenschaften orientieren sich immer weiter nach rechts. Die Verbindungshäuser entwickeln sich zu Schnittstellen zwischen Konservativen, »Republikanern« und Neonazis.

| Knapp 120 Verbindungen aus der Bundesrepublik und Österreich gehören dem Dachverband, der »Deutschen Burschenschaft«, an. Verbindungshäuser der rund 15.000 aktiven Studenten und Alten Herren sind in fast allen größeren und kleineren Universitätsstädten zu finden. Die Burschen vertreten eine ausgeprägte Ideologie der Ungleichheit, in der sie sich selbst die Rolle der Elite zuschreiben. Völkischer Nationalismus, Rassismus und großdeutsche Vorstellungen sind darum in den Männerbünden weit verbreitet. Zwar spielt Politik in den Verbindungen eine unterschiedliche Rolle, der Dachverband wird jedoch von der rechtsextrem ausgerichteten »Burschenschaftlichen Gemeinschaft« dominiert. In Österreich stammen zahlreiche FPÖ-Funktionäre, vor allem Jörg Haider selbst und sein engeres Umfeld, aus den Burschenschaften.

Schnittstelle der rechtsextremen Szene

In nahezu allen Verbindungen der »Deutschen Burschenschaft«, so war es 1996 in den rechtsextremen »Staatsbriefen« zu lesen, seien Verbandsbrüder anzutreffen, »die in irgendeiner Form national oppositionell sind.« Bezeichnender noch als die Mitgliedschaft von Neonazis oder Rechtsextremen ist die Funktion der Verbindungshäuser. Konservative, sogenannte »Neue Rechte«, »Republikaner« und Neonazis kommen dort in seltener Eintracht zueinander.

Als ein Beispiel dafür können die Vorgänge in der Burschenschaft »Normannia-Nibelungen« zu Bielefeld gelten. Der derzeitige Sprecher der aktiven Burschen, Marc Strothe, ehemals Chef des regionalen Verbandes der »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen«, wurde als Mitglied der 1992 verbotenen »Nationalistischen Front« geführt. Zusammen mit dem ehemaligen Sprecher der Burschenschaft und Björn Hauptfleisch, einem Autor der »Jungen Freiheit«, gehört Strothe zu den Gründungsmitgliedern der »Initiative Hochschulrecht«. Die kleine Gruppe rechter Studenten hat in Bielefeld eine Initiative des Hochschulverbandes der »Republikaner« aufgegriffen und versuchte durch Klagen, die Arbeit des AStA der Universität zu behindern und seinen Einfluss einzuschränken. Im Verbindungshaus der »Normannia Nibelungen« geben sich »Neue Rechte«, »Republikaner« und Neonazis die Klinke in die Hand. Referenten waren das ehemalige Bundesvorstandsmitglied der »Republikaner«, Klaus Weinschenk, oder der aus der »Deutschlandbewegung« kommende Rolf Stolz. Im Mai 1999 lud die Burschenschaft Horst Mahler zum »Burschenschaftlichen Abend« ein. Mahlers Warnungen vor der »Überfremdung« lauschte in Bielefeld ein Publikum, in dem neben Burschenschaftlern auch eine Reihe von Neonazis saßen. Den Büchertisch auf



Karriere

der Veranstaltung betrieb der stadtbekannte Neonazi Meinhard Otto Elbing.

Den burschenschaftlichen Abenden, die in fast allen Verbindungshäusern ein- bis zweimal je Semester stattfinden, wird in den »Staatsbriefen« in politischer Hinsicht eine Schlüsselfunktion zugewiesen. Sie könnten als »Band zwischen Burschenschaften einerseits und nationaler Opposition andererseits dienen«. Dieser Funktion kommen zahlreiche Referenten nach. So verweist die Frankfurter Burschenschaft »Arminia« zum Beispiel stolz auf Veranstaltungen mit dem »Republikaner«-Vorsitzenden Rolf Schlierer, der zugleich Alter Herr der Burschenschaft »Germania« in Giessen ist. Die »Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn« hatte u.a. den Herausgeber der »Jungen Freiheit«, Dieter Stein, zu Gast. Die Erlanger »Frankonia« veranstaltete Abende mit dem Vorsitzenden des neofaschistischen »Thule Seminars« Pierre Krebs oder mit Reinhold Oberlercher.

Es gelingt den Burschen jedoch auch immer wieder Politiker der etablierten Parteien oder Redner aus Wirtschaft und Gesellschaft zu gewinnen. Damit wollen sie den Anschein von Pluralität erwecken. Denn nach offizieller Diktion sind die Verbindungen dem Karriereklüngel dienende Lebensbünde und keine politischen Verbände. Sie sind meist als Hochschulgruppen anerkannt und genießen die damit verbundenen Privilegien.

Angst vor Verlust von Privilegien

Seit der Abspaltung der gemäßigten Verbände der »Deutschen Burschenschaft« Anfang 1996 gibt es immer mal wieder interne Turbulenzen um die Ausrichtung und Außendarstellung einzelner Verbindungen und des Dachverbandes. So sollte beim Eisenacher Burschentag im Juni dieses Jahres nach dem Willen der Burschenschaft »Oberösterreicher Germanen« eigentlich Horst Mahler den Festvortrag halten. Kurz vor der Veranstaltung wurde Mahler jedoch durch den österreichischen Professor Lothar Höbelt ersetzt. Damit wurde ein Mann gewonnen, der zwar in der Öffentlichkeit weniger bekannt ist als das Enfant terrible Mahler, aber kaum andere Ansichten vertritt. Das FPÖ-Mitglied war u.a. Mitverfasser einer Festschrift für den Auschwitzleugner David Irving und 1995 Mitherausgeber eines FPÖ-Jahrbuches, das antisemitische und rechtsextreme Beiträge enthielt.

In Jena hat die öffentliche Aufmerksamkeit zum Ausschluss von elf Burschenschaftern aus der Burschenschaft »Jenensia« geführt. Die Verbindung war durch antifaschistische Proteste in die Diskussion geraten. Anlass war eine Veranstaltung am 1. Dezember 1999 mit Peter Dehoust. Zuvor hatten in dem Verbindungshaus schon Alfred Mechtersheimer von der »Deutschlandbewegung« oder Rolf Sauerzapf von der »Evangelischen Notgemeinschaft« referiert. Dehoust, Mitherausgeber der rechtsextremen Zeitschrift »Nation & Europa«, war schon in den 50er Jahren Mitbegründer des später verbotenen »Bund Nationaler Studenten«. Später führte sein Weg über die NPD zur gescheiterten Sammlungsbewegung »Deutsche Liga für Volk und Heimat". Auf der Veranstaltung waren neben den Burschen ein örtliches Vorstandsmitglied der »Republikaner« ebenso anwesend wie die Mitglieder des »Thüringer Heimatschutz« (THS) Tino Brandt, Andrè Kapke oder Jörg Krautheim. Neonazis aus dem »Thüringer Heimatschutz« stellten auch die Ordnergruppe für die Veranstaltung und fungierten als Personenschutz für Dehoust. Hierbei traten sie teils in Personalunion als Burschenschaftler auf. Die »Jenensia«, die auch Mitglied der rechtsextremen »Burschenschaftlichen Gemeinschaft« ist, bestätigte gegenüber der Presse, dass Angehörige des THS und der NPD »Ehrenmitglieder« seien.

Der durch AntifaschistInnen erzeugte öffentliche Druck im Vorfeld der Dehoust-Veranstaltung hatte den Ausschluss von elf aktiven Burschen aus der »Jenensia« zum Ergebnis, die am 12. Februar diesen Jahres allerdings die neue Burschenschaft »Normannia Jena« gründeten.

Viele Burschenschaften stehen ebenso wie die »Jenensia« vor einem Dilemma. Einerseits wollen sie eine Ideologie vertreten, die auch in der Öffentlichkeit als rechtsextrem gilt. Andererseits wollen sie als Hochschulgruppen in das universitäre Leben integriert sein und ihre Kontakte zu den Führungsebenen von Politik und Wirtschaft nicht verlieren. Die »Jenensia« ist nämlich auch Mitglied der »Freunde und Förderer der Friedrich-Schiller-Universität«, die teilweise die Internetseiten der Burschenschaft verwaltet. Die Korporierten können als Hochschulgruppe offen und uniformiert an der Uni auftreten und für sich werben. Universitäre Räume stehen ihnen zur Verfügung und über die studentische Wohnungsvermittlung werden Verbindungshäuser angeboten.

Am 4. Juni 1998 gab Ministerpräsident Bernhard Vogel einen Empfang für die Burschen und alten Herren. Auch ohne Kenntnis der offensichtlichen Verbindungen zur Neonaziszene äußerte der rechte CDU-Mann ein sonderbares Demokratieverständnis, als er sagte, er freue sich, in den Burschenschaftern junge Menschen zu treffen, die in ihren Conventen aktiv Demokratie praktizierten. Der zunehmende Schulterschluss der Burschenschaften mit der Neonaziszene ist aber kein Zufall, sondern Ergebnis eines Menschenbildes und einer Ideologie, die kaum Differenzen zum Rechtsextremismus aufweist. ■

[Auf der extrem rechten Flanke der Bundeswehr

Die »Deutsche Militärzeitschrift«

Die Deutsche Militärzeitschrift (DMZ) bewegt sich in der großen Schnittmenge von Bundeswehr und extremer Rechten. Neonazistische Beiträge und Anzeigen werden durch Berichte über aktuelle Fragen von Bundeswehretat, Waffentechnik oder Kosovoeinsatz, Artikel und Interviews von Bundeswehroffizieren bis hin zum Vier-Sterne-General Klaus Reinhardt ergänzt. Diese professionell aufgemachte und an Kiosken vertriebene Mischung erleichtert den Zugang zum militaristischen Publikum weit über die Szene der extremen Rechten hinaus.



◀ Die »Deutsche Militärzeitschrift«, erscheint seit 1995. Sie ist am Kiosk zu erwerben und erreicht ein Publikum das weit über die extreme Rechte hinaus reicht.

| Die Bewahrung der »ewigen Werte deutschen Soldatentums« und die Fortsetzung preußischer Militärtraditionen sind der extremen Rechten und rechtskonservativen Kräften in der Bundesrepublik seit jeher ein bedeutendes Anliegen gewesen. Hierbei haben die soldatischen Traditionsverbände mit ihren Publikationen schon immer eine besondere Rolle gespielt. Insbesondere die Monatszeitschriften »Soldat im Volk« und »Kameraden« (früher: »Alte Kameraden«) begleiten das aktuelle politische Geschehen mit völkischen und nationalistischen Kommentaren.

Zwar hat der Anschluss der DDR den soldatischen Traditionsverbänden Anfang der 90er Jahre noch einmal neue Mitglieder zugeführt, an der Überalterung und ihrer Ausrichtung auf Frontberichterstattung à la »Entscheidungsschlacht in der Normandie« und verbands- und mitgliedsbezogenen Nachrichten hat dies im Grundsatz nichts geändert. So wird auch innerhalb des »Verbandes deutscher Soldaten« (VdS) die langfristige Auflösung »durch den immer rascher fortschreitenden biologischen Prozess« als unumgänglich angesehen. Mittelfristig stehe allerdings »durch Gewinnung jüngerer Mitglieder, d.h. Bundeswehrangehörige, Reservisten, noch eine interessante Übergangszeit bevor«[1].

Ob sich die mittelfristige Perspektive beim VdS erfüllen wird, bleibt abzuwarten. Erfolgreich platzieren konnte sich hingegen die »Deutsche Militärzeitschrift«, die erstmals im April 1995 erschien und inzwischen – im Unterschied zu »Soldat im Volk« und »Kameraden« – auch an vielen Kiosken zu erwerben ist. In ihrer ersten Ausgabe hat die DMZ das Ziel der Zeitschrift wie folgt formuliert: »Es soll die Erlebnisgeneration (beider Weltkriege) zu Wort kommen (lassen) und all den Jüngeren schildern, was sie wirklich empfunden, erlebt und durchgemacht hat (...) und das geistige Erbe fortführen«[2]. Zielgruppen der Publikation seien ehemalige Kriegsteilnehmer, aktive Soldaten, Reservisten und Vertriebene. Unter Leitung von Harald Thomas, einem früheren Funktionär des »Nationaleuropäischen Jugendwerks«, war der »Anneliese-Thomas-Verlag« bereits an Satz und Druck des »Witiko-Briefs«, dem Mitteilungsorgan des völkischen »Witiko-Bundes«, sowie an Herstellung und Vertrieb von »Alte Kameraden«, dem Organ der »Arbeitsgemeinschaft der Traditionsverbände und Kameradenwerke«, beteiligt.

Anfang 1997 wurde die Zeitschrift von der MTM Medien-Marketing-Team GmbH (Bad Soden) übernommen, Chefredakteur Wolfgang Dischert (Oberstleutnant a.D.) sicherte die Kontinuität. Obwohl weiterhin Autoren der extremen Rechten dominieren, gelingt ihm der Brückenschlag ins militaristische Spektrum. Im Unterschied zu den Stellungnahmen von DVU, REP und NPD wurde der Krieg der NATO gegen Jugoslawien in der DMZ gerechtfertigt. So betonte der Ehrenvorsitzende des »Witiko-Bundes«, Walter Staffa, das Recht der Völker auf ihr »rechtmäßiges Siedlungsgebiet« müsse Vorrang haben vor »historischen Grenzen«. In einem DMZ-Interview mit dem ehemaligen KFOR-





Kommandeur Klaus Reinhardt legte dieser im Sommer 2000 ausführlich die offizielle Position der Hardthöhe dar. Mit dem Konservativen Rolf Clement, dem Leiter der Abteilung »Hintergrund« im Kölner Studio des Deutschlandfunks, und dem ehemaligen Generalleutnant Gerd Schultze-Rhonhof[3] finden sich zudem zwei Autoren, die gegen Beschränkungen des Bundeswehr-Etats sind und eine breitere Verankerung der Bundeswehr in der Bevölkerung fordern.

Für die Herausgeber der DMZ soll »die Verknüpfung zwischen Geschichte und aktuellen militärischen und militärpolitischen Themen« dazu beitragen, »wie wir unsere Zukunft weiter positiv gestalten können«. In diesem Sinne singt die DMZ ein Loblied auf die spanische »Blaue Division«, die sich am imperialistischen Vernichtungskrieg der Wehrmacht gegen die Sowjetunion beteiligte, denn dort »wurde derselbe Feind bekämpft, den man im Bürgerkrieg schon einmal niedergerungen hatte: der Kommunismus.« Die dabei begangenen Kriegsverbrechen, etwa die Zerstörung der spanischen Stadt Guernica durch Bombenflugzeuge der deutschen Legion Condor im April 1937, werden in der DMZ in verharmlosender Weise als »internationale Greuelpropaganda gegen deutsche Soldaten« gedeutet.

Auch in der Bewertung der nazistischen Expansionspolitik finden sich in der DMZ die üblichen Positionen der extremen Rechten. Wolfgang Strauss, Vertreter der nationalrevolutionären Strömung im Neofaschismus, verbreitet zum Beispiel die Behauptung, der Angriff auf die Sowjetunion sei ein »Präventivkrieg« gewesen. Emil Schlee, Ende der 80er Jahre hochrangiger REP-Funktionär und 1997 Unterstützer der volksverhetzenden Broschüre »Aufruf zur Notwehr«, verbreitet die Legende vom Friedenswillen des nationalsozialistischen Regimes: »Es ist wahrlich unfair und inhuman, dem deutschen Volk nach mehr als 50 Jahren trotz widerlegender historischer Fakten immer noch die Alleinschuld an allem Kriegsgeschehen auferlegen zu wollen!«

Für Schlee ist Deutschland in diesem Jahrhundert nie »Subjekt«, sondern immer nur »Objekt« der Geschichte gewesen – »mit übler und verlogener Feind- und Greuelpropaganda überschüttet, menschenunwürdig behandelt, rechtlos gemacht, weitgehend ausgeraubt«. Den »Opfer«-Mythos teilt er mit einer Reihe weiterer Autoren der extremen Rechten, die sich in der DMZ über den »Vertreibungsholocaust« (Rolf-Josef Eibicht) auslassen, das Fortbestehen der UNO-Feindstaatenklauseln beklagen (Richard W. Eichler) oder bedauern, dass sich heute nicht wie noch nach 1919 »ein wachsendes Nationalgefühl gegen Anklagen von außen« aufbäumt (Gerhard Baumfalk).

Wie in anderen Publikationen der extremen Rechten wurde auch in der DMZ die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« scharf attackiert.

Über die Einbindung der DMZ in das Spektrum der extremen Rechten geben auch die Verlage Auskunft, die in der Zeitschrift inserieren. Hierzu zählen unter anderem der »Deutsche Stimme-Verlag« der NPD, die Verlage Siegfried Bublies, Grabert, Druffel oder Tim Schatowitz, der »Deutsche Freiheitslieder« des Neonazi-Barden Frank Rennicke anbietet. Auf Kundensuche sind des weiteren die Verleger waffentechnischer und militärhistorischer Publikationen, wie z.B. der Motorbuch-Verlag, Bernard & Graefe und Koehler-Mittler, und die Zeitschriften Internationales Waffen-Magazin und caliber.

Auch der bundeswehrnahe Report-Verlag machte bereits Werbung in der DMZ, so etwa für das Buch Geopolitik 2000 von Felix Buck. Buck, Ende der 60er Jahre und in den 70er Jahren hochrangiger Funktionär der neofaschistischen NPD und deren »außen- und wehrpolitischer Experte«, spricht seinen besonderen Dank »den Herren Oberst a.D. Hubatschek, Oberst a.D. Preylowski sowie Kapitän z.S. Stockfisch« aus. In dem Buch entwickelt er – unter Berücksichtigung der Schriften Karl Haushofers, der bereits den Nazis Rechtfertigungen für ihre Expansionspolitik lieferte – Überlegungen zur zukünftigen Rolle Deutschlands in der Welt: »Deutschlands Interesse muß (...) darin liegen, den eigenen Betätigungsdrang (...) auf die weite eurasische Region zu richten. (...) Die Zukunft des deutschen Volkes liegt in der Erfüllung seiner Aufgaben in der Welt.«[4]

Neben der DMZ vertreibt die MTM GmbH – Geschäftsführerin: Martina Waßmuth – eine umfangreiche Palette von Waffen- und Militärliteratur sowie etliche Bücher, die der Rehabilitierung der Waffen-SS dienen. In der Internet-Präsentation werden nicht nur Schriften von »Nation & Europa«-Herausgeber Peter Dehoust oder dem Deutsche Stimme-Autor Jürgen Schwab angeboten, sondern auch Erkennungsmarken: »Nicht nur ein außergewöhnliches Schmuckstück«, sondern auch geeignet »für all diejenigen, die ihre Verbundenheit zu den deutschen Streitkräften zum Ausdruck bringen möchten.« ■

1| Soldat im Volk 5/2000, S. 105

2| Deutsche Militärzeitschrift, genauso wie alle weiteren Zitate ohne Quellenangabe

3| Schultze-Rhonhof hatte bereits als Befehlshaber des Wehrbereichs II und Kommandeur der 1. Panzerdivision in einem Leserbrief in der DMZ Nr. 2 mitgeteilt, viele Artikel seien für seine »kriegsgeschichtlichen Studien« interessant. Schultze-Rhonhof trat 1997 der rechtskonservativen Gruppe Stimme der Mehrheit bei und engagierte sich beim Bundestagswahlkampf 1998 für den extrem rechten »Bund Freier Bürger« (BFB).

4| Felix Buck: Geopolitik 2000. Weltordnung im Wandel. Fankfurt/Main: Report Verlag 1996, S.280/281

Wovon der Mensch lebt ...

Widerstand und Überleben



In naher Zukunft wird die Erinnerung an den Nationalsozialismus und die Shoa ohne die letzten überlebenden Zeitzeugen auskommen müssen. Neue Formen der Erinnerungsarbeit müssen erschlossen und auf ihre Tauglichkeit überprüft werden, Zeugnis zu geben vom Leiden und Sterben, aber auch vom Leben, Überleben und vom Widerstand in den Konzentrations- und Vernichtungslagern.

Literarische Verarbeitungsversuche der Shoa spielen eine immer wichtigere Rolle. Am Beispiel des Lebens und Werkes von Primo Levi soll ein solcher Versuch exemplarisch besprochen werden.

Primo Levi wird im Jahre 1919 in Turinal Sohn jüdischer Eltern geboren. Diese sind Teil des liberalen jüdischen Bürgertums von Turin. So wächst Levi in einem vom westlich säkularen Judentum geprägten Umfeld auf. Der Sabbat und die hohen jüdischen Feiertage werden in der Familie begangen, auch erhält Levi mit 13 Jahren die Bar-Mizwa – die feierliche Einführung in die jüdische Glaubensgemeinschaft der Erwachsenen. Doch Levis Bindung an die jüdische Gemeinde geht über eine eher aus der Familientradition gespeiste zivilreligiöse Sozialisation nicht hinaus. Nach dem Besuch der Grundschule wird Levi 1934 in das renommierte humanistische Gymnasium von Turin aufgenommen. Zu diesem Zeitpunkt sind die italienischen Faschisten unter Mussolini bereits seit zwölf Jahren an der Macht. So ist auch der Lehrkörper des Gymnasiums von jenen antifaschistischen Professoren »gesäubert«, die sich 1931 geweigert hatten, einen Treueschwur auf das faschistische Regime abzulegen. Mit Bitterkeit registriert der Schüler den von der faschistischen Ideologie geprägten Alltag am Gymnasium. Nur mit Widerwillen trägt er die obligatorische Uniform der »Balilla«, der faschistischen Jugendorganisation. Sein zunächst bestehendes Interesse an den Geisteswissenschaften erlischt in dem Maße, in welchem rassistische und antisemitische Inhalte im Unterricht Einzug halten. Mehr und mehr wendet er sich dem, im Gegensatz dazu, von ihm als objektiv empfundenen Gegenstand der Naturwissen-

schaften zu. Dabei entwickelt Levi Talent und Leidenschaft und nimmt nach Abschluss des Gymnasiums das Studium der Chemie in Turin auf. Hierin geht er vollkommen auf und sucht über die intensive Arbeit im chemischen Labor die stärker werdende antisemitische Hetze in Italien hinter sich zu lassen. Im Jahr 1941 schließt er das Studium mit der Bestnote »summa cum laude« ab. Doch seit 1938 gelten in Italien Rassengesetze, die eine Anstellung von Juden verhindern sollen. Daher enthält Levis Abschluss den Vermerk »Jude«. Er bekommt keine Arbeit und muss sich mit Gelegenheitsjobs durchschlagen. Die Intensität der antisemitischen Politik der Faschisten nimmt zu Beginn der 40er Jahre immer repressivere Formen an. In Levis Heimatstadt Turin kann eine Brandstiftung in der Synagoge knapp verhindert werden, es kursieren Flugblätter mit den Namen jüdischer Einwohner Turins, verbunden mit der Aufforderung, diese zu ermorden. Obwohl die Inkraftsetzung der Rassengesetze bei Levi und seinen FreundInnen einen Schock auslöst, glauben sie sehr lange nicht an eine persönliche Gefährdung. Erst im Jahr 1943 im Zuge der Landung der Alliierten beginnt Levis explizite Politisierung. Er erfährt von den Antifaschisten Gramsci und Rosselli und bekommt Kontakt zu einer Gruppe antifaschistischer Intellektueller. Durch gemeinsame Wanderungen in den Bergen von Oberitalien entwickelt sich ein Kontakt zu den dort operierenden Partisanen der »Resistenzia«. Diesen schließt er sich einige Zeit später gemeinsam mit einer Gruppe von sieben FreundInnen an. Der Gang in den Untergrund ist stark von der Hoffnung getragen, dem antisemitischen Terror der Städte zu entkommen. Levi und seine FreundInnen verfügen weder über eine militärische Ausbildung noch über Ausrüstung, um an den Kämpfen der Partisaneneinheiten teilzunehmen. Die Gruppe gerät ohne an Kampfhandlungen teilgenommen zu haben, im Januar 1944 in Gefangenschaft. Ihnen droht als Partisanen eine Verurteilung zum Tode. Doch Levi wird in das Gefangenenlager Carpi-Fossoli verbracht, das die SS wenig später vom italienischen Sicherheitsdienst übernimmt. Am 22. Februar 43 wird Levi gemeinsam mit sämtlichen Juden aus Carpi-Fossoli nach Auschwitz deportiert.

Auf der mehrtägigen Deportationsfahrt, auf engstem Raum in einem Waggon zusammengepfercht, sterben viele von Levis LeidensgenossInnen, andere verlieren den Verstand. Die Überlebenden leiden Hunger und Durst. Was sie in Auschwitz erwartet, können sie nur erahnen.

In Auschwitz wird der Transport aus Italien selektiert. Neunundzwanzig Frauen und Männer werden von der SS als SklavenarbeiterInnen ausgesucht. Die übrigen Menschen werden innerhalb kürzester Zeit vergast. Levi wird zunächst einem Arbeitskommando im Umfeld der IG Farben Baustelle Buna-Monowitz zugeteilt. In Auschwitz-Monowitz errichtete, die IG Farben ein Bunawerk zur Herstellung von kriegswirtschaftlich wichtigem synthetischem Kautschuk. Zu diesem Zweck kaufte die IG der SS die Häftlinge als Zwangsarbeiter ab. Die Überlebenserwartung der Häftlinge beträgt bei Unterernährung, Schlägen und katastrophalen hygienischen Bedingungen je nach Arbeitskommando einige Wochen oder Monate.

Hier muss Levi ohne technische Hilfsmittel schwere körperliche Arbeit verrichten. Erst durch einen Zufall erhält er bei einem Lagerappell die Möglichkeit, in das »Chemiekommando« zu wechseln. Viele Häftlinge möchten in das »Chemiekommando«, da die Überlebenschancen dort – in den trockenen und warmen Labors der IG bei etwas besserer Versorgung – sehr viel höher sind, als bei der Arbeit auf der IG-Baustelle. Die für den Wechsel des Arbeitskommandos von deutschen IG-Farben Chemikern durchgeführte Prüfung besteht Levi. Auch die Arbeit im Labor ermöglicht ihm das Überleben. Nach der Befreiung des Lagers Auschwitz durch die Rote Armee im Januar 1945 irrt Levi zunächst als Displaced Person durch mehrere Länder, bevor er nach Italien zurückkehrt. Wieder in Turin, tritt Levi in einen chemischen Betrieb ein und arbeitet dort bis 1977. Hiernach arbeitet er als freier, international anerkannter Schriftsteller und Essayist. Im April 1987 begeht Levi im Treppenhaus seines Geburtshauses Selbstmord. Die italienische Tageszeitung »La Stampa«, in der auch Levi veröffentlicht hatte, widmete ihm einen umfangreichen Nachruf, seinem Sarg folgten Tausende Einwohner Turins.

Literatur nach Auschwitz und Levis Roman »Ist das ein Mensch?«

Die kulturkritische Diskussion über die Frage nach der Vermittelbarkeit des Geschehens von Auschwitz drehte sich von Beginn an im Wesentlichen um zwei Fragen: Gibt es für Auschwitz eine angemessene Sprache und eine dafür taugliche literarische Form? Und: Welchen Sinn hat die Produktion von Literatur nach Auschwitz überhaupt noch? Zu diesen Fragen und denen nach den antisemitischen Figurenstereotypen in der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts gibt es eine vielschichtige literaturtheoretische Debatten. Als einer der Ausgangspunkte gilt ein Aufsatz des nach dem Krieg aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrten deutsch-jüdischen Philosophen Th.W. Adorno aus dem Jahr 1951. Darin kritisiert dieser scharf die unreflektierte Fortführung des Kulturbetriebs inklusive der Kulturkritik nach dem zivilisatorischen Bruch von Auschwitz. Eine Fortführung von Kultur und vor allem Poetik lenke vom Grauen des Geschehenen ab. Das Schreiben eines Gedichts nach Auschwitz bezeichnete Adorno als barbarisch; Kultur und Poetik könnten den Zivilisationsbruch Auschwitz weder aufheben noch verstehbar machen. Als Gegenargument für Adornos These von der Unmöglichkeit von Literatur nach Auschwitz wurde das literarische Schaffen von Paul Celan, Nelly Sachs und auch Levi angeführt. Dass es schwierig ist und bleibt, →





◀ Primo Levi

→ für die Shoa eine Sprache zu finden, zeigt die Tatsache, dass viele Überlebende erst nach mehr als fünfzig Jahren die Kraft finden, ihr Schicksal niederzuschreiben.

Dies trifft auf Levis Roman »Ist das ein Mensch?« nicht zu. Er erschien – zunächst öffentlich unbeachtet – schon im Jahre 1947 in einem kleinen italienischen Verlag. Als erzählerisches Grundgerüst dienen Levi die Rahmenbedingungen des KZ-Alltags. Dabei gilt sein Interesse nicht der genauen Erläuterung von Funktion und Struktur der KZ-Bürokratie. Diese umreißt Levi nur, wo es seinem Erzählinteresse dient. Dieses liegt darin, den Menschen und sein Verhalten in der fundamental existenzbedrohenden Situation Auschwitz zu beschreiben. Namen und Funktionen der Täter bleiben mit einer Ausnahme außen vor, sind sie doch durch den realen historischen Hintergrund immer präsent. Levis Blick ist auf die Opfer und ihr Leiden gerichtet.

Levi teilt Situationen, Empfindungen und Wertungen des als Häftling Erlebten unmittelbar aus damaliger Sicht mit. Nachträglich gewonnene Erkenntnisse, Einsichten und Erklärungsversuche sind selten. Er lässt die Erinnerung sprechen. Levi reflektiert nicht nur sein eigenes Handeln im Konzentrationslager Auschwitz, sondern prüft auch die Veränderung der Selbstwahrung. Die Figuren führen nicht nur ein zu beschreibendes Eigenleben, sondern werden mit dem Autor vor existenzielle Entscheidungen, wie etwa der nach dem Teilen der kargen Brotration, gestellt.

Herausragend ist der Sprachstil des Romans, der gekennzeichnet ist durch sparsamen Einsatz sprachlicher Mittel. Das Geschehen wird im Tone großer Nüchternheit und Rationalität wiedergegeben. Die Emotionen des Erzählers sind vordergründig nicht entschlüsselbar und erschließen sich erst im Gesamtkontext des Romans. Der analytisch distanzierte Blick prägt den Buchs ganz entscheidend. Nie weicht der Autor von diesem, auch zu sich selbst Distanz suchenden Sprachstil des beobachtenden Naturwissenschaftlers ab. Doch hinter dieser Form des Erzählens verbirgt sich nicht teilnahmslose Kälte. Vielmehr ist diese analytisch beschreibende Erzählstruktur für Levi ein Medium, um sich und seinen Lesern einen Weg zur versuchten Aneignung von Auschwitz zu öffnen.

Zu welchem Ausmaß der Erniedrigung des Menschen die Vernichtungslogik der Nationalsozialisten führt, schildert Levi in einer in der Literatur- und Wirkungsgeschichte des Romans unter dem sinngemäßen Begriff: »Der Blick des Doktor Pannwitz« bekannt gewordenen Erzählsequenz. Um in das beschriebene »Chemiekommando« wechseln zu können, muss Levi eine Prüfung durch den Abteilungsleiter der chemischen Labors in Monowitz bestehen. Diese schildert er: »Wir sind eingetreten. Nur Doktor Pannwitz ist anwesend. (...) und er thront fürchterlich hinter einem wuchtigen Schreibtisch. Ich, Häftling 174517, stehe in seinem Arbeitszimmer, klar, sauber und ordentlich, und mir ist, als müsste ich überall, wo ich hinkomme, Schmutzflecken hinterlassen. Wie er mit dem Schreiben fertig ist, hebt er die Augen und sieht mich an. (...) Was wir alle über die Deutschen dachten und sagten, war in dem Augenblick unvermittelt zu spüren. Der jene blauen Augen und gepflegten Hände beherrschende Verstand sprach: »Dieses Dingsda vor mir gehört einer Spezies an, die auszurotten selbstverständlich zweckmäßig ist. In diesem besonderen Fall gilt es festzustellen, ob nicht ein verwertbarer Faktor in ihm vorhanden ist.« (...) Und es begann das Verhör. (...) »Wo sind Sie geboren?« (...) »Ich habe 1941 in Turin meinen Doktor mit summa cum laude gemacht.« Während ich dies sage, habe ich das sichere Empfinden, dass man mir nicht glaubt; eigentlich glaube ich es selber nicht, man braucht nur meine schmutzigen, wunden Hände und meine dreckstarrenden Hosen zu betrachten. (...) Und doch kann gerade in diesem Moment über meine Identität mit demjenigen, der in Turin promoviert hat, kein Zweifel bestehen.«[1] In dieser Erzählsequenz treffen zwei Welten aufeinander: die des Lagers, in der Hunger, totale Ausbeutung und Tod regieren. Eine Welt, die sowohl geographisch als auch human jenseits der Zivilisation liegt. Und mitten darin liegt eine andere – das geheizte, saubere, bürgerliche Arbeitszimmer des Doktor Pannwitz. Levi, in Italien Doktor der Chemie wird gar nicht als Person angesprochen. Die Fragen und der Blick des Doktor Pannwitz taxieren ausschließlich den Nutzwert von Wissen und Können Levis.

Die Größe dieses Romans liegt in seinem Versuch, dem geordneten Chaos der Vernichtung einen spröden, präzisen Ausdruck zu geben.

In den Jahrzehnten nach der Erstveröffentlichung wird sein Bericht weltbekannt. Levi versucht, sich mit zwei weiteren Romanen und unzähligen Aufsätzen seiner Auschwitz-Erfahrung zu nähern, angetrieben von dem Wunsch, Zeugnis zu geben für die Zukunft. ■

Literatur:

→ *Primo Levi*
Ist das ein Mensch?
dtv, München 1992

→ *Primo Levi*
Die Atempause
dtv, München 1993

→ *Primo Levi*
Die Untergegangenen und die Geretteten
dtv, München

→ *Primo Levi*
Das Periodische System
dtv, München 1996

→ *Myriam Anissimov*
Primo Levi / Die Tragödie eines Optimisten
Philo Verlag, Berlin 1999

1| Vgl. P. Levi a.a.O, S. 128

▶ Selbstbilder rechter Frauen

Zwischen Antisexismus und völkischem Denken

| Rechte Frauen sind Mütter, verbreiten ein biologistisches Frauenbild und »häkeln für's vierte Reich«; solche oder ähnliche Bilder von rechten Aktivistinnen sind äußerst populär. Gegen die Vorstellung eines einheitlichen Bildes von rechten Frauen setzt die Politikwissenschaftlerin und Journalistin Renate Bitzan in der Buchveröffentlichung ihrer Dissertation ihre Ausgangsthese. Die inhaltlichen Positionen, so Bitzan, sind nicht einheitlich, sondern im allgemeinen Verständnis des Geschlechterverhältnisses genauso unterschiedlich wie auch in speziellen sozialen und frauenpolitischen Fragen. Ein besonderes Augenmerk legt die Autorin auf die Überschneidungen zwischen rechtsextremen und feministischen Diskursen, mit dem Ziel, empirisches Material für eine Diskussion über die Konsequenzen solcher Überschneidungen zur Verfügung zu stellen. Dazu untersuchte sie über 500 Artikel von 170 Autorinnen in sechzehn als rechtsextrem eingestuften Zeitschriften aus den Jahren 1985 bis 1993.

Auch wenn die Fülle der zitierten Originalquellen auf den ersten Blick etwas erschlagend wirkt, so geben gerade die Zitate einen guten Einblick in die Unterschiedlichkeit der Positionen rechter Aktivistinnen zu Themen wie Mutterschaft, Sexismuskritik oder Bevölkerungspolitik. Für die praktische politische Arbeit erhöht sich der Gebrauchswert des Buches gerade durch diesen empirischen Teil, sowie durch einen Anhang, in welchem die untersuchten Zeitschriften ausführlich kommentiert werden und der auch die Aktivitäten der rechten Autorinnen aufführt.

Nicht nur für wissenschaftlich geschulte Leserinnen und Leser interessant und verständlich stellt Renate Bitzan desweiteren die zentralen soziologischen Studien und feministischen Diskussionen zum Thema Frauen und Rechtsextremismus dar, sowie die Verstricktheit auch von Frauen in Herrschaftsstrukturen wie Rassimus und Patriarchat. So läßt sich nicht nur ein guter Überblick über den Stand der feministisch-wissenschaftlichen Diskussion, sondern auch ein erweiterter Blick für die antifaschistische Praxis erlangen.

Renate Bitzan
Selbstbilder rechter Frauen
Zwischen Antisexismus und völkischem Denken,
Tübingen edition diskord
Reihe Perspektiven, 2000
544 Seiten, DM 48,-

▶ Wir sind die Guten

Antisemitismus in der radikalen Linken

| Der Anitsemitismus in der Linken rückt zunehmend ins Blickfeld von autonomen AntifaschistInnen. Leider gelingt es den AutorInnen von »Wir sind die Guten« nur zum Teil, über das autonome Stereotyp der eigenen Betroffenheit als Annäherung an das Thema hinauszugehen. Eine Ausnahme ist z.T. das Kapitel von Frank Lohscheller, der NS-Ideologeme in der Erziehung bis heute nachzuweisen versucht.

Insgesamt wird der subjektive Blick erst im Kontext der beiden Teile von Tobias Ebbrecht und der Gruppe Demontage. Ebbrecht versucht in antifaschistischen Debatten antisemitische Fragmente zu entdecken und wird vor allem in der Kapitalismuskritik fündig. Die unreflektierte Übernahme einer Ästhetik mit strukturell antisemitischem Inhalt wirft Ebbrecht auch dem AIB mit dem Titelbild der Nr. 37 vor.

Die Gruppe Demontage beschreibt in ihrem spannenden Beitrag ihre Erfahrungen, Antisemitismus in der radikalen Linken enttabuisieren zu wollen und wie sie mit dem Versuch eines »Produktiven Streits« scheitert. Besonders hier wird klar, dass die Diskussion erst am Anfang steht.

Die Collage über »Die radikale Linke, Israel und Palästina« liest sich dann als subjektives Geschichtsbuch mit der Anregung, Ursachen für das Tabu zu suchen, nicht über Antisemitismus reden zu wollen.

Trotz der fehlenden genauen Analyse ist das Buch empfehlenswert, weil es exemplarisch darstellt, wie defizitär es mit der Auseinandersetzung um Antisemitismus vor allem auch innerhalb der autonomen Antifa bestellt ist.



Irit Neidhardt, Willi Bischof (Hrsg.)
Wir sind die Guten
Antisemitismus in der radikalen Linken
ISBN 3-89771-400-0
Unrast-Verlag, Münster 2000
Postfach 8020
48043 Münster
www.unrast-verlag.de

Von Essenspaket bis Residenzpflicht

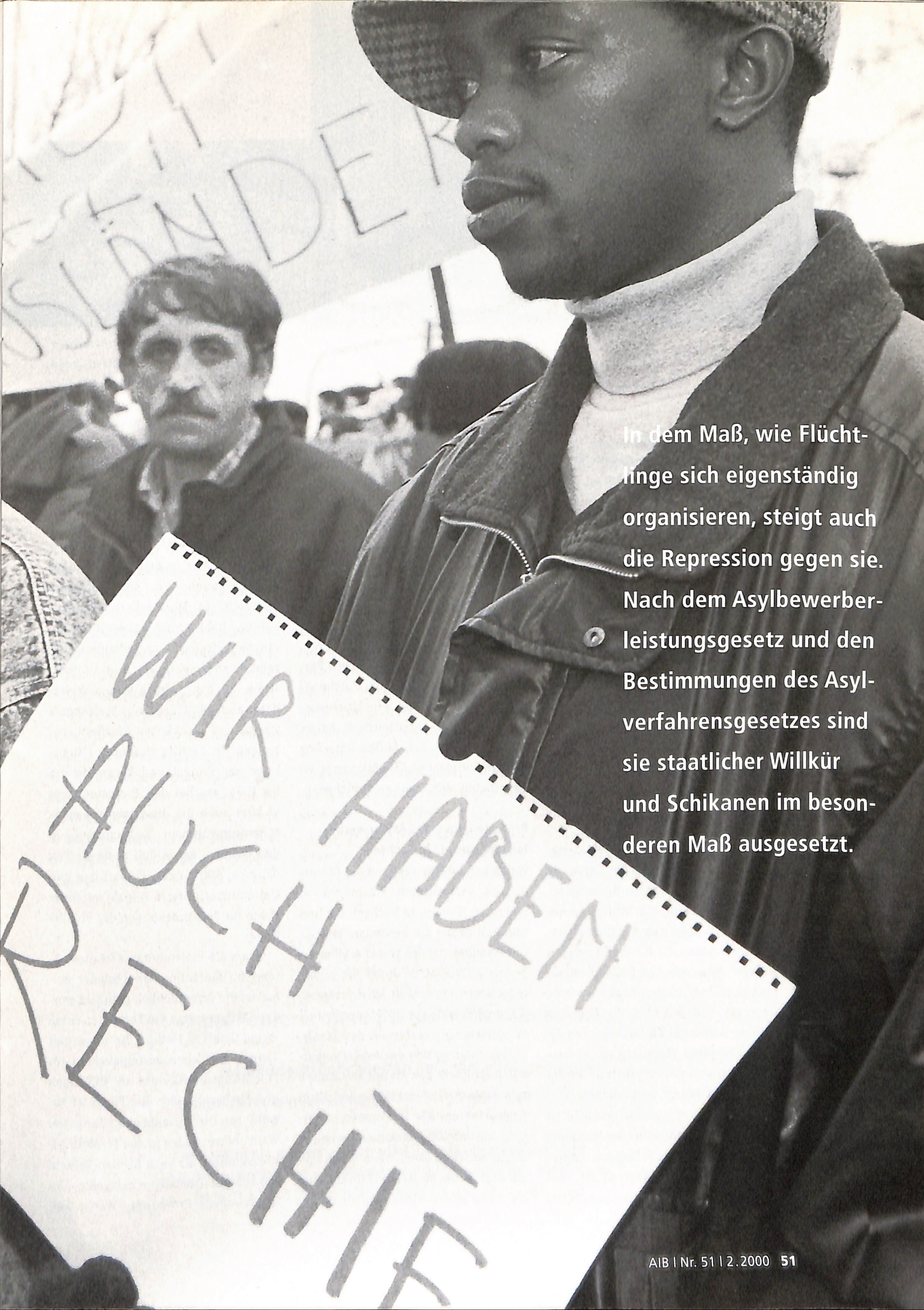
Flüchtlinge wehren sich gegen staatlichen Rassismus

Seit Jahren wehren sich Flüchtlinge gegen die rassistische Asylpolitik in Deutschland und die Schikanen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Anfang des Jahres machten Flüchtlinge in der brandenburgischen Kleinstadt Rathenow mit einem Memorandum Schlagzeilen, in dem sie eine Verlegung in die alten Bundesländer forderten, weil das Land Brandenburg keinen Finger für ihre Sicherheit und eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen rührt. Momentan treten Flüchtlinge selbstbewußt und selbstorganisiert an die Öffentlichkeit. Ein Rück- und Ausblick.

Aus dem Memorandum entstand eine Vernetzung von Flüchtlingen im gesamten Bundesland, unterstützt von den Gruppen der Aktion Noteingang, dem Flüchtlingsrat Brandenburg und unabhängigen antifaschistischen und antirassistischen Gruppen. Die Flüchtlinge organisierten eine Rundreise durch die abgelegenen Heime in über fünfzehn Städten, sie beteiligten sich am Grenzcamp »Kein Mensch ist illegal« im August in Forst. Jetzt haben sie eine neue Phase ihrer Proteste begonnen. Mit Demonstrationen in Cottbus und Potsdam Ende September sind sie für ihre Forderungen auf die Straße gegangen und haben weitere Protestaktionen angekündigt. Auch in Hannover gingen 1.000 Flüchtlinge und UnterstützerInnen auf die Straße. Dass sie dringend Unterstützung benötigen, liegt auf der Hand.

Abschaffung der Residenzpflicht

In dem Maß, wie Flüchtlinge sich eigenständig organisieren, steigt auch die Repression gegen sie – und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und den Bestimmungen des Asylverfahrensgesetzes sind sie staatlicher Willkür und Schikanen im besonderen Maß ausgesetzt. Ein beliebtes Mittel von Landratsämtern und Ausländerbehörden, politisch aktive Flüchtlinge zu bestrafen, sind Ordnungsgelder wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht. Auf dieser Grundlage wurden z.B. der Rathenower Flüchtlingsgruppe keine Urlaubsscheine erteilt, als sie an dem Kongreß der »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen« Ende April in Jena teilnehmen wollte. Auch andere Flüchtlinge, die sich bei der Karawane oder bei »The Voice«, einem Zusammenschluß afrikanischer Flüchtlinge engagieren, werden schikaniert. Zum Beispiel Cornelius Yufanyi aus Kamerun, der in einem Flüchtlingsheim im Eichsfeld lebt. Er war einer der Organisatoren des Karawane-Kongresses in Jena und hatte dafür den Landkreis verlassen. Aufgrund eines Zeitungsartikels, aus dem seine Anwesenheit in Jena deutlich wurde, erstattete das Landratsamt Anzeige gegen ihn. Die Staatsanwaltschaft Mühlhausen erhob Anklage und das Amtsgericht Worbis verhängte einen Strafbefehl von 20 Tagessätzen à 30,– D-Mark. Dabei erhält Cornelius Yufanyi – wie alle Flüchtlinge im Asylverfahren – monatlich lediglich 80,– D-Mark Taschengeld. Darüber hinaus versucht die Ausländerbe- →



In dem Maß, wie Flüchtlinge sich eigenständig organisieren, steigt auch die Repression gegen sie. Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und den Bestimmungen des Asylverfahrensgesetzes sind sie staatlicher Willkür und Schikanen im besonderen Maß ausgesetzt.







→ hörde des Landratsamtes mit allen Mitteln, seine Ausweisung zu beschleunigen: So schrieben die Beamten einen Brief an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge mit dem Hinweis, »dass Herr Yufanyi seinen zur Zeit gestatteten Aufenthalt vorwiegend dazu nutzt, um politisch aktiv zu werden.« Seine Abwesenheit aus dem Heim wird detailliert vorgetragen. Besonders erwähnenswert fanden sie offenbar auch, dass er bei Terminen mit der Ausländerbehörde »von einer deutschen Studentin aus Niedersachsen begleitet« wurde. Da Cornelius Yufanyi sich weigert, das Bußgeld zu bezahlen, ist die Geldstrafe mittlerweile auf über 700,– D-Mark angestiegen. Jetzt drohen ihm Gefängnis oder Abschiebung.

Dies ist kein Einzelfall, wie Aktivisten von »The Voice« und der Karawane immer wieder berichten. Noch härteren Schikanen sind Flüchtlinge ausgesetzt, die sich in den Abschiebehaftanstalten gegen die Haftbedingungen wehren. Aus dem Abschiebeknast Eisenhüttenstadt in Brandenburg wurde jetzt ein Fall bekannt, in dem ein tschetschenischer Flüchtling nach einem 17tägigen Hungerstreik zusammenbrach und dann – anstelle wegen seiner schlechten körperlichen Verfassung ins Krankenhaus gebracht zu werden – in die geschlossene Abteilung der Psychiatrie des Klinikums Frankfurt/Oder zwangsverlegt wurde. Der 22jährige David Alekseenko aus Grozny floh im Oktober 1999 vor der Einberufung zum Militärdienst nach Deutschland. Er wurde zuerst sechs Monate in Berlin in Abschiebehaft festgehalten und dann entlassen. Zwei Monate nach seiner Entlassung wurde er bei Potsdam erneut festgenommen und in den Abschiebeknast Eisenhüttenstadt gebracht. Nach Aussagen des behandelnden Arztes in der Psychiatrie ist er keineswegs ein psychiatrischer Patient, sondern wurde in die geschlossene Psychiatrie eingewiesen, »um Fluchtversuche zu verhindern«. Die Abschiebehäftlinge in Eisenhüttenstadt haben kaum Kontakte zur Außenwelt; dem Brandenburgischen Flüchtlingsrat ist es verboten, den Knast zu besuchen.

Proteste gegen das Asylbewerberleistungsgesetz in Sachsen

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit protestierten Flüchtlinge in mehreren Heimen in Sachsen im Juni und Juli gegen die besonders restriktive Handhabung des §2 des Asylbewerberleistungsgesetzes durch die sächsische Regierung und die Landratsämter. Während Flüchtlinge in Sachsen-Anhalt beispielsweise – aufgrund des Ermessensspielraums, den das Asylbewerberleistungsgesetz den einzelnen Ländern und Ämtern lässt – von Beginn ihres Asylverfahrens alle Leistungen in Bargeld ausbezahlt bekommen, erhalten sie in Sachsen, auch wenn sie länger als drei Jahre im Asylverfahren sind, die ihnen zustehenden Leistungen nur in Form von Gutscheinen oder Lebensmittelpaketen. Was dann als Bargeld bleibt, sind 80,– D-Mark Taschengeld im Monat für Erwachsene und 40,– D-Mark für Kinder und Jugendliche. Es kam zum Boykott der Essensversorgung nicht nur in Leipziger Heimen, sondern auch u.a. im Landkreis Delitzsch, in Markleeberg, Taucha, Bahren, Dahlen und Doberschütz. In Taucha beispielsweise befanden sich zehn Flüchtlinge tagelang im Hungerstreik, auch in Leipzig-Grünau beteiligten sich 150 Flüchtlinge an Hungerstreiks und blockierten Straßenkreuzungen. In Zettlitz zündeten Flüchtlinge aus Protest und Verzweifelung ihr Heim an. Bei den Protesten ging es aber auch um die allgemein menschenwunwürdigen Bedingungen in den Heimen. Am 6. Juli protestierten dann ca. 500 bis 600 Flüchtlinge und UnterstützerInnen in Leipzig mit einer Demo für die Forderungen der Flüchtlinge.

Auch die Profiteure des Zwangssystems für Flüchtlinge sind wieder einmal an die Öffentlichkeit gebracht worden. Insbesondere die Thüringer Firma Meigo GmbH in Meilitz, die schon seit Jahren die Lebensmittelpakekete für Flüchtlingsunterkünfte in Thüringen und Sachsen liefert. Die Firma ist sowohl für die Zusammenstellung der Waren in den Läden in den Flüchtlingsunterkünften als auch für den Verkauf der Lebensmittelpakete zuständig: Unausgewogene Ernährung, Waren weit



über das Verfallsdatum, überteuerte Preise etc. sind nur einige der Praktiken, mit denen Meigo seine Gewinnspanne auf Kosten der Flüchtlinge erhöht. Deshalb rufen FlüchtlingsunterstützerInnen auch zu einem Boykott aller Meigo-Produkte auf. Bisher scheint die Firma davon allerdings genauso wenig beeindruckt wie von einem Anschlag, den die Revolutionären Zellen vor einigen Jahren auf Firmenwagen verübten.

Trotz aller Unterstützung für die Flüchtlinge und ihre Forderungen durch antirassistische Gruppen, Kirchengemeinden, die PDS und einzelne sympathisierende Zeitungsberichte: Das sächsische Innenministerium, allen voran CDU-Hardliner Klaus Hardrath, haben sich bei den zentralen Forderungen der Flüchtlinge keinen Zentimeter bewegt. Nach wie vor erhalten selbst Flüchtlinge, die seit drei Jahren in Sachsen leben, kein Bargeld, obwohl das Asylbewerberleistungsgesetz dies ausdrücklich zuläßt. Erst einmal ist der öffentliche Protest der Flüchtlinge in Sachsen abgeebbt. Sie haben aber angekündigt, durch Veranstaltungen und Aktionen weiter Druck zu machen.

Arbeitsverbot aufheben!

Seit 1997 gab es ein generelles Arbeitsverbot für Flüchtlinge im Asylverfahren. Die offizielle Begründung dafür, wen wundert es, war immer der Verweis auf die Arbeitslosenzahlen. Nach jahrelangen Protesten von Flüchtlingen, Initiativen und – in letzter Zeit – auch von interessierten Wirtschaftskreisen (z.B. aus der Landwirtschaft) hat die rot-grüne Bundesregierung Mitte September eine »Reform« dieser Regelung beschlossen. Und wie immer, wenn Rot-Grün rassistische Gesetze aus der CDU/CSU-Ära reformiert, bleibt der Kern gewahrt und wird nur mit etwas Kosmetik abgemildert. Ab jetzt »dürfen« Flüchtlinge nach einem Jahr Aufenthalt in Deutschland arbeiten. Allerdings nur, wenn das Arbeitsamt vorher geprüft hat, ob es nicht deutsche BewerberInnen für die Stelle gibt – und die sind dann eben vorzuziehen. Dass diese Praxis sich nicht von der rassistischen NPD-Parole »Arbeitsplätze zuerst für Deutsche« unterscheidet, ist wohl kaum zufällig. Schließlich schaut ja gerade Rot-Grün dem Wahlvolk aufs Maul. Schätzungen zufolge könnten nach der neuen Regelung rund 100.000 Flüchtlinge eine Arbeitserlaubnis erhalten – vorausgesetzt, sie finden eine Arbeitsstelle. Und das wird für die Mehrzahl angesichts der rassistischen Praktiken in den Arbeitsämtern wohl weiterhin ein unerreichbarer Traum bleiben. Wie wichtig den meisten Flüchtlingen die Möglichkeit zur Lohnarbeit ist, wird deutlich, wenn man sich die Forderungskataloge der Proteste anschaut. Die meisten Flüchtlinge sagen, dass das erzwungene Nichtstun und die soziale Isolation für sie am unerträglichsten ist. ■

Rechtsfreie Räume für MigrantInnen?

Herr W. aus Polen arbeitete einen Monat für eine Dachdecker-Firma. Es ist ein Stundenlohn von 12,– Mark vereinbart. Für 161 Stunden hat er einen Abschlag von 500,– Mark erhalten, was umgerechnet 3,10 Mark die Stunde ausmacht. Als er wegen angeblich schlechter Arbeiten keinen weiteren Lohn bekommt, wendet er sich an die Beratungsstelle ZAPO in Berlin, worauf diese beim Arbeitgeber interveniert. Der Mitarbeiterin von ZAPO wurde von der Sekretärin mitgeteilt, dass niemand in der Firma Herr W. kennt und dass er sich wohl die Adresse der Firma aus dem Handelsregister herausgesucht hätte, um die Firma zu betrügen.

Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Hauptsächlich in den Branchen Landwirtschaft, Bau, Reinigungsgewerbe sowie private Haushalte sind ArbeitnehmerInnen ohne erforderliche Arbeitspapiere eingesetzt. Es bestehen mündliche Arbeitsverträge zwischen 5 – 18 D-Mark, der Lohn wird vorwiegend wöchentlich ausbezahlt. Doch häufig nutzen die ArbeitgeberInnen die Schutzlosigkeit der ArbeitnehmerInnen aus. Es gibt typische Strategien von Arbeitgebern:

Es werden nur Abschläge bezahlt und auf nächste Woche vertröstet ArbeitgeberInnen geben vor, dass sie selbst kein Geld von ihren Auftraggebern bekommen hätten. In privaten Haushalten wird zusätzlich der persönliche Kontakt zwischen ArbeitgeberIn und Arbeitnehmerin ausgenutzt, um die Leute zu vertrösten.

Auf dem Bau gab es Fälle, in denen der Arbeitgeber kurz vor der Lohnauszahlung bei den Kontrollbehörden anonyme Hinweise auf illegal Beschäftigte gegeben hat, um den Lohn einzusparen.

Die meisten illegalisierten MigrantInnen sehen keine Möglichkeit, gegen den Arbeitgeber vorzugehen. Es ist nicht bekannt, dass die Arbeitsgerichte auch bei Arbeitsverhältnissen ohne Arbeitspapiere das faktische Arbeitsverhältnis anerkennen. Dabei ist der Gang vor das Arbeitsgericht – auch bei einem ungesicherten oder gar »illegalen« Aufenthaltsstatus – durchaus möglich. Die Betroffenen müssen meist noch nicht einmal selbst vor Gericht erscheinen, wenn einE RechtsanwältIn sie vertritt. Die Anwaltskosten werden bei geringem Einkommen über Prozeßkostenhilfe von der Justizkasse bezahlt.

Viele ArbeitnehmerInnen – gerade in privaten Haushalten – haben mehrere Jobs und sehen es quasi als Berufsrisiko, von einem Arbeitgeber betrogen zu werden. Die meisten aber haben aber keinen Zugang zu rechtlichen Informationen, hinzu kommen noch Sprachbarrieren. Manche versuchen, durch die Androhung körperlicher Gewalt oder durch eine Auftragsvergabe an mafiöse Strukturen an ihr Geld zu kommen. Es gibt aber auch MigrantInnen, die seit Jahren ohne Papiere in Deutschland ohne größere Probleme leben.

In der Öffentlichkeit werden »ausländische Schwarzarbeiter« für die Arbeitslosigkeit von deutschen Bauarbeitern, die Deregulierung von Tariflöhnen und den Verlust von Steuereinnahmen verantwortlich gemacht. Erwähnt wird nicht, dass deutsche Arbeitslose und Handwerker auch gerne nebenher »bar auf die Hand« etwas dazu verdienen. Thematisiert wird vor allem nicht, wer Aufträge an illegalisierte MigrantInnen vergibt. Alle haben den Nutzen von billigen und flexibel einsetzbaren Arbeitskräften. Sowohl der Einfamilienhausbesitzer, aber auch der Präsident der Handwerkskammer, der bulgarische Arbeiter illegal auf seiner Baustelle beschäftigt hat, bis hin zum Bund. Der Bund selbst kann rechtlich nicht verantwortlich gemacht werden, da dieser den Auftrag an einen privaten Generalunternehmer vergibt, der Aufträge an Firmen gibt, die wiederum Subunternehmer einstellen. Der Subunternehmer mit dem günstigsten Kostenangebot wird genommen, auch wenn klar sein muß, dass damit kein Tariflohn bezahlt werden kann. Während in anderen Branchen Produktionszweige ins Ausland verlegt werden, um billiger zu produzieren, ist dies im Bau nicht möglich. Da müssen die Arbeitskräfte aus Niedriglohnländern ins Land geholt werden. Doch nicht nur ausländische ArbeitnehmerInnen ohne Papiere sind bereit, unter miesen Bedingungen zu arbeiten. Die legal beschäftigten Wanderarbeiter – ob aus Osteuropa oder EU-Ländern – haben kaum andere Arbeitsbedingungen. Selbst für inländische Bauarbeiter wird oft kein Tariflohn mehr gezahlt. Durch den Druck der hohen Arbeitslosigkeit – unabhängig von Herkunftsland und Aufenthaltsstatus – wächst die Bereitschaft, ungünstige Arbeitsverhältnisse anzunehmen.

Bei nicht-deutschen Beschäftigten ist die Bereitschaft der Arbeitgeber, sie zu betrügen, noch höher. Aus rassistischen Vorurteilen werden sie nicht ernst genommen und als ungebildet eingeschätzt. Es wird angenommen,



dass sie nicht in der Lage sind, sich zu wehren.

Um die Arbeitssituation von Illegalisierten zu verbessern, gibt es mehrere Möglichkeiten. Eine Abschaffung des Ausländergesetzes und des Arbeitsgenehmigungsrechts ist bei der derzeitigen politischen Lage vollends unrealistisch. Darum muß die Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit von ArbeitnehmerInnen (z.B. durch Beratungsstellen) gestärkt werden, indem sie über ihre Rechte informiert werden und die Klagemöglichkeit in Anspruch nehmen. Damit spüren ArbeitgeberInnen, dass die Betroffenen sich zur Wehr setzen und die Ausbeutung zu einem gerichtlichen Verfahren und der Nachzahlung von Lohnen führen kann. Zusätzlich muß auf eine Feststellung des Aufenthaltsstatus bei arbeitsrechtlichen Verletzungen verzichtet werden, um das Risiko einer Abschiebung der klagenden ArbeitnehmerInnen zu verhindern.

Frauen: Doppelt schutz- und rechtlos

Besonders schwierig und prekär sind die Lebens- und Arbeitssituationen von Frauen. ZAPO arbeitet speziell mit Wanderarbeiterinnen aus Mittel- und Osteuropa und hat deren Lebensbedingungen wie folgt dokumentiert:

Der osteuropäische Arbeitsmarkt bietet nur einer kleinen Minderheit junger und hochqualifizierter Frauen lukrative Einkommen und Zukunftschancen. Die große Mehrheit der osteuropäischen Frauen bewertet ihre Arbeits- und Berufschancen als perspektivlos und finanziell nicht ausreichend bezahlt, um ihren Lebensstandard zu halten oder zu verbessern. Gleichzeitig besteht im Kontext von Globalisierung und Deregulierung in Deutschland eine große Nachfrage nach preisgünstiger weiblicher Arbeitskraft für spezifische Arbeitsbereiche. Die Arbeitsmigration Ost-West ist sowohl im formellen wie informellen Arbeitsmarkt geschlechtsspezifisch geprägt. Männer sind fast ausschließlich im Baugewerbe, bei Reparaturkolonnen und speziellen Arbeiten in der Landwirtschaft beschäftigt. Frauen übernehmen Putzarbeiten in Haushalten, pflegen und betreuen alte Menschen und Kinder arbeiten in der Prostitution, sind in der Gastronomie und Landwirtschaft tätig und arbeiten in der Reinigungsindustrie.

Der legale Zugang zum Arbeitsmarkt ist Frauen aus Osteuropa jedoch fast völlig verwehrt. Legale Möglichkeiten sind weitgehend auf eine kurzfristige Beschäftigung als Saisonarbeiterin (Gastronomie, Landwirtschaft, Schaustellergewerbe) oder als AuPair beschränkt. In den letzten Jahren ist der Bedarf nach häuslichen, pflegerischen und betreuenden Dienstleistungen in unserer Gesellschaft gestiegen. Wegen dem niedrigen Status dieser Arbeit, der schlechten Bezahlung und den mangelnden Aufstiegsmöglichkeiten, ist es aber immer schwieriger geworden, Arbeitskräfte zu finden, die diese Rolle übernehmen.

Ein weiterer Aspekt für den hohen Bedarf an weiblicher Arbeitskraft gerade im häuslichen Dienstleistungsbereich ist die steigende Berufstätigkeit der Frauen im Westen. Die Tatsache, dass sich an der geschlechtsspezifischen Aufteilung der Reproduktionsarbeit wenig verändert hat, kompensieren viele berufstätige Frauen damit, dass sie zur Entlastung eine Haushaltshilfe anstellen.

Auch im Bereich der Prostitution läßt sich ein steigender Bedarf verzeichnen. Verantwortlich dafür ist die immer noch im Aufbau befindliche Sexindustrie in den neuen Bundesländern.

Ein weiteres Tätigkeitsfeld, in dem neben lateinamerikanischen auch Frauen aus Mittel- und Osteuropa arbeiten, ist die Reinigungsindustrie.

Dem generellen Trend der sogenannten »lean production« zufolge werden immer mehr Arbeitsbereiche aus einem Unternehmen ausgelagert. So hält die Tendenz der Auslagerung des gesamten Reinigungsbereichs bei Supermarktketten, Hotels, Krankenhäuser und Behörden in Berlin weiterhin an. Die Putzarbeiten werden als Auftrag mit dem Ziel der Kostenreduzierung an einen Subunternehmer weitergegeben, dieser gibt den Auftrag an ein Sub-Subunternehmen weiter etc. Tarifliche Mindeststandards werden in keiner Weise mehr eingehalten.

Kennzeichnend für all diese Tätigkeiten ist, dass es sich um prekäre und ungeschützte Arbeitsverhältnisse handelt. Viel zu selten wird die Frage nach den NutznießerInnen dieser Arbeitsverhältnisse gestellt. Es sind Unternehmen wie auch KonsumentInnen und Privatpersonen, die vom informellen Arbeitsmarkt profitieren. Für die Frauen in diesen ungeschützten Arbeitsverhältnissen ist jedoch das Risiko besonders hoch, in Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse zu geraten. ■

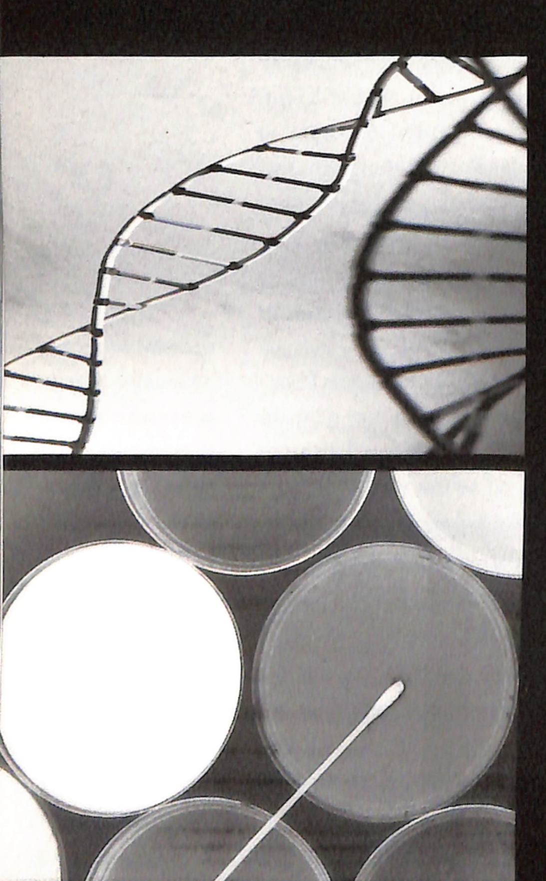
Der Artikel wurden dem AIB von ZAPO, der Zentralen integrierten Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa beim Polnischen Sozialrat e.V. in Berlin zur Verfügung gestellt.

▶ Polnischer Sozialrat e.V.
Projekt ZAPO
Oranienstraße 34
10999 Berlin
Tel. 030.6150909
Fax 030.61402410
e-mail: zapo@ipn.de

DNA-Analysen und Gendateien

Genetischer Fingerabdruck

Vor allem durch Berichte über »Massenscreenings« im Raum Cloppenburg im Jahr 1998 hat das Thema DNA-Analyse eine breite Öffentlichkeit erreicht. Nach zwei »Sexualmorden« hatten Polizei und Staatsanwaltschaft rund 18.000 Männer aus der Region dazu aufgerufen, sich »freiwillig« einer DNA-Analyse zu unterziehen. Von »Freiwilligkeit« konnte aber aus zwei Gründen keine Rede sein. Zum einen wurde geschickt ein sozialer Druck erzeugt. Wer nicht mitzog, machte sich verdächtig, ein Kindermörder zu sein. Zum anderen streute die Polizei die Aussage, sie werde gezielt bei Personen nachhaken, die sich der Speichelentnahme verweigern. Die massenweise Aufforderung zur DNA-Analyse ist deshalb nichts anderes als eine geschickte Umgehung der Unschuldsvermutung.



| Um die komplizierten gesetzlichen Regelungen verstehen zu können, ist es wichtig, zwischen der Entnahme von z.B. Speichel, der eigentlichen DNA-Analyse innerhalb eines aktuellen Strafverfahrens oder zu erkennungsdienstlichen, also präventiven Zwecken und der zentralen Speicherung der Analyseergebnisse unterscheiden.

Zur Entnahme von Blut oder Speichel ist eigentlich eine richterliche Anordnung nötig. In der Praxis reicht, wenn in den Augen der Sicherheitsbehörden Eile geboten ist, als »Anordnung« schon das bloße Mitnehmen zur Polizeiwache. Die Entnahme darf auch mit Zwang – z.B. durch gewaltsames Öffnen des Mundes – vorgenommen werden.

Die DNA-Analyse muß hingegen schriftlich von einem/einer RichterIn angeordnet werden. Das kann dadurch umgangen werden, indem zur »freiwilligen« Entnahme aufgerufen und ein schriftliches Einverständnis zur DNA-Analyse unterschrieben wird. Deshalb gilt auch hier: Bei Polizei und Staatsanwaltschaft generell nichts unterschreiben und nicht von Suggestivfragen überrumpeln lassen!

Durch die DNA-Analyse kann »nur« nachgewiesen werden, dass sich eine Person am »Tatort« aufgehalten hat, und nicht unbedingt, wann das war und erst recht nicht, was er/sie dort gemacht hat. Eine Verurteilung kann sich deshalb in der Regel nicht allein auf eine DNA-Analyse stützen. Letztlich ist es aber dem Gericht überlassen, wie stark das Analyseergebnis im Verfahren gewichtet wird.

Das entnommene Material (z.B. Speichel) muß erst vernichtet werden, wenn es für das Verfahren nicht



mehr benötigt wird. Wann das ist, bestimmen Polizei und Staatsanwaltschaft. Das Ergebnis der DNA-Analyse braucht hingegen nicht vernichtet werden. Das bedeutet: Der »genetische Fingerabdruck« wandert in die Akten und darf für andere Verfahren wieder verwendet werden.

Seit September 1998 können (Speichel-) Entnahme und DNA-Analyse auch zu erkennungsdienstlichen, also präventiven, Zwecken vorgenommen werden. Der so gewonnene »genetische Fingerabdruck« kann in einer zentralen Datei beim BKA für zukünftige Ermittlungsverfahren gespeichert werden. Die präventive DNA-Analyse darf allerdings nur bei einer Straftat von »erheblicher Bedeutung« vorgenommen werden. Dabei handelt es sich um einen dehnbaren Begriff, so dass einer massenweisen Speicherung Tür und Tor geöffnet sind. Im Gegensatz zur zentralen Speicherung bedarf die präventive DNA-Analyse einer richterlichen Anordnung, außer der/die Betroffene stimmt zu.

Die »Rechtsbehelfe« gegen die DNA-Analyse sind teilweise sehr kompliziert. Daher raten wir dringend davon ab, auf eigene Faust damit herumzujonglieren. Vielmehr sollten sich Betroffene an kompetente AnwältInnen wenden. Trotzdem stellen wir die wichtigsten »Rechtsbehelfe« kurz vor.

Gegen die richterliche Anordnung einer Entnahme (z.B. von Speichel oder Blut) steht als Rechtsbehelf gemäß P Paragraph 304 StPO die Beschwerde bei dem Gericht zu, dessen RichterIn die Anordnung getroffen hat.

Gegen die staatsanwaltliche oder polizeiliche Anordnung sowie die Art und Weise der Durchführung der Entnahme kann beim zuständigen Amtsgericht gemäß § 98 Abs.2 S.2 StPO ein Antrag auf richterliche Entscheidung gestellt werden, damit sie nicht später behaupten können, du hättest eingewilligt. Gegen die richterliche Anordnung einer DNA-Analyse kann gemäß § 304 StPO ebenfalls Beschwerde eingelegt werden.

Unabhängig davon kann die Rechtmäßigkeit der Entnahme sowie der DNA-Analyse auch während der Hauptverhandlung überprüft werden. Egal ob Spuckeentnahme, Hausdurchsuchung oder ED-Behandlung: gegen polizeiliche Repressionsmaßnahmen sollte immer »Widerspruch« eingelegt und das (wenn möglich) protokolliert werden.■

➔ Unterschreibe aber nichts!

Der Artikel wurde dem AIB vom AutorInnen-Kollektiv »Durch die Wüste« zur Verfügung gestellt

Weitere Informationen

»Durch die Wüste«
(überarbeitete Neuauflage)
erscheint Herbst 2000;
Buch | 250 Seiten | 12,– DM

➔ **Unrast Verlag**
Postfach 8020
48043 Münster

Zwischen Verharmlosung und Unterstützung

Am 9. Juni 2000 wurde der Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz Helmut Roewer vom Amt suspendiert. Grund dafür war nicht die von AntifaschistInnen aus Gewerkschaft, PDS, Grünen und Initiativen immer wieder geäußerte Kritik an der Diffamierung von Linken.

| Angesichts des Brandanschlages auf die Erfurter Synagoge in der Nacht zum 21. April und der Häufung von Nazi Aufmärschen war Roewer offenbar nicht mehr haltbar. Den Ausschlag gab der Skandal um die Beschäftigung des Neonazis Thomas Dienel als V-Mann. Wie Innenminister Köckert (CDU) am 8. Juni erklärte, bekam Dienel in der Zeit von 1996 bis 1997 insgesamt 25.000 DM als Honorar für Informationen die er dem VS bei rund 80 Kontakten lieferte. Dienel gibt an, mit dem Geld u.a. die Herstellung von rechtsextremer Propaganda finanziert zu haben. Weitere Gegenleistungen seien die Unterstützung bei laufenden Gerichtsverfahren und Informationen über Polizeieinsätze und Ermittlungsverfahren gewesen.



▲ Helmut Roewer wurde im Juni als Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz vom Dienst suspendiert.

Roewer kam vor sechs Jahren vom Bundesinnenministerium nach Thüringen. Er fiel vor allem durch Diskreditierungsbemühungen von antifaschistischen und antirassistischen Bündnissen sowie der qualitativen Verharmlosung der extremen Rechten auf. Seine Äußerungen wie die, der Nationalsozialismus habe gute und schlechte Seiten gehabt, dürften zu einem erheblichen Teil die Linie des Amtes geprägt haben.

Vorgänge um das Verbot der 1997 geplanten Demonstration gegen den rechten Konsens in Saalfeld machen verschiedene Arbeitsmethoden des Amts gegen Linke und antifaschistische Bündnisse deutlich. Mit gezielten denunziatorischen Informationen an Politiker, Medien und die Versammlungsbehörden gelang es die Demo und ihre OrganisatorInnen zu diskreditieren und für ein Verbot zu sorgen. Das breite Bündnis aus PDS, Grünen, Gewerkschaften und Autonomen war der Erfolg jahrelanger kontinuierlicher antifaschistischer Arbeit in Thüringen und zugleich in den Augen des VS die größte Gefahr. Das Bündnis, das sich weder durch ausgrenzende Angebote der SPD, noch durch Verbot und brutales Polizeiverhalten spalten ließ, stellte die von der CDU und großen Teilen der SPD betriebene Trennung in couragierte BürgerInnen einerseits und böse Autonome andererseits, die zum Kernbestandteil der Staatsschutzideologie von Links- und Rechtsextremismus gehört, massiv in Frage. Roewer, der in einem Fachreferat vor KollegInnen Faschisten und Antifaschisten als siamesische Zwillinge bezeichnete, musste auch nach Saalfeld alles daran setzen, diese öffentliche Infragestellung aus der Welt zu schaffen.

Zu den ausgewählten Beobachtungsobjekten des Thüringer VS zählen diejenigen innerhalb der Linken, die für eine Zusammenarbeit verschiedener Strömungen stehen. Die Junge Gemeinde (JG) in Jena, die sich konsequent gegen Neofaschismus positioniert und wiederholt von Neo-Nazis angegriffen wurde, ist aktuelles Beispiel für die denunziatorische Arbeit des VS. Vor einem Straßentheaterstück, das die Gefährlichkeit von Neo-Nazis eindrücklich darstellt, hatte der Verfassungsschutz bereits 1998 den DGB Kreis Ostthüringen gewarnt und diesem vergeblich von einer Zusammenarbeit mit der JG abgeraten. Am 30. Mai diesen Jahres stellten Roewer und Köckert in Jena einen Film über Extremismus in Thüringen vor, in dem als Beispiel für Rechtsextremismus die NPD, für Linksextremismus die Junge Gemeinde Jena genannt wird. Zwei Tage nach der Vorabveröffentlichung des Films wurden die JG am Himmelfahrtstag von ca. zehn rechten Jugendlichen überfallen und dem Jugendpfarrer bei gezielten Schlägen und Tritten gegen den Kopf eine Gehirnerschütterung zugefügt.

Die Konstruktion »des Linksextremisten« ist in Thüringen einerseits je nach politischem Gusto beliebig einsetzbar, wie auch andererseits notwendig zur Konstruktion der Demokraten. So wurden die TeilnehmerInnen einer Blockade gegen eine NPD-Demo am 27.2. in Erfurt von CDU-Vertretern als »linksextreme Störer« bezeichnet, von denen die eigentliche Gefahr des Tages ausging. Zwei Monate später kürten die selben CDUler exakt den selben Personenkreis als VeranstalterInnen einer Mahnwache an der Synagoge zu »couragierten, demokratischen BürgerInnen«. Zu diesem Weltbild gehört es immer noch, »Linksextremismus« im Vergleich zur extremen Rechten als qualitativ gefährlicher einzuschätzen. Bei 1118 Straftaten mit »rechtsextremistischem Hintergrund« beschäftigt das Amt 14 SachbearbeiterInnen, anlässlich von 52 Straftaten mit »linksextremistischem Hintergrund« beobachten hier 9 SachbearbeiterInnen.

Angesichts des kleinen Schritts, den die NS-Szene in Thüringen nur noch vor sich hat, um zur Bewegung zu werden, und der Unfähigkeit der Kalten Krieger, dieses Problem zu realisieren droht der Anti-Antifaschismus auf den Straßen und in den Amtsstuben zu einer lebensbedrohlichen Gefährdung für VertreterInnen eines an Zivilcourage und Demokratisierung orientierten Gesellschaftsentwurfs zu werden.

▶ LeserInnenbrief zu antifaschistischen Perspektiven

Schwerpunkt Ausgabe 50

Liebe GenossInnen,

ich finde die Diskussion über »Zustand und Perspektiven antifaschistischer Arbeit«, die Ihr mit der Nr. 50 des AIB anstoßen wollt, notwendig und dringend. Eure Position, ist mir allerdings nicht klar geworden. [...]

[Ihr argumentiert,] die »Einbindung antifaschistischer Strukturen in gesellschaftliche Bündnisse« sei »eine wichtige Vorraussetzung für den Erfolg« (S.12) antifaschistischer Konzepte, und: Antifaschismus sei defensiv (»Abwehrkampf«, S.4), er könne nicht die Grundlage für einen revolutionären Kampf sein, der momentan in Deutschland sowieso keine Perspektive habe. Eine schlüssige Begründung dafür fehlt.

M.E. liegt hier ein Zirkelschluss vor: Da der Kampf [...] für eine grundlegend andere Gesellschaft auf absehbare Zeit keine Aussicht auf Erfolg hat, werden »gesellschaftliche Bündnisse« als Allheilmittel beschworen, und da mögliche Bündnispartner nicht verschreckt werden sollen, wird jeder revolutionären Perspektive von vornherein eine Absage erteilt.

Eine faschistische Entwicklung kann an einen breiten Konsens von Konkurrenz- und Leistungsideologien, Rassismus und Sexismus anknüpfen (vgl. S. 5f.). Das heißt, dass es in der bürgerlichen Gesellschaft immer ein faschistisches Potenzial gibt [...]. Konsequenter Antifaschismus muss daher revolutionär sein. Ein [nichtrevolutionärer] Antifaschismus [...], wird nicht nur Schwierigkeiten damit haben, »Ideale einer humanistischen und solidarischen Gesellschaft ... zu verteidigen« (S. 12), [...] er wird auch kaum in der Lage sein, gegen Entwicklungen, die formaldemokratisch legitimiert sind (bsp. Asylrechtsänderung 1993) praktischen Widerstand zu leisten, da spätestens hier die »gesellschaftlichen Bündnisse« doch sehr an Breite verlieren werden. [...]

Es ist in meinen Augen nicht angebracht, in der Diskussion um verschiedene antifaschistische Konzepte mit dem Begriff »Legitimation« (S.12) zu argumentieren. (Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich teile eure Kritik, dass die Parole »Antifa heißt Angriff«, zum Konzept erhoben, aus der Militanz einen Fetisch macht und damit die Niederlage organisiert. Wenn aber auf den »antifaschistischen Selbstschutz« als Alternative verwiesen wird, müßte ehrlicherweise auch über Kaindl und das, was danach kam, geredet werden.)

Antifaschistische Bündnisse sind immer sowohl ein Mittel, um konkrete Ziele durchzusetzen, als auch ein Ort, an dem eine politische Auseinandersetzung stattfinden muss. Das kann nur funktionieren, wenn sich alle Beteiligten gleichberechtigt einbringen können und offen mit den Unterschieden umgehen. [...]

Wenn der Antifaschismus der BündnispartnerInnen aus dem bürgerlichen Lager ernst gemeint [...] ist, wird, sofern die Unterschiede gegenseitig respektiert werden, an konkreten Punkten immer eine Zusammenarbeit möglich sein. [...] Wenn allerdings ihre Vorbehalte gegen revolutionäre AntifaschistInnen größer sind als die Bereitschaft, gemeinsam einen antifaschistischen Kampf zu führen, kann davon ausgegangen werden, dass diese BündnispartnerInnen langfristig für den »Antitotalitarismus« und dessen politische Folgen anfällig werden. Es macht [...] keinen Sinn, mit Zugeständnissen, die an die Substanz gehen, den kleinsten gemeinsamen Nenner zu suchen.

Bündnisse sind im antifaschistischen Kampf dort wichtig, wo sie [...] greifbare Erfolge erzielen können [...]. Es darf meines Erachtens aber nicht übersehen werden, dass sie gegen die Entwicklung eines rassistischen Mainstream, [...] wenig ausrichten können.

Auch »Anti-Antifa«-Terror wird allein mit ihnen nicht adäquat zu begegnen sein.

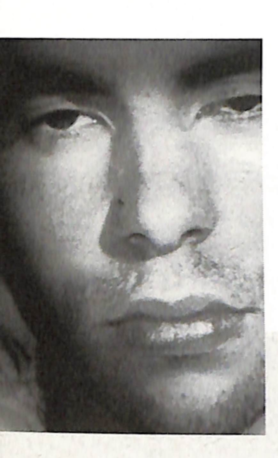
Antifaschistische (und revolutionäre) Grüße,
Michael

| Anm. der Redaktion

Wir freuen uns, dass das Diskussionsangebot der Nr. 50 von einigen LeserInnen aufgenommen wurde.

Angesichts des knappen Raums konnten wir nur einen der Leserbriefe abdrucken (und den leider nur drastisch gekürzt), werden dies in der folgenden Nummern aber fortsetzen. Bei Interesse schicken wir Euch die Leserbriefe auch in voller Länge zu. Außerdem findet Ihr in der »Interim« Nr. 509 zwei Texte zum Thema.

David Copeland, the Mr. Evil



▲ David Copeland; britischer Nazi. Im April 99 ermordete er drei Menschen und verletzte über hundert Personen indem er drei Bombenattentate verübte.

London im April 1999: Drei Bombenanschläge innerhalb von zwei Wochen forderten drei Tote und über hundert Verletzte. Die Opfer waren vor allem ImmigrantInnen und Besucher einer Bar für Schwule. Der Täter, der Nazi David Copeland, wurde im Juni 2000 wegen dreifachen Mordes zu dreimal lebenslänglich verurteilt.

Die erste Bombe explodierte am Nachmittag des 17. April auf einem Straßen-Markt in Brixton, einem vor allem von karibischen ImmigrantInnen und ihren Nachkommen bewohnten Stadtviertel in Süd-London. Nägel und Glassplitter verletzten 39 Menschen. Der zweite Anschlag kam genau eine Woche später, diesmal in der Ost-Londoner Brick Lane, einem Viertel von EinwanderInnen aus Bangladesh. Wieder gab es zahlreiche Verletzte. Die dritte Bombe war die schlimmste. Durch sie wurden am 30. April in einer Schwulen-Bar im Viertel Soho drei Menschen getötet und 73 verletzt. Wenige Stunden später wurde der Täter festgenommen.

Schon nach der zweiten Bombe wurde offensichtlich, dass der Hintergrund der Anschläge nicht ziellose Gewalt, sondern gezielter faschistischer Terror war. Die Polizei veröffentlichte Video-Bilder, die kurz vor dem Anschlag in Brixton aufgenommen worden waren. Ein Arbeitskollege des Attentäters erkannte Copeland und informierte die Polizei. Kurz vorher war es der britischen Antifa-Magazin »Searchlight« gelungen, Copeland zu identifizieren. Der Tipp ging allerdings im Kompetenzgerangel der verschiedenen Ermittlungsdienste unter.

Der »Einzeltäter«

Für die Polizei stand bald fest: Copeland war ein »Einzeltäter«. Tatsächlich handelte der damals 22-jährige auf eigene Faust, ohne direkten Auftrag oder Absprache mit einer faschistischen Organisation. Dennoch geschahen die Taten nicht im luftleeren Raum. Mindestens zwei Jahre lang war Copeland Mitglied in verschiedenen Nazi-Gruppen. Und er besorgte sich die Anleitungen und ideologische Rechtfertigung für seine Mordtaten von US-amerikanischen Faschisten – aus dem Internet. Damit ist nicht nur die Theorie, sondern auch die Praxis des »führerlosen Widerstands« (leaderless resistance) nach Großbritannien gelangt.

Im Gerichtsprozess gegen Copeland spielte die Frage seiner Zurechnungsfähigkeit eine zentrale Rolle. Psychiatrische Gutachten bescheinigten ihm schwere Persönlichkeitsstörungen und sexuelle Minderwertigkeits-Gefühle. Dennoch bleibt die Frage: Auch andere Menschen haben psychische und sexuelle Probleme – warum legen sie keine Bomben? Warum leben sie ihre Gewaltphantasien gegen Minderheiten nicht aus? Bei Copeland kam zu den Psycho-Komplexen ein mörderisches Element hinzu: die Nazi-Ideologie.

Zwei Jahre vor den Bombenanschlägen war Copeland nach London gezogen. Dort nahm er Kontakt mit der (legalen) British National Party auf und war sechs Monate lang aktives Mitglied. Bald war ihm aber das Flugblatt-Verteilen zu lahm, und er trat wieder aus der BNP aus. Über das Internet besorgte er sich nazistisches Material aus den USA – unter anderem ein »Terrorists' Handbook«. Mit dieser Anleitung versuchte er bereits 1998 eine Bombe zu bauen, die allerdings nicht funktionierte. Außerdem lernte er online die so genannte »Christian Identity« kennen, eine antisemitische Religion, die zu einem wichtigen ideologischen Bindeglied zwischen verschiedenen rechtsradikalen Strömungen in den USA geworden ist. Auf diese Lehre, nach der Nicht-Weiße keine vollwertigen Menschen sind und JüdInnen von Satan abstammen, berief er sich auch noch 1999 bei seinen polizeilichen Vernehmungen.

Seinen nächsten Kontakt bekam Copeland aber auf ganz altmodische Weise: In London entdeckte er einen Aufkleber des National Socialist Movement, eine Abspaltung der Terror-Organisation Combat 18[1] und die einzige offen-nationalsozialistische Organisa-

tion in Großbritannien – ihr Anführer ist Steve Sargent). Dort brachte er es schnell zu einem regionalen Funktionär. Allerdings fand er auch dort keine direkten Mittäter für seine Attentatspläne und schritt schließlich allein zur Tat.

»Krieg der Rassen«

Schwer beeindruckt war Copeland von dem Nazi-Roman »The Turner Diaries«. Geschrieben von William Pierce von der US-amerikanischen National Alliance (unter dem Pseudonym Andrew Macdonald) schildert dieses fiktive »Tagebuch«, wie kleine faschistische Zellen durch terroristische Anschläge einen »Rassenkrieg« entfachen – Atombomben inklusive. Und so sah Copeland auch seine eigenen Taten: nicht als blinde Aggression, sondern als gezielte Provokationen. »Ich wollte der Funke sein, der das Land in Brand setzen sollte. Mein Ziel war politisch. Ich wollte einen rassischen Krieg auslösen.«

Diese Vorstellung erinnert an ein Dokument, das unter dem Namen »White Wolves« seit Mitte der 90er Jahre unter britischen Nazis kursiert. Dort heißt es: »Unsere Haupt-Angriffsrichtung gilt den ImmigrantInnen-Communities, den schwarzen und asiatischen Ghettos. Wenn dies regelmäßig, effektiv und brutal geschieht, dann werden die Fremden mit Angriffen auf Weiße reagieren, und sie so zur Selbstverteidigung zwingen. Dies wird eine Gewaltspirale anstoßen und die Herrschenden zu einer Lösung der Rassenfrage zwingen. (...) Wir glauben nicht, dass wir alleine einen Rassenkrieg gewinnen können. Aber wir können ihn anfangen.« ■

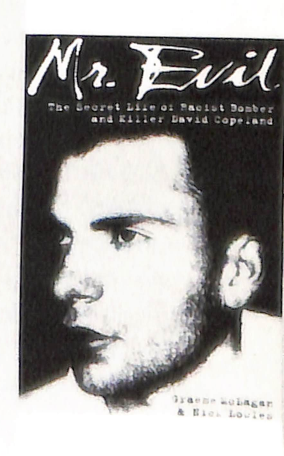
1| (siehe AIB Nr. 50)

Weitere Informationen in englischer Sprache

Searchlight
Schwerpunktheft über den »London Bomber«
06-2000 | Magazin | 2,50 £

»Mr. Evil – The Secret Life of Racist Pub Bomber David Copeland«,
2000 | Buch | 15,– £

→ **Searchlight**
37B New Cavendish Street, London, WC1M 8JR.



»Braunes Sommerloch«

Neue Qualität rechtsextremer Umtriebe in der Schweiz?

Während auch in der Schweiz das Thema Rechtsextremismus in diesem Sommer die Medienlandschaft prägt und sogar die Polizei Flugblätter gegen Rechts druckt, deuten ein bewaffneter Angriff auf ein alternatives Wohnprojekt in Bern und das vermehrte und regelmässige öffentliche Auftreten von Neonazis auf eine qualitative Veränderung der rechtsextremen Szene hin.

| Es war am 10. Juli gegen drei Uhr Früh, als mehrere Salven Sturmgewehrmunition das Eingangstor der Wohngemeinschaft »Solterpolter« in unmittelbarer Nähe des Parlamentsgebäudes in Bern durchschlugen. Die BewohnerInnen waren zum Teil eben erst heimgekehrt und hatten sich noch nicht zur Ruhe gelegt – zum Glück, wie sich später herausstellen sollte. Was war geschehen? Drei 19 – 22jährige Neonazis hatten ihre Dienstwaffe, die jeder Schweizer Wehrpflichtige zu Hause hat, durchgeladen – einer der Täter hatte als Mitglied eines Schützenvereins Zugang zu Munition – und daraufhin ein »geeignetes« Objekt ins Visier genommen. Im Dauerfeuer wurden die Magazine geleert. 90 Einschläge zählte die Polizei. Wie die BewohnerInnen der Wohngemeinschaft zu Protokoll gaben, haben die Nazis das Feuer unter dem Schlachtruf »Sieg Heil!« eröffnet. Der Anschlag markiert den Höhepunkt von Einschüchterungskampagnen, Provokationen und Pöbeleien von Neonazis gegen mutmassliche linke Jugendliche. Die »Solterpolter«-Attentäter gaben dann auch freimütig zu, die Tat aus Abneigung gegen Linke verübt zu haben.

Das Sommerlochthema war gefunden. Die Berichterstattung mit allen verfügbaren Interviewpartnern reichte gerade aus, bis das nächste Ereignis, das überregionale Aufmerksamkeit erlangte, ins Haus stand: 1.8. – Schweizer Nationalfeiertag. Auf der sogenannten Rütliwiese in der Zentralschweiz, wo sich vor etwas mehr als 700 Jahren drei Talschaften gegenseitigen Beistand geschworen haben sollen, hält Finanzminister Kaspar Villiger eine Festansprache. Wer den Weg auf sich nimmt, um am Nationalfeiertag an dem mythenverbrämten Ort die Rede eines Regierungsmitglieds anzuhören, darf sicherlich als empfänglich für patriotische Regungen bezeichnet werden. Schon seit Jahren tauchen auch die selbst ernannten Radikalsten aller Patrioten auf dem »Rütli« auf. Nun waren es aber über 100 Neonazis, die die Rede des Ministers störten. Erstaunlicherweise war der Aufschrei in den Medien nach dem Propagandaauftritt der Naziskins am Nationalfeiertag um einiges grösser als nach den nur zufällig nicht tödlichen Schüssen in Bern. Das Boulevardblatt »Blick« füllte seine Frontseite drei Tage in Folge mit dem Nazi-Auftritt und seinen Folgen. Einzige spannende Enthüllung dabei: An vorderster Front dabei und in den Medien prominent abgelichtet: Pascal Lobsiger. Der 25jährige Nazi-Skinhead war unter anderem der Drahtzieher des Überfalls auf das »Festival für Völkerfreundschaft« im November 1995 in Hochdorf. Für diese Gewalttat kassierte Lobsiger eine Gefängnisstrafe von einem Jahr. Aus der Haft entlassen soll der ehemalige Chef der Hammerskin Aufbau Organisation inzwischen bei der »Nationalen Hammerskin Organisation« beteiligt sein. Ein entsprechendes Emblem – eine schwarze Fahne mit den gekreuzten Hämmern – war auch bei der Nationalfeier zugegen. ■

▶ Bereits Mitte Mai wurde in einem Berner Vorort bei Mitgliedern der »Nationalen Offensive« – einem lokalen Hammerskin-Ableger – ein umfangreiches Waffenlager sicher gestellt. Die Bundespolizei beschlagnahmte dabei 23 zusammengebastelte Sprengsätze. Einige der Splitterbomben haben die Neonazis zu Testzwecken in einer Kiesgrube nahe Bern gezündet. Wegen der Splitterwirkung werden sie von Fachleuten als sehr gefährlich eingestuft. Ausserdem wurden bei der Polizeiaktion verschiedene Schuss- und Stichwaffen gefunden. Die beiden Besitzer der Waffen sind geständig und kamen für zwei Tage in Untersuchungshaft. Einer der beiden wird zudem verdächtigt, mit einer Schrotflinte auf eine alternative Wohngemeinschaft geschossen zu haben (siehe Artikel nebenan). Die Nationale Offensive (NO) ist nicht unbekannt: Der mutmaßliche Haupttäter dieser Sturmgewehrattacke, Simon Vogt, bewegt sich in ihrem Umfeld. Als Drahtzieher der NO gilt der 21jährige Fleischer Adrian Segessemann. Er wohnt in Moosseedorf nördlich von Bern. Segessemann gehörte zu den rund einhundert Neonazis, die am 1. August, während der offiziellen Bundesfeier den Schweizer Finanzminister niederschrieen. Vor fünf Jahren war er an einem bewaffneten Überfall auf das antifaschistische Festival für Völkerfreundschaft beteiligt. Im Zusammenhang mit den aktuellen Waffenfunden taucht der Name Segessemann offenbar nicht in den Untersuchungesakten auf. Dennoch dürfte die NO zur Zeit als die aktivste Neonazi-Truppe in der Schweiz gelten.



▲ | Pascal Lobsiger – Schweizer »Hammerskin«.

Ein Artikel der Antifa Bern

Rechte Offensive in Polen

»Rechte an der Macht« – heißt es in der neuen Ausgabe der Zeitschrift »Nigdy Wiecej« (»Niemals Wieder«). Das seit 1994 vierteljährlich erscheinende Blatt ist die größte polnische Antifa-Zeitung. Sie ist in Zeitschriftenläden in ganz Polen zu erwerben und liefert auf einem hohen Niveau Informationen über rechtsextreme Tendenzen in der Gesellschaft. Damit bricht sie ein Tabu in einem Land, in dem es offiziell heißt: »Weil wir unter Hitler gelitten haben, kann es hier auch keine Faschisten geben.«



▲ Antisemitische Parolen im jüdischen Viertel von Krakau.

»Niegdy Wiecej« berichtet über eine zunehmende Anzahl von Personen aus dem rechtsradikalen Spektrum, die nach dem Wahlsieg der konservativen Koalition von Akcja Wyborcza Solidarnosc (AWS – Wahlaktion Solidarität) bedeutende Ämter in Staat und Verwaltung übernehmen. Ein Beispiel dafür ist der Leiter des Kollegiums für Politische Beratung im polnischen Ministerium für Bildung Krzysztof Kawecki. Er ist Herausgeber der antisemitischen Zeitschrift »Prawica Narodowa« (Nationale Rechte), sowie Gründer einer Partei gleichen Namens. In einer Erklärung vom Juni 1995 heißt es, »die im öffentlichen Leben agierenden Politiker« würden »vor der falschen, demokratischen Religion der ‚Menschenrechte' niederknieen«. Ziel ist der »Wiederaufbau der Nation Polens und die Mitgestaltung eines Neuen Heiligen Kaiserreichs Souveräner Nationalstaaten in Europa, um sich vor dem Eroberungszug fremder Zivilisationen zu schützen«. Aus dem Bildungsministerium flossen im Sommer 1998 ca. 12 Tausend Mark für das jährlich stattfindende »Treffen der Abergläubischen in Osiek«. Das Treffen wird von Wojciech Cejrowski veranstaltet, der in dem offiziellen Veranstaltungspapier gegen ein Ernstnehmen von »Waiss, Schmeiss und Zingweiss« aufrief, so seien die »wahren jüdischen Namen« von einigen Politikern. An dem mehrtägigen Volksfest für Antisemiten, Chauvinisten sowie Fremdenhasser nahm auch der Minister für EU-Integration Ryszard Czarnecki teil, der vor kurzem den italienischen Neofaschisten Gianfranco Fini (Alleanza Nazionale) zu einem Besuch nach Auschwitz eingeladen hatte.

Bei der Unterstützung, die Antisemiten derzeit von den öffentlichen Behörden bekommen, verwundert es nicht, dass der Minister für Familienwesen Kazimierz Kapera (AWS) anläßlich der Geburt des sechsmilliardensten Menschen in Indien meinte: »Wir müssen keine Angst davor haben, dass wir eines Tages die Menschen nicht ernähren können, sondern davor, dass wir von der gelben Rasse entvölkert werden und dass wir in Zukunft als Europäer und weiße Rasse nichts zu sagen haben«. Deshalb fordere er die Einberufung einer europaweiten Konferenz. Am nächsten Tag bestritt er, dass er ein Rassist sei. Seine Aussage wäre »von den Medien manipuliert« worden. Doch in Polen sind derzeit solche – immer wieder »manipulierten« – Bekenntnisse salonfähig geworden und fester Bestandteil des Alltags, was auch die Kommentare belegen. Der Vorsitzende der AWS-Koalition und Nummer eins der kommenden Präsidentschaftswahlen Marian Krzaklewski meinte dazu: »Kapera wollte doch den Polen nur mehr Mut geben, damit die Geburtenrate steigt«. Ein anderer Parteikollege – Andrzej Szkaradek bezog mit einem zynischen Lächeln in den acht Uhr Nachrichten Stellung: »Als Strafe kann man ihm doch ein gelbes Kind zum Großziehen geben.«

Gleichzeitig gibt es eine zunehmende Zahl an Übergriffen mit rechtem Hintergrund. Im November 1999 dokumentierte die Zeitung »Nigdy Wiecej« 19 Todesfälle, die unmittelbar auf Überfälle von Nazis zurückzuführen sind. Im März diesen Jahres wurde von 30 Fällen schwerer Diskriminierung und rassistischer Gewalt gegenüber in Polen lebenden Roma berichtet.

Auch aufgrund dieser Arbeit wird die Zeitung zum Ziel ständiger Attacken seitens der extremen Rechten und neuerdings auch höherrangiger Politiker. Mitglieder der Redaktion erhalten seit langem Morddrohungen und sind in Besitz von Adressenlisten von Antifaschisten, die sich innerhalb der rechten Szene im Umlauf befinden. ■



Kontakt

→ **»Nigdy Wiecej«**

PO Box 6
PL-03-700 Warschau 4
Polen
e-mail rafalpan@zigzag.pl

Des Teufels Leadsänger

In den USA wurde der Satanist Hendrick Möbus verhaftet

Beinahe zwei Jahre nach seiner Flucht wurde einer der Führenden der internationalen nationalsozialistischen Black Metal (kurz: NSBM) Musikszene in den USA verhaftet. US-Marshals faßten Hendrick Möbus (alias Jarl Flagg Nidhoegg), einen Neonazi und Mörder, nach dem in Deutschland gefahndet wurde, am 29. August, als dieser das Anwesen der National Alliance verlassen hatte.

| Möbus, der mit internationalem Haftbefehl gesucht wurde, konnte im Dezember '99 am internationalen Flughafen Seattle-Tacoma unter seinem richtigen Namen einreisen. Dann reiste er von Washington mit etlichen Zwischenaufenthalten zum Hauptquartier der »National Alliance«.

Möbus' Reise durchs Land wirft ein Licht auf den zunehmenden internationalen Charakter der NSBM-Szene, auf das Wachstum des Netzwerkes in den USA und die Einbrüche, die William Pierce und der »National Alliance« in die Szene gelungen sind.

Black Metal als White Noise

Möbus und William Pierce – Autor der berüchtigten Turner Diaries – brachte das gemeinsame Interesse für die White Power Musikindustrie zusammen. Jetzt, wo Pierce einen riesen Anteil des White Power Musikgeschäftes kontrolliert, konzentriert er sich auf Black Metal. Bislang fehlten im Katalog von »Resistance Records« Black Metal-Titel, und Möbus konnte Kontakte zur europäischen NSBM-Szene herstellen.

Pierce beschrieb seine Pläne für »Resistance Records« in Richtung der NSBM-Szene bereits letztes Jahr: »Das wiedererrichtete Unternehmen wird ein weit breiteres Spektrum an White Resistance Musik abdecken, einschließlich Genres wie Gothic und Black Metal«[1] Im Frühjahr 2000 erschien im »Resistance Magazine« ein Artikel mit dem Thema »Ist Black Metal ein White Noise?«. Zusätzlich zum Hype um die Szene hebt der Artikel die Rolle von Möbus hervor, der mit »Resistance«-Musik in Europa bekannt geworden sei.

Pierce nutzte die Zeit mit Möbus, um den Einstieg in die Black Metal Szene in den USA und Europa zu sichern und nicht zuletzt Absatzmärkte zu erschließen. Eine Folge dieser Paarung war die neue Rolle, die die »National Alliance« bei »Cymophane Records« spielt – ein zunächst skandinavisches Black Metal Label, das inzwischen durch seine Kontakte zu Pierce auch den US-amerikanischen Markt bedient und dort Zugang zu Mainstream-Verteilern hat.

White Order Of Thule – Weisser Thule-Orden

Bevor er zum Hauptquartier der »National Alliance« in West Virginia kam – wo er rund zwei Monate blieb – reiste Möbus hin und her zwischen Ohio (eine Hochburg der »National Alliance«) und Richmond, Virginia.

In Richmond ist das Hauptquartier des White Order of Thule – eine kleine, esoterische Neonazi-Gruppe. Sie beschreibt sich selbst als »Bruderschaft, ein loser Zusammenschluß arischer Geister, Herzen und Seelen, die nur der Philosophie, Brüderlichkeit, Spiritualität wegen zusammen sind, die in erster Linie für die Sache arbeiten wird«. Sie geben ein Magazin »Crossing the Abyss« (Die Hölle durchqueren) heraus.

Das Erziehungsprogramm der Gruppe umfaßt für seine wenigen Mitglieder alles von »praktischem Okkultismus« und »Jungscher Psychologie« bis zu »völkischer Hygiene«. Die Gruppe liest Werke wie Mein Kampf, The Decline of the West (Der Niedergang des Westens), Revolt Against the Modern World und Twilight of the Idols (Dämmerung/Zwielicht der Idole). Außerdem unterhält der »White Order of Thule« ein Netzwerk, das Möbus im gesamten Land unterstützte, angefangen bei Fenris Wolf.

Fenris Wolf

Viel Zeit seines ersten Teiles der Flucht verbrachte Möbus im östlichen Washington, wo er mit Nathan Pett (alias Nate Zorn) zusammenwohnte.

Pett gibt ein kopiertes Zine namens »Fenris Wolf« heraus, das sich als »Die Revolutionäre Stimme der Heidnischen Befreiungsliga« bezeichnet. Die Veröffentlichung ist ein Versuch, esoterische Nazi-Ideen mit der White Power




▲ Bilder von links

| Der wegen Mord verurteilte Neo-Nazi Hendrick Möbus.

| William Pierce, US-amerikanischer Nazi und einer der international führenden Produzenten von Nazi-Musik. Pierce ist Autor der extrem antisemitischen Hetzschrift »Turner Diaries« und hat beste Verbindungen zur deutschen NPD.

Szene zu verbinden. In den drei Jahren seiner Existenz ist Pett mit »Fenris Wolf« in den gesamten USA aufgetaucht, mit Veröffentlichungen in Louisiana, Missouri, und Washington.

Anfang 2000 trat Pett mit »Fenris Wolf« der »Heidnischen Front« bei – ein internationales Bündnis von Organisationen, Plattenlabels, Bands, Fanzines und Individuen, die sich der Förderung des NSBM-Untergrundes widmen. Bevor er geflohen ist, leitete Möbus die deutsche Sektion der »Heidnischen Front«. Diese sieht Black Metal als »den archetypischen Ausdruck von Seelen weißer Männer (sic)«. Zur Zeit hat die Front Mitgliedsorganisationen in den USA, Australien, Canada, Rumänien, Polen und Frankreich. »Fenris Wolf« ist zudem die nordwestliche Fraktion von »White Order of Thule«.

Amerikanische Behörden stellten den Aufenthalt von Möbus in Washington fest und erließen einen Haftbefehl am 7. Juli, nachdem sie im März von der deutschen Regierung um Hilfe ersucht worden waren. Da war Möbus immerhin schon ein Jahr abgetaucht.

Möbus der Absurde

Mit 16 gründete Hendrick Möbus mit zwei Klassenkameraden in Erfurt eine Death Metal Band namens »Absurd«. »Absurd« wurde aber weniger für ihre Musik als vielmehr für ihre Aktionen bekannt.

Am 29. April 1993 ermordete Möbus mit zwei Freunden Sandro Beyer, einen Mitschüler. 1994 erhielt Möbus eine Gefängnisstrafe von 8 Jahren. Während die Bandmitglieder in Haft waren, brachte ein Mitglied der polnischen NSBM-Band »Graveland« im Sommer 1995 ein Demotape von »Absurd« heraus namens »Thüringische Heiden Verrücktheit«. Diese machte die Gruppe in der NSBM-Szene berühmt. Seit dem Mord hat sich »Absurd« zu einem Eckpfeiler in der internationalen NSBM-Szene entwickelt.

Bei seiner Haftentlassung (auf Bewährung) im August 1998 verkündete Möbus, dass Beyers Ermordung kein Verbrechen war, weil dieser nicht in das »Bild« der deutschen Rasse passe – und in der Nazi-Zeit wäre er für die Ermordung eines »Volksschädlings« vermutlich nicht bestraft worden. Er geriet erneut in Konflikt mit dem deutschen Gesetz, als er im Oktober desselben Jahres wegen des Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole angeklagt wurde.

Als er in Kontakt mit der internationalen NSBM-Szene trat, leitete Möbus den deutschen Zweig der »Heidenfront«. Diese war von dem (wegen Mordes) inhaftierten norwegischen Neonazi und Blackmetal-Musiker Varg Vikerness gegründet worden und beschreibt sich selbst als eine »rassenbewußte Bewegung, die für die Sicherung der Existenz des arischen Volkes kämpft«. Sie hat inzwischen Abteilungen in sieben Ländern: Norwegen, Schweden, Finnland, Deutschland, Russland, den Niederlanden und den USA.

Darker than Black

Möbus gründete »Darker than Black Records« (D.T.B.), was sich sehr schnell zu einem der wichtigsten NSBM-Labels entwickelte. Nach seiner Haftentlassung freundete er sich mit sächsischen »Hammerskins« an, die es D.T.B. gestatteten, eine Abmachung mit Deutschlands »Hate Records« zu schließen, einem der größten Verteiler von White Power Musik in Europa. Die Verschmelzung von Black Metal und White Power wurde im Juli 1999 abgeschlossen, als »Hate Records« D.T.B. aufkaufte.

Zugleich wurde Möbus zu 8 Monaten Gefängnis wegen des Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole verurteilt. Möbus gab seine Trennung von D.T.B. öffentlich bekannt, kontrollierte das Label jedoch weiterhin aus dem Hintergrund.

Am 6. Oktober 1999 durchsuchten deutsche Behörden D.T.B., »No Colours Records«, und »Burznazg Productions«. In der Folge wurde Möbus zu weiteren 18 Monaten Gefängnis wegen Verbreitung von Nazipropaganda verurteilt. Er legte Berufung ein und floh in die USA.

Als das deutsche D.T.B. Hauptquartier geschlossen wurde, plante Möbus, seine Vorhaben in den USA fortzusetzen. Er handelte einen Verteilungsplan mit dem kleinen Black Metal Vertreiber »Bestial Offerings« in Midland, Texas aus, der zustimmte, D.T.B. Vinland zu werden, eine Versandniederlassung für D.T.B.-Produkte. Außerdem handelte er eine Absprache mit einem anderen texanischen Black Metal Label, »Ancestral Research Records«, aus. Im Zusammenhang mit seiner neugegründeten Verbindung zu »Resistance« scheinen sich diese Pläne allerdings zu verflüchtigen.

Zunächst jedoch wird Möbus – trotz seines Asylantrages in den USA – einige Zeit in Haft verbringen müssen – wegen Verstoßes gegen seine Bewährungsauflagen und der noch anhängigen Strafen. ■

Weitere Informationen über die Nazi Black-Metalszene; in englischer Sprache

Searchlight
06-1999| Magazin | 2,50 £

→ **Searchlight**
37B New Cavendish Street, London, WC1M 8JR.

Dieser Artikel wurde dem AIB vom US-amerikanischen Korrespondenten zur Verfügung gestellt.

1| National Alliance Bulletin, August 1999

! Antifa Demo in Delitzsch

Gegen den rechten Terror und seine Verharmlosung

Die sächsischen Behörden kapitulieren vor Neonazis in Delitzsch (bei Leipzig). Nachdem diese seit Monaten alle in der Stadt terrorisieren die nicht in ihr Weltbild passen, wurde eine antifaschistische Demonstration für den 3. September verboten. Begründung: Die DemoteilnehmerInnen könnten nicht gegen Über- und Angriffe seitens der Neonazis geschützt werden. Eine zeitgleich stattfindende Neonazi-Demo wurde ebenfalls verboten.

| Bereits im Frühjahr diesen Jahres demonstrierten AntifaschistInnen spontan unter dem Motto: »Naziterror stoppen – kein Nazizentrum in Delitzsch« in der sächsischen Kleinstadt. In den Monaten danach kam es in Delitzsch zu einer ganzen Reihe von Übergriffen von Neonazis. Höhepunkt war der gewaltsame Überfall von Neonazis, unter ihnen der Anführer der örtlichen Nazi-Szene Maik Scheffler, auf die elterliche Wohnung einer Antifaschistin. In der Nacht vom 8. zum 9. Juli drangen die etwa zehn zum Teil vermummten und bewaffneten Neonazis über den Nachbarbalkon in die Wohnung ein. Die Antifaschistin und ihre Eltern wurden mit einer Waffe bedroht, um die Adresse einer anderen Antifaschistin zu erpressen. Nachdem Tür und Fenster demoliert und das Handy der Frau gestohlen wurde, folgte noch eine Morddrohung für den Fall, dass sie Anzeige erstatten sollte. Bereits eine Woche vor dieser Tat hatten etwa 90 Neonazis bei einem Fest den Stadtpark abgeriegelt und ließen keine alternativ aussehenden Menschen passieren. Eine junge Frau und ihre Mutter wurden von ihnen im weiteren Verrlauf des Abends angegriffen und verletzt.

Die zur Hilfe gerufene Polizei ging nicht gegen die Neonazis vor, sondern umstellte das linke Projekt »Villa«. Ähnlich fatal sind die Reaktionen im Delitzscher Rathaus. Dort wurde gefordert das Jugendzentrum YOZ, bisher Treffpunkt für alle nicht-rechten Jugendlichen, auch für Neonazis zu öffnen. Logischerweise sprach man sich auch gegen ein Konzert unter dem Motto: »Gegen Faschismus« aus, da dass »YOZ (...) angehalten (ist), für alle Kinder und Jugendlichen offen zu sein, jedoch strikte Neutralität zu wahren«. Somit wäre es geboten »keine Veranstaltungen mit politischem Charakter durchzuführen«. Im Übrigen wolle man mit der Konzertabsage auch dem »vorbeugen«, dass die Veranstaltung »durch die rechte Szene gestört wird«. Doch damit nicht genug. Hinter den Kulissen verhandelte die Stadtverwaltung mit den Rechten über einen eigenen Jugendclub. Mehrheitlich beschloß der Delitzscher Stadtrat den Rechten einen Container für 75.000,– DM am Stadtrand zur Verfügung zu stellen. Alles unter sozialarbeiterischer Kontrolle versteht sich. Man ging sogar so weit, die ABM-Stelle des Sozialarbeiters dem bereits erwähnten Maik Schaffler anzubieten.

Der lehnte jedoch ab. »Die hätten mich vereinnahmen können« erklärt er gegenüber der »Zeit«. »Ich halte das für unverantwortlich. (...) Entweder ist das von der Stadtverwaltung sehr naiv oder eine direkte Förderung informeller rechtsradikaler Strukturen«, urteilt Franz Josef Krafeld, ehemals Begründer des Konzeptes der »akzeptierenden Sozialarbeit« aus Bremen (siehe Interview im AIB Nr.44).

Maria Weißdorn, Sprecherin Leipziger Antifagruppen, stellt dazu fest: »Es ist unglaublich, was die Delitzscheer Behörden noch alles in petto haben. Sie sind sich nicht einmal zu schade, öffentlich einzugestehen, daß sie völlig konzept- und scheinbar mittellos vor den Nazis kuschen. Der Terror der Nazis in Delitzsch ist von Anbeginn von Erfolg gekrönt, weil die Behörden, einschließlich der Polizei, scheinbar nichts unversucht lassen, um das riesige Neonaziproblem in Delitzsch zu bagatellisieren und herunterzuspielen. Die Verantwortlichen sind offensichtlich nicht mit Blindheit geschlagen, sondern absolut unwillig und unfähig, die Nazis im Zaume zu halten.«

Gegen diese Zustände von alltäglichem rechten Terror und gleichzeitiger Verharmlosung hatten AntifaschistInnen zu einer neuerlichen überregionalen antifaschistischen Demonstration am 4. November diesen Jahres aufgerufen. ■

info
antifaschistisches info blatt
51 | 2.2000 | 6,– DM

Total extrem
Schwerpunkt Totalitarismus

Backissues

Mehr als zehn Jahre Antifa und Infos in einem Blatt. Entwicklungen, Diskurse erfahren und nachvollziehen oder das eigene Archiv kompletiern, kein Problem. Einfach vorherige Ausgaben des Infos bestellen.

Lieferbare Ausgaben 14 | 17 | 18 | 23 | 24 bis 50
Preis → Abhängig von der gewünschten Ausgabe (zwischen 3,– und 6,– DM)

Abo! now
info antifaschistisches info blatt

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
14. Jahrgang | Nr. 51 | 2.2000

Preis 6,– DM

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
Fax 0 30 . 6 94 67 95
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Gestaltung
mit Links gestalten

Eigentumsvorbehalt
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnement

Regelmäßig das Antifa Info Blatt erhalten.

Preise*
- → für 5 Ausgaben | 30,– DM

für den Weiterverkauf
- → ab 3 Exemplare 6,– DM
- → ab 5 Exemplare 20 % Rabatt
- → ab 50 Exemplare 25 % Rabatt

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen außer dem Weiterverkauf gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verechnungsscheck oder mit Überweisung. Bitte alle Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

* alle Preise inclusive Porto und Verpackung

AbsenderIn

Ich aboniere das AIB ab der Ausgabe ____

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle ____ Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegnder Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach ____

EmpängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

Schluß mit jeder Form des Rassismus !

Rassismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft. Die Gewalttäter haben ihren Rückhalt. Militante Neonazis haben ihre Stichwortgeber, ihre ideologischen Wegbereiter.

Ist es etwa »deutsche Leitkultur« »Fremde« zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten ?

Paul Spiegel Zentralratsvorsitzender der Juden in Deutschland

CDU Fraktionschef Merz ist der Stichwortgeber in der Debatte um die »deutschen Leitkultur«

CDU Landesvorsitzender in NRW Rüttgers führte mit dem Slogan »Kinder statt Inder« Wahlkampf.

Roland Koch führte mit einer Kampagnie gegen die doppelte Staatsbürgerschaft Wahlkampf

Edmund Stoiber sprach sich gegen eine »durchmischte und durchrasste Gesellschaft aus. (1988 als bayrischer Innenminister)